

Für die Menschen.  
Für Westfalen-Lippe.

# Archivpflege in Westfalen und Lippe



Heft 55

Oktober 2001



Landschaftsverband  
Westfalen-Lippe [www.lwl.org](http://www.lwl.org)

## BEITRÄGE

Gunnar Teske	
53. Westfälischer Archivtag in Menden . . . . .	1
Karl Teppe	
Begrüßungsrede zum 53. Westfälischen Archivtag in Menden. . . . .	2
Norbert Reimann	
Gedächtnis der Gesellschaft – Die Dokumentationsaufgaben der Archive - Ansprüche und Möglichkeiten - Zur Wahl des Rahmen- themas für den 53. Westfälischen Archivtags in Menden . . . . .	4
Franz-Werner Kersting	
Demokratisierung der Überlieferung? Die Archive sozialer Bewegungen . . . . .	7
Thomas Becker	
Die Studentenproteste der 60er Jahre. Die Sicherung ihrer archivalischen Überlieferung . . . . .	11
Brigitte Kaff	
Kommunalarchive und Parteiarchive – Partner oder Konkurrenten? . . . . .	13
Klaus Mertsching	
Die Sicherung der gewerkschaftlichen Überlieferung in privaten und öffentlichen Archiven unter besonderer Einbeziehung kommunaler Archive. . . . .	16
Evelyn Richter	
Kooperation statt Konfrontation. Die Zusammenarbeit zwischen Stadtarchiv und Heimatverein Geseke - Ein Erfahrungsbericht . . . . .	18
Stefan Benning	
Freiwillige Mitarbeit in einem Stadtarchiv. Überlegungen zu einem ehrenamtlichen Engagement . . . . .	22
Jürgen Bohmbach	
Die regionale Überlieferung der Allgemeinen Ortskrankenkassen – Probleme der archivischen Sicherung . . . . .	27
Annette Hennigs	
Die Überlieferung der Landesversicherungsanstalt Westfalen in Münster – Probleme und Möglichkeiten . . . . .	30
Bettina Wischhöfer	
Digitales Bildarchiv „Kirchliche Gebäude in Kurhessen-Waldeck“ – Ein Low-budget-Projekt des Landeskirchlichen Archivs Kassel . . . . .	34

## BERICHTE UND MITTEILUNGEN

Nachweise zur Zwangsarbeit. Das elektronische Listenverfahren und die Koordinierungsstelle des NW-Staatsarchivs in Münster . . . . .	39
Besuch ostwestfälischer Archivare beim ISD in Bad Arolsen . . . . .	40
Ausstellung „... und nach Hause, in die Ukraine, kam ich 1950 ...“ des Arbeitskreises Märkischer Archivare über den Einsatz von Ost- und Zwangsarbeitern sowie Kriegsgefangenen in der heimischen Industrie und Landwirtschaft. . . . .	41
Westfälisches Literaturarchiv – ein neues Archiv für Westfalen-Lippe . . . . .	42
Tag der Archive in Flandern. . . . .	43
Fortbildungsveranstaltungen der Archivschule Marburg . . . . .	43
Besuch der Arbeitsgruppe „Archivierung von Unterlagen aus digitalen Systemen“ im Bundesarchiv. . . . .	43
Archiv der Arbeitsgemeinschaft der Grundbesitzerverbände e.V. . . . .	45
„Entdeckungen“ – dezentrale Archivpflege bei Unternehmen im Bezirk der Industrie- und Handelskammer zu Arnberg . . . . .	45
<b>AUS DEN ARCHIVEN IN WESTFALEN-LIPPE . . . . .</b>	<b>48</b>
<b>HINWEISE AUF NEUE BÜCHER . . . . .</b>	<b>49</b>

## MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Thomas Becker, Archiv der Universität Bonn, Am Hof 1, 53113 Bonn - Stefan Benning, Stadtarchiv Bietigheim-Bissingen, Hauptstraße 61/63, 74321 Bietigheim-Bissingen - Dr. Tanja Bessler-Worbs, Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Märkische Straße 120, 44141 Dortmund - Dr. Wolfgang Bockhorst, Westfälisches Archivamt (Bo) - Dr. Jürgen Bohmbach, Stadtarchiv Stade, Johannisstraße 5, 21682 Stade - Dr. Horst Conrad, Westfälisches Archivamt (Co) - Dr. Werner Frese, Westfälisches Archivamt (Fr) - Josef Häming, Westfälisches Archivamt (Hg) - Dr. Jens Heckl, Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Münster, Bohlweg 2, 48147 Münster - Dr. Annette Hennigs, Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Münster, Bohlweg 2, 48147 Münster - Hans-Jürgen Höötman, Westfälisches Archivamt (Hö) - Dr. Brigitte Kaff, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Postfach 1420, 53732 Sankt Augustin - PD Dr. Franz-Werner Kersting, Westfälisches Institut für Regionalgeschichte, 48133 Münster - Rickmer Kießling, Westfälisches Archivamt (Kie) - Klaus Mertsching, Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, 53175 Bonn - Eckhard Möller, Stadtarchiv Harsewinkel, Münsterstraße 14, 33428 Harsewinkel - Dr. Brigitta Nimz, Westfälisches Archivamt (Ni) - Dr. Ines Oberling, Westfälisches Archivamt (Ob) - Klaus Pradler, Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Märkische Straße 120, 44141 Dortmund - Dr. Norbert Reimann, Westfälisches Archivamt (Rei) - Evelyn Richter, Stadtarchiv Geseke, Ostmauer 2, 59590 Geseke - Prof. Dr. Karl Teppe, LWL-Landesrat für Kultur, 48133 Münster - Dr. Gunnar Teske, Westfälisches Archivamt (Ts) - Katharina Tiemann, Westfälisches Archivamt (Tie) - Dr. Bettina Wischhöfer, Landeskirchliches Archiv Kurhessen Waldeck, Lessingstraße 15a, 34119 Kassel

*Diese Zeitschrift ist – wie alle anderen Publikationen des Westfälischen Archivamtes – auf säurefreiem und alterungsbeständigen Papier gedruckt.*

## BEITRÄGE

### 53. Westfälischer Archivtag in Menden

von Gunnar Teske

Aus Anlass ihrer 725-Jahr-Feier hatte die Stadt Menden den diesjährigen Westfälischen Archivtag in die Anfang des 20. Jahrhunderts vom Schützenverein MBSV 1604 errichtete Wilhelmshöhe am 13. und 14. März 2001 eingeladen. Ca. 150 Teilnehmer folgten den Fachbeiträgen, die unter dem Thema „Gedächtnis der Gesellschaft - Die Dokumentationsaufgaben der Archive. Ansprüche und Möglichkeiten“ stand. In seiner Eröffnungsrede bekannte sich Landesrat Prof. Dr. Karl Teppe, Kulturdezernent des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe, zu den Aufgaben und Tätigkeiten des Westfälischen Archivamtes, die er zu den Kernaufgaben landschaftlicher Kulturlpflege zählte. Bürgermeister Rudolf Düppe berichtete in seiner Begrüßung über die Geschichte der Stadt, die, als kurkölnische Grenzfestung gegen die Grafschaft Mark errichtet, 1276 Stadtrechte erhalten habe und trotz bald 200jähriger Zugehörigkeit zum Kreis Iserlohn, dann zum Märkischen Kreis kurkölnische Traditionen wie die Mendener Kreuztracht bewahrt habe. Landrat Alois Steppuhn ging in seinem Grußwort auf die archivische Situation im Kreis, insbesondere auf das Kreisarchiv und den Arbeitskreis Märkischer Archive, ein. Prof. Dr. Wilfried Reininghaus, Direktor des Nordrhein-Westfälischen Staatsarchivs Münster, betonte in seinem Grußwort die Notwendigkeit der Kooperation aller Archive und bat insbesondere die Kommunalarchive um Unterstützung bei der Neuauflage des Handbuchs der historischen Stätten.

Dr. Norbert Reimann, Leiter des Westfälischen Archivamtes, führte mit den Hinweisen in das Thema der Tagung ein, dass die Trennung zwischen amtlicher und nichtamtlicher Überlieferung im Archivwesen überholt und die Allzuständigkeit der Gemeinden auch in der archivischen Überlieferung ihren Niederschlag finden müsse. Beispielfhaft verwies er auf die Videodokumentation des Stadtarchivs Menden. Dr. Alexander von Plato von der Universität Hagen ging in seinem Eröffnungsvortrag auf die Umwandlung des kommunikativen Gedächtnisses der Zeitzeugen zum kollektiven Gedächtnis der Gesellschaft ein und forderte von den Archiven, auch die durch Oral History dokumentierte verarbeitete Geschichte zu sichern. Die erste Arbeitssitzung, die von Dr. Horst Conrad moderiert wurde, befasste sich mit Beispielen alternativer Überlieferung und ihrer Sicherung. Privatdozent Dr. Franz Werner Kersting vom Westfälischen Institut für Regionalgeschichte in Münster beschrieb die Studentenproteste von 1968 als Teil eines gesamtgesellschaftlichen Prozesses der Vergesellschaftung und inneren Demokratisierung, der auch zur Öffnung der Archive beigetragen haben. Umgekehrt sei nun eine Sensibilität der Archive für soziale Bewegungen und ihre Überlieferung nötig. Dr. Thomas Becker vom Universitätsarchiv Bonn berichtete, dass es zwar über die Studentenproteste der 60er Jahre eine Flut von Überlieferung in Universitäts-, Staats- und Medienarchiven gebe, dass aber daneben auch ein dichtes Netz von Archiven

sozialer Bewegungen und Privatarchiven vorhanden sei, die eine Gegenöffentlichkeit dokumentierten. Er forderte die Kommunalarchive auf, hier Kontakte zu suchen und als potentielle Übernahmestellen bereit zu stehen.

Im Mittelpunkt der Nachmittagssitzung standen Partei- und Gewerkschaftsarchive. Frau Dr. Brigitte Kaff von der Konrad-Adenauer-Stiftung stellte das Archiv der Christlich Demokratischen Partei vor, das Schriftgut der Bundespartei und -fraktion, der Landes- und Kreisverbände, nur ausnahmsweise auch der Ortsebene archiviere, und sie rief die Kommunalarchive zu Kooperation und zum Austausch von Informationen auf. Von der gewerkschaftlichen Überlieferung werden, wie Dr. Klaus Mertsching von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn berichtete, zentral nur die Bundes- und Landesebene sowie die Geschäftsberichte der Kreisverbände archiviert. Die Kreisverbände seien aufgefordert, ihre Archive in den Staatsarchiven zu deponieren.

Der Tag klang aus mit einem Empfang durch Bürgermeister Düppe und einem Abendessen auf Einladung der Stadt. Eine Lesung aus Werken von Joachim Ringelnatz, vorgetragen von Mitgliedern des Theaters Am Ziegelbrand/Mendener Schaubühne, beschloß den Abend.

Die Arbeitssitzung des zweiten Tages unter der Leitung von Herrn Hans-Jürgen Höötman behandelte zunächst die Zusammenarbeit von Archiven mit Vereinen und Freiwilligen. Frau Evelyn Richter M.A. vom Stadtarchiv Gesseke hob die Vorteile hervor, die die Kooperation zwischen Stadtarchiv und örtlichem Heimatverein dem Archiv biete, indem der Verein Kontakte zur Bevölkerung vermittele und das Archiv bei der Öffentlichkeitsarbeit unterstütze. Herr Stefan Benning M.A. vom Stadtarchiv Bietigheim-Bissingen bei Stuttgart nannte zahlreiche Möglichkeiten zum Einsatz von Freiwilligen, vor allem Rentnern, im Archiv, wenn deren Fähigkeiten und Interessen gebührend berücksichtigt würden; sie reichten von der Betreuung von Zeitungsausschnitt- und anderen Datensammlungen, über die Identifizierung von Fotos und die Anfertigung von Transkriptionen bis hin zu Forschungsarbeiten. Der zweite Teil der Vormittagssitzung war der Überlieferung der Krankenkassen gewidmet. Dr. Jürgen Bohmbach vom Stadtarchiv Stade berichtete über die Pläne in Niedersachsen, die regionale Überlieferung der Allgemeinen Ortskrankenkassen durch die Stadt- und Kreisarchive, subsidiär durch die Staatsarchive übernehmen zu lassen. Dagegen befindet sich die Überlieferung der Landesversicherungsanstalt Westfalen, wie Frau Dr. Annette Hennigs vom Staatsarchiv Münster vortrug, als Depositum in diesem Staatsarchiv. Beide Referate gingen ausführlicher auf Inhalt und Art der Überlieferung der Krankenkassen ein.

In der anschließenden Aktuellen Stunde stellte sich Frau Ines Oberling als Referentin zu Zwangsarbeiterfragen am Westfälischen Archivamt vor. Sie geht den Zwangsarbeitern beim Provinzialverband nach und ist zugleich für die Beratung der Kommunen zuständig; u.a. wird sie die Microrfiches der Lagerlisten aus dem belgischen Gesundheitsministerium den betroffenen Kommunalarchiven zu-senden. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass Geburten von Zwangsarbeiterkindern kostenlos vom zuständigen Standesamt beurkundet werden und dass bei allen Nachweisen eine Kopie der Antwort nach Arolsen geschickt werden sollte. Frau Dr. Nimz vom Westfälischen Archivamt teilte mit, dass die Absolventen des Ausbildungsberufs Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv, vor der Zwischenprüfung ein Praktikum in einer Bibliothek und Dokumentation sowie nach der Zwischenprüfung ein weiteres Praktikum an einem anderen Archiv absolvieren sollten; dafür seien keine anerkannten Ausbildungsbetriebe erforderlich. Außerdem bat Frau Dr. Nimz um die Pflege der Internetseiten im Projekt „NRW-Archive im Internet“.

Dr. Reimann rief die Teilnehmer des Archivtags auf, sich an dem vom VdA-Verband deutscher Archivarinnen und Archivare geplanten „Tag der Archive“ zu beteiligen. Informationen finde man im Internet unter

„www.vda.archiv.net“. Herr Kießling berichtete darüber, dass der Landschaftsverband Westfalen-Lippe im Haushalt 2001 erstmals 100.000 DM zur Entsäuerung von ca. 60-70 lfdm Akten des Archivs LWL bereitgestellt habe. Die Maßnahme verstehe sich als Pilotprojekt zur Fortentwicklung des Verfahrens; allein in NRW werde der Umfang der gefährdeten Bestände auf 300.000 lfdm geschätzt. Archive, die sich an der Entsäuerung beteiligten, könnten Zuschuss-Anträge an das Westfälische Archivamt richten.

Schließlich stellte Herr Pfarrer Hegeler aus Unna das Projekt „Hexenverfolgungen in Westfalen“ vor. Er bat um Rückmeldungen über das Gedenken an Hexenverfolgungen und Namenslisten von Opfern und kündigte einen Studientag am Freitag, dem 18. Mai 2001, im St. Petri-Gemeindehaus in Dortmund an. Zum Abschluß der Veranstaltung lud Dr. Thomas Gießmann alle Teilnehmer zum nächsten Westfälischen Archivtag am 14./15.3.2002 in die Stadt Rheine ein, die dann ihr 675-jähriges Jubiläum feiere.

Im Anschluss an die Tagung bestand die Möglichkeit zu einer Stadtführung durch Menden unter der Leitung von Frau Jutta Törnig-Struck vom Städtischen Museum.

## Begrüßungsrede zum 53. Westfälischen Archivtag in Menden

von Karl Teppe

Jedes Frühjahr lädt das Westfälische Archivamt des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe die Archivarinnen und Archivare, die Betreuer kommunaler oder privater Archive sowie alle sonstigen Interessierten des Archivwesens zum dem Westfälischen Archivtag ein, in diesem Jahre bereits zum 53. Male. Der Westfälische Archivtag gehört damit zu den traditionsreichsten Archivfachtagungen in Deutschland und ist eine der ältesten regionalen Tagungen dieser Art überhaupt. Ich freue mich sehr, dass ich in diesem Jahr zum ersten Male die Gelegenheit habe, als Kulturdezernent des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe diese für die Archive so wichtige Veranstaltung zu eröffnen.

Dass der Westfälische Archivtag stets an wechselnden Orten in Westfalen-Lippe stattfindet, hat nicht nur pragmatische Gründe, sondern ist aus der Sicht des westfalenweiten Kulturauftrags des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe selbstverständlich. Anlass für die Auswahl eines Tagungsortes ist oft die Einladung einer Stadt aus Anlass eines Ortsjubiläums. So auch in diesem Jahr, in dem die Stadt Menden den 725. Jahrestag ihrer Stadtrechtsverleihung begeht. Hierzu werden Sie, verehrter Herr Bürgermeister Düppe, uns gleich sicherlich noch nähere Informationen geben.

Gern sind wir Ihrer freundlichen Einladung gefolgt, mit dem Westfälischen Archivtag den Reigen der Jubiläumsveranstaltungen in diesem Jahr zu eröffnen. Ich darf der Stadt zu diesem Jubiläum und ihrer eindrucksvollen Ge-

schichte recht herzlich gratulieren und Sie, Herr Bürgermeister Düppe, heute morgen an erster Stelle begrüßen. Gleichzeitig danke ich der Stadt und Ihnen persönlich für die freundliche Einladung und die angebotene Gastfreundschaft. Bei der Vorbereitung der Tagung wurde das Westfälische Archivamt durch Ihre Verwaltung, insbesondere das Stadtarchiv, in vielfältiger Weise unterstützt. Die dadurch geschaffenen Rahmenbedingungen bieten beste Voraussetzungen für einen erfolgreichen Verlauf der Tagung.

Ich freue mich auch sehr, dass maßgebliche Persönlichkeiten aus Rat und Verwaltung der Stadt Menden uns heute die Ehre ihrer Anwesenheit geben. Ein besonderer Gruß gilt natürlich dem Landrat des Märkischen Kreises, Herrn Aloys Steppuhn. Ich freue mich sehr, dass auch Sie sich die Zeit genommen haben, durch Ihre Anwesenheit heute morgen die Bedeutung der Archivarbeit zu unterstreichen. Weiterhin begrüße ich besonders den Leiter des Rheinischen Archiv- und Museumsamtes des Landschaftsverbandes Rheinland, Herrn Dr. Norbert Kühn, sowie den Direktor des Staatsarchivs Münster, Herrn Professor Dr. Wilfried Reininghaus.

Ich bin natürlich sehr erfreut, dass auch in diesem Jahre eine so große Zahl von Teilnehmern aus westfälischen Archiven, aber auch aus dem Rheinland und angrenzenden Bundesländern, der Einladung des Westfälischen Archivamtes gefolgt sind. Sei alle möchte ich herzlich willkommen heißen. Ihre Anwesenheit macht deutlich, dass

auch im Zeitalter der elektronischen Kommunikation eine solche Tagung nichts von ihrer Bedeutung und Attraktivität eingebüßt hat. Persönliche Kontakte und Gespräche sind eben durch keinerlei digitale Kommunikationstechniken zu ersetzen, eine Erfahrung, die sich auch in anderen Bereichen der Kulturarbeit immer wieder bestätigt.

Die Archive bilden besondere Schnittstellen in unserer Kultur und Gesellschaft, da sie sowohl kulturelle wie administrative Aufgaben wahrnehmen, aber auch dafür verantwortlich sind, dass Entscheidungsprozesse unserer Zeit auf Dauer nachvollziehbar bleiben.

Archive sind Quellenbasis für jedwede historische Forschung und viele andere Forschungsbereiche, sie sind verantwortlich für den Erhalt und die Zugänglichkeit unersetzlichen Kulturgutes, sie halten Informationen vor, die für politische Entscheidungen wichtig sind und geordnetes Verwaltungshandeln ermöglichen. Sie nehmen darüber hinaus wichtige Funktionen in der historischen Bildungsarbeit wahr und tragen besonders in der heutigen Zeit dazu bei, dass angesichts immer kürzerer Innovationszyklen und ständigen Wechsels die gesellschaftliche und individuelle Erinnerung erhalten bleibt und grundlegende Informationen nicht verlorengehen oder verfälscht werden.

Wie wichtig die Archive für unsere demokratische Ordnung sind, hat die politische Entwicklung des zurückliegenden Jahrzehnts in vielfacher Weise deutlich gemacht. Noch im vergangenen Jahr hat die öffentliche Diskussion um rechtswidrige Aktenvernichtungen und Datelöschungen gezeigt, dass der Gesetzgeber die Entscheidung darüber, welche Teile amtlicher Registraturen auf Dauer aufbewahrt werden sollen und welche vernichtet werden können, aus gutem Grund nicht den Behörden selbst überlassen sondern auf die Archiven übertragen hat, die diese Bewertung nach fachlichen Gesichtspunkten treffen müssen. Nur so kann die spätere Forschung davon ausgehen, dass ihr eine objektive und ohne persönliche Rücksichtnahmen gebildete Auswahl an Quellenzeugnissen zur Verfügung steht.

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe hat, wie schon sein Vorläufer, der Provinzialverband Westfalen, der Pflege und Förderung des Archivwesens stets besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Bereits 1927 hat der Provinzialverband eine Archivberatungsstelle eingerichtet, die erste ihrer Art in Deutschland überhaupt. Im nächsten Jahr können wir daher auf 75 Jahre nichtstaatlicher Archivpflege in Westfalen zurückblicken.

Stand in früheren Jahrzehnten die Erhaltung und Erschließung des „klassischen“ älteren Archivgutes im Vordergrund der Arbeit, so hat sich in den letzten Jahren das Gesamtspektrum der archivischen Aufgaben und damit die Aufgabe der Archivpflege in vielerlei Hinsicht ausgeweitet. Einige Beispiele seien hier genannt:

– Seit dem Ende der 1980er Jahre hat das Westfälische Archivamt die Einführung digitaler Techniken in den nichtstaatlichen Archiven Westfalens fachlich und finanziell gefördert und so dazu beigetragen, dass die westfälischen Archive heute generell auf einem hohen Stand der modernen Technologie sind. Auch hinsichtlich des weitaus schwierigeren Problems der archivischen Sicherung digitaler Informationen bemüht sich das Westfälische Archivamt, Lösungen, die für die nichtstaatlichen Archive

in Westfalen-Lippe umsetzbar sind, zu entwickeln und weiterzuvermitteln.

– Schon seit vielen Jahren unterstützt die Restaurierungswerkstatt des Westfälischen Archivamtes die kommunalen und privaten Archivträger bei der konservatorischen Sicherung ihres Archivgutes. Mit dem Neubau des Westfälischen Archivamtes konnten für diese Arbeit optimale Bedingungen geschaffen werden. In diesem Jahr beginnt der Landschaftsverband Westfalen-Lippe mit der systematischen Entsäuerung seines Schriftgutes aus den letzten eineinhalb Jahrhunderten, um dem fortschreitenden Papierzerfall vorzubeugen. Die dabei gewonnenen Erfahrungen sollen natürlich auch den übrigen Archiven Westfalens zu Gute kommen. Wir streben an, in den folgenden Jahren die nichtstaatlichen, insbesondere kommunalen Archive in dieses Programm einzubeziehen und entsprechende Maßnahmen dieser Archivträger im Rahmen unserer Zuschussbewilligungen auch finanziell zu fördern.

– In immer stärkerem Maße werden die Archive auch für die Bewältigung aktueller gesellschaftlicher und politischer Probleme in Anspruch genommen. Ein Beispiel hierfür ist die aktuelle Frage der Entschädigung von Zwangsarbeitern aus der NS-Zeit. Ohne die Unterstützung der Archive dürfte ein ganz erheblicher Teil der Berechtigten nicht in der Lage sein, seine Ansprüche nachzuweisen bzw. glaubhaft zu machen. Hier kommt auf die öffentlichen Archive insgesamt, aber auch auf die Archive der Kirchen und der Wirtschaft, eine große Verantwortung und eine beträchtliche Zusatzbelastung zu. Um insbesondere die kleineren Archive mit diesen Problemen nicht allein zu lassen, hat der Landschaftsverband Westfalen-Lippe eine Arbeitsgruppe beim Westfälischen Archivamt eingerichtet, die allen Archiven als Ansprechpartner für die damit verbundenen Probleme zur Verfügung steht.

– Seit 1998 gibt es in Deutschland den neuen Ausbildungsberuf des „Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste“ mit der Fachrichtung „Archiv“. Auch hier hat das Westfälische Archivamt des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe an der Entwicklung des Berufsbildes, der Ausbildungsrichtlinien und Prüfungsordnungen entscheidend mitgewirkt, um auf diese Weise die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Berufsausbildung in diesem Bereich zu schaffen. Darüber hinaus wurden vom Westfälischen Archivamt Fortbildungsveranstaltungen und Diskussionsforen sowohl für die mit der praktischen Ausbildung betrauten Archivare wie auch für die Lehrkräfte an den Berufsschulen organisiert. Eine fachlich qualifizierte mittlere Mitarbeiterebene ist ohne Zweifel nicht nur für größere Archive von Bedeutung. Vielmehr kann auf diese Weise auch für mittlere und kleinere Einrichtungen u.U. die Möglichkeit geschaffen werden, das Fachpersonal angemessen zu verstärken.

Dies sind nur einige Beispiele, die deutlich machen sollen, in welcher vielfältiger Weise sich die Anforderungen an die Archive und damit auch die Aufgaben der Archivpflege ausgeweitet haben. Für den Landschaftsverband gehört die Archivpflege, d.h. die Beratung, fachliche und finanzielle Unterstützung und Förderung der nichtstaatlichen Archive, zu den Kernaufgaben der landesweitlichen Kulturpflege. Er wird auch in Zukunft diese Arbeit im Rahmen seiner Möglichkeiten im notwendigen Umfang unterstützen.

Neben den kaum zu zählenden individuellen Beratungsgesprächen und praktischen Hilfen, die das Westfälische Archivamt den Archiven im Laufe eines Jahres anbietet, ist der Westfälische Archivtag die zentrale Veranstaltung der landschaftlichen Archivpflege in Westfalen. Er soll aber keineswegs nur eine einseitige Informationsveranstaltung des Landschaftsverbandes sein, sondern dem wechselseitigen Gedankenaustausch zwischen den Archiven dienen. Ein Blick in das Tagungsprogramm macht dieses deutlich: Die Referentinnen und Referenten kommen aus Archiv- und Forschungseinrichtungen unterschiedlichster Art, auch weit über Westfalen hinaus.

Ihnen allen möchte ich herzlich danken, dass Sie sich zur Verfügung gestellt haben und so dazu beitragen, dass der auch der 53. Westfälische Archivtag eine Fachveranstaltung mit hohem Niveau wird. Wichtige Themen stehen auf der Tagesordnung, die für die Arbeit nicht nur der kommunalen Archive in unserer Gegenwart von Bedeutung sind. Der Leiter des Westfälischen Archivamtes, Herr Dr. Norbert Reimann, wird gleich in die Thematik des 53. Westfälischen Archivtages näher einführen. Ich wünsche der Veranstaltung einen erfolgreichen Verlauf.

## Gedächtnis der Gesellschaft

### Die Dokumentationsaufgaben der Archive - Ansprüche und Möglichkeiten Zur Wahl des Rahmenthemas für den 53. Westfälischen Archivtags in Menden

von Norbert Reimann

Ein Rahmenthema für einen Archivtag zu finden, ist immer wieder eine schwierige, oft gar langwierige Herausforderung für die Organisatoren der Veranstaltung. Das Thema muß zum einen breit genug angelegt sein, um für jeden aus dem meist sehr heterogenen Teilnehmerkreis - vom Berufsanfänger bis zum Archivdirektor mit langjähriger Berufserfahrung, vom Verwaltungsangestellten, dem die Betreuung des Archivs vielleicht durch den Bürgermeister aufgebürdet ist, über den akademisch ausgebildeten „Seiteneinsteiger“ bis zum promovierten wissenschaftlichen Archivar - interessante Beiträge zu bieten. Eine solche Tagung sollte aber dennoch eine durchgehende thematische Ausrichtung, also einen „roten Faden“ aufweisen, damit sie nicht zu einem zusammenhanglosen Mix aus unterschiedlichsten Einzelthemen verkommt.

In diesem Jahr haben wir im Kollegenkreis des Westfälischen Archivamtes besonders lange um die Formulierung des Rahmenthemas gerungen, obgleich schon sehr früh feststand, mit welchem Komplex sich die Tagung befassen sollte, nämlich mit der Archivierung von Quellenzeugnissen außerhalb der amtlichen, d.h. i.w. staatlichen oder kommunalen Registraturen. Natürlich war uns von Anfang an klar, dass dies nicht unbedingt als neuer Aspekt der archivischen Arbeit anzusehen ist. Schon seit vielen Jahren stehen diese Fragen in regelmäßigen Abständen auf dem Programm von Archivfachtagungen. Die traditionellen Bezeichnungen für diese Teile des Archivgutes sind „nichtamtliche Überlieferung“, „Ergänzungsüberlieferung“, „Sammlungsgut“. Alle diese Begriffe haben wir jedoch verworfen, weil sie - zumindest indirekt - eine Bewertung beinhalten, die derartiges Archivgut als sekundär, subsidiär und damit als für die archivische Arbeit von allenfalls zweitrangiger Bedeutung charakterisierten. Die „eigentliche“ Überlieferung, deretwegen die öffentliche Hand Archive unterhält, ist nach traditionellem Verständnis hingegen die „amtliche“, d.h. das, was aus den Registraturen der öffentlichen Verwaltungen von den Archiven als dauernd aufbewahrungswürdig herausgefiltert worden ist.

Dies mag in früheren Zeiten - ich denke hier vor allem an das 19. und die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts - durchaus seine Berechtigung gehabt haben: Die staatli-

che Gewalt - und in ihrer Ableitung auch die kommunale - kontrollierte und formte weithin das öffentliche Leben. Jeder, der sich z.B. mit der Geschichte von Vereinen oder Parteien befasst hat, weiß, dass die Polizeiakten hierfür eine außerordentlich ergiebige, oft die einzige Quelle darstellen. In Diktaturen dauerte diese Situation bis in unsere Gegenwart hinein: In den amtlichen Akten der DDR-Staatsverwaltung, die die kommunale Verwaltung einschloss und personell und institutionell auch mit der Partei aufs engste verbunden war, kann man die Geschichte der DDR bis hin zu den Dingen des alltäglichen Lebens nahezu lückenlos an Hand der „offiziellen“ Überlieferung dokumentieren. „Ergänzungsüberlieferung“ von privater Seite - Vereine, Unternehmen, Medien - benötigt man kaum. Sie hat sich auf Grund der politischen Rahmenbedingungen auch nur in sehr geringem Umfang entwickelt.

Doch trifft diese Situation auch heute noch zu? Kann man wirklich behaupten, wenn die Staatsarchive die archivwürdigen Akten der Düsseldorfer Ministerien, des Landesamtes für Besoldung und Versorgung, der Bezirksregierung Arnsberg, der Amtsgerichte und der Oberpostdirektion Münster, um nur einige zufällige und zugegebenermaßen etwas einseitig ausgewählte Beispiele zu nennen, und aller anderen Landesbehörden sorgfältig bewahrt und erschließt, damit sei die politische, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen um die Jahrtausendwende vollständig dokumentiert?

Noch deutlicher wird dies im kommunalen Bereich: Obgleich die Kommunalverwaltungen nach wie vor eine sehr starke Binnen-Differenzierung aufweisen und auf Grund ihrer gesetzlichen Allzuständigkeit das Leben ihrer Bürger in vielen Bereichen begleiten, wird heute niemand mehr ernsthaft behaupten wollen, an Hand der Registraturen von Haupt- und Personalamt, Einwohnermeldeamt, Ausländeramt, Feuerwehr, städtischen Krankenanstalten oder anderer kommunaler Dienststellen könne das Leben einer Stadt, eines Kreises oder einer Gemeinde umfassend nachvollzogen und dargestellt werden. Ohne die Überlieferung von Vereinen, Institutionen, kulturellen Einrichtungen, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Unterneh-

men, kirchlichen Einrichtungen, vor allem aber auch politischen Parteien, ohne die Sicherung von Nachlässen bedeutender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ist eine umfassende Dokumentation des Lebens einer Gemeinde, einer Stadt oder eines Kreises nicht mehr möglich.

Eine ganz besondere Rolle spielen zudem die Medien: Diese prägen einerseits das öffentliche Leben und die öffentliche Meinung in ganz besonderem Maße, zum anderen dokumentieren sie die Entwicklung in einer Dichte, die von kaum einer anderen Quellen erreicht werden dürfte, was freilich nicht heißen soll, dass damit allein ein objektives Bild der Zeit gezeichnet werden könnte.

Dass die amtliche Überlieferung heute nicht mehr in gleicher Weise wie früher im Zentrum der archivischen Arbeit stehen kann, hat aber noch einen anderen Grund: Jeder, der amtliche Überlieferung durcharbeitet, wird feststellen, dass aus ihr der Gang der Entscheidungen, die Hintergründe und die internen Zusammenhänge kaum noch zu erhellen sind. Die durchgängige Öffentlichkeit politischer Entscheidungsgremien hat längst dazu geführt, dass die eigentlichen Entscheidungen im Vorfeld, in Parteigremien oder gar noch kleineren informellen Zirkeln getroffen und in den offiziellen Gremien und Dienststellen oft nur noch „abgesegnet“ oder umgesetzt werden. Wenn die Archive sich nicht um die Überlieferung von Parteigremien, gesellschaftlichen Gruppen, Interessenvertretungen, um halbamtliche Akten bedeutender Persönlichkeiten und dergleichen bemühen, arbeiten sie an der gesellschaftlichen Wirklichkeit vorbei.

Ich will damit keineswegs dafür plädieren, die archivische Sicherung der amtlichen Überlieferung zu vernachlässigen. Natürlich können z.B. künftige Historiker nicht den Prozess der deutschen Wiedervereinigung umfassend erforschen, wenn aus den Registraturen des Bundeskanzleramtes wichtige Akten verschwunden sind, bevor diese vom Bundesarchiv auf ihre Archivwürdigkeit hin geprüft wurden. Völlig zu Recht hat der Verein deutscher Archivare in einer Resolution auf diesen Umstand hingewiesen\*. Doch allein mit den Akten der Bundesregierung wird man diesen Vorgang ebenfalls nicht in seiner ganzen Differenzierung erfassen können. Die Zeugnisse der Medien, die Quellen der Wirtschaft, persönliche Erinnerungen prominenter wie gewöhnlicher Zeitgenossen, u.U. als Oral History erfasst, sind sicherlich hierfür ebenfalls unverzichtbar.

In Deutschland kommt den Archiven bei der Aufgabe, ein umfassendes Bild der Gesellschaft für die Nachwelt zu dokumentieren, die föderalistische und pluralistische Struktur zweifellos entgegen: Nicht nur sind die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern zumindest einigermaßen klar abgegrenzt, hat die kommunale Selbstverwaltung eine im Vergleich zu vielen anderen europäischen Staaten hohe Eigenständigkeit, sind Kirchen, Gewerkschaften, Parteien unabhängig von staatlicher Bevormundung, ebenso wie Kammern und berufsständische Einrichtungen, ist das Eigentum und die Verfügungsgewalt des Eigentümers über seinen Besitz von der Verfassung in besonderer Weise geschützt, verfügen die Hochschulen über weitgehende Selbstverwaltung, und, last but not least, sind vor allem die Medien frei.

Diese Gegebenheiten spiegeln sich nämlich auch im Archivwesen wider: Alle politischen Ebenen, Gebietskör-

perschaften und gesellschaftlichen Einrichtungen sind in der Einrichtung ihres Archivwesens frei von Weisungen von außen, oder umgekehrt: jede dieser Ebenen und Einrichtungen ist selbst dafür verantwortlich, dass ihre Überlieferung archivisch gesichert wird. Mit rund 3000 archivischen Einrichtungen unterschiedlichster Art und Größe insgesamt dürfte die Bundesrepublik über das bei weitem differenzierteste und umfassendste archivistische Netzwerk in Europa verfügen.

Die meisten dieser archivischen Einrichtungen sind im Kern ihrer Arbeit zunächst einmal für eine gewissermaßen „amtliche“ Überlieferung zuständig: Bundes-, Landes- und Kommunalarchive für die jeweiligen behördlichen Einrichtungen, Kirchen-, Firmen-, Parteien-, Hochschularchive ebenfalls für das „offizielle“ Schriftgut ihrer Träger. Doch bei fast allen Archiven stellt sich die Frage, ob bei einer Beschränkung der Arbeit auf diesen amtlichen Aspekt die Tätigkeiten und Funktionen der jeweiligen Institution hinreichend dokumentiert werden können.

Allerdings stellt sich die Notwendigkeit, sich um Zeugnisse außerhalb der amtlichen Überlieferung zu bemühen, bei den verschiedenen Archivsparten höchst unterschiedlich dar: Bei den staatlichen Archiven steht die Konzentration auf die Überlieferung der staatlichen Behörden und Einrichtungen immer noch im Mittelpunkt der Arbeit. Aber auch das Land Nordrhein-Westfalen ist zweifellos mehr als die Summe seiner staatlichen Behörden, und die Staatsarchive tragen müssen dem in ihrer Arbeit auch Rechnung tragen.

Viel deutlicher wird dies jedoch im kommunalen Bereich: Die Gemeinden verfügen prinzipiell über eine „Allzuständigkeit“, d.h., alle Bereiche, die der Gesetzgeber nicht ausdrücklich anderen Aufgabenträgern vorbehalten hat, fallen in die Verantwortung der Gemeinden. Dementsprechend ist auch ein Kommunalarchiv prinzipiell für die Dokumentation aller Bereiche der Lebenswirklichkeit der Gemeinde zuständig, die nicht ausdrücklich in andere archivistische Zuständigkeit fallen. Kein Kommunalarchiv kann sich daher auf die Sicherung der amtlichen Überlieferung der Gemeinde oder des Kreises beschränken, wenn es seiner Aufgabe gerecht werden will.

In der Praxis der Kommunalarchive ist dies längst eine Selbstverständlichkeit. Die Überlieferungen von örtlichen tätigen Parteien und Verbänden, von Vereinen, Institutionen und Vereinigungen, Firmen und Kirchengemeinden, sofern diese nicht über eigenen Archive verfügen, finden schon seit vielen Jahren ihren gebührenden Platz in den Beständen unserer Kommunalarchive. Zeitungsausschnitt- und Bildsammlungen, Film- und Tondokumente gehören zu den am stärksten nachgefragten Beständen in fast jedem kommunalen Archiv. Von einer „Ergänzungsüberlieferung“ zum amtlichen Registraturgut ist hier in der Praxis schon lange nicht mehr die Rede.

Gestatten Sie einen kleinen Exkurs auf Grund der örtlichen Gegebenheiten: Hier in Menden können wir einen ganz besonderen Weg kennen lernen, den das örtliche Stadtarchiv eingeschlagen hat, um das Leben der Stadt im Gesamtzusammenhang anschaulich zu dokumentieren. Herr Kollege Klauke hat seit nun etwa 10 Jahren konsequent alle herausragenden Ereignisse in der Stadt als

\* Gedruckt in: Der Archivar 53, 2000, Heft 4, S. 419

Video-Dokumentation festgehalten. Am Ende eines jeden Jahres wird das gesammelte Filmmaterial jeweils zu einer Jahreschronik zusammengestellt, die auch von den Bürgern beim Stadtarchiv ausgeliehen oder erworben werden kann. Anfangs vielleicht von dem einen oder anderen Kollegen in seinem Bemühen belächelt („Hat der nichts Wichtigeres zu tun?“), kann man heute feststellen, dass die Stadt Menden dadurch über eine nun schon auf viele Jahre sich erstreckende Stadtchronik verfügt, die an Anschaulichkeit und Bürgernähe kaum zu überbieten ist und um die sie andere Städte heute zu Recht beneiden. In den Pausen unserer Veranstaltungen werden sie Kostproben dieser Chroniken auf der Videowand zu sehen bekommen.

Auch andere Archivsparten müssen sich - wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung - um die Überlieferungsbildung außerhalb des offiziellen Schriftgutes bemühen: Unternehmensarchive spielen immer schon für Öffentlichkeitsarbeit und Marketing des Trägers eine besondere Rolle und müssen dementsprechendes Material sichern, Hochschularchive müssen sich um persönliche Nachlässe von Forschern bemühen, wenn sie die geistig-wissenschaftlichen Leistungen der Institution dokumentieren wollen. Die Reihe der Beispiele ließe sich fortsetzen.

Dass sich die Archivarinnen und Archivare auf ihren Fachtagungen immer wieder mit diesen Fragen auseinandersetzen müssen, liegt in der Natur der Sache. Während sich die sogenannte amtliche Überlieferung über lange Zeiträume hinweg nur wenig, und wenn, dann nur sehr allmählich in ihrer Struktur geändert hat - sieht man von der gegenwärtigen radikalen Veränderung durch die digitale Technologie ab, die wir im vergangenen Jahr auf dem Westfälischen Archivtag behandelt haben - ist die außeramtliche Überlieferung immer schon einem stetigen Wechsel im Gefolge von Zeiterscheinungen ausgesetzt gewesen und brachte daher stets neue Herausforderungen an die Archive mit sich.

Das Thema an sich ist nahezu unerschöpflich, eben so vielfältig, wie das Leben selbst. Daher mußten wir einige aktuelle Aspekte - ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit - herausgreifen. Wir werden beginnen mit einem Vortrag, der sich den Methoden der Erfahrungsgeschichte und ihrer Archivierung zuwendet. Die Archive sozialer Bewegungen sowie das Phänomen der Studentenproteste der 1960er Jahre schließen sich an. Letzteres Thema hatten wir übrigens bereits vorgesehen, noch bevor es durch politische Kontroversen seine augenblickliche Aktualität erlangte. Beim Archivgut der Parteien und Gewerkschaften wird aus kommunaler Sicht der Aspekt der Abgrenzung zwischen den kommunalen und den überörtlichen Partei- und Gewerkschaftsarchive besonders interessant sein.

Am Mittwoch stehen dann zunächst zwei archivpraktische Themen auf der Tagesordnung, nämlich die der Zusammenarbeit zwischen kommunalen Archiven und Heimat- oder Geschichtsvereinen, sowie die Einbeziehung interessierter Bürger in die Arbeit eines kommunalen Archivs, beides übrigens Themen, die zweifellos auch unter dem Aspekt der Überlieferungsbildung von Interesse sind. Den Abschluss bilden zwei Referate, die sich mit Überlieferungen befassen, die angesichts der Zwangsarbeiterproblematik für die Arbeit der Archive derzeit von ganz besonderer Wichtigkeit sind.

Ich erwähnte bereits, dass es sich bei den ausgewählten Themen nur um exemplarische, wenn auch sicher nicht unbedeutende Aspekte aus diesem komplexen Bereich handelt. Eine ganz besondere, ganz junge, aber zweifellos immer wichtiger werdende Quelle der Überlieferung, der sich die Archive auf kurz oder lang werden annehmen müssen, haben wir heute noch ausgeklammert: Jedes Bundesland, jede Kommune, jedes Unternehmen, alle Verbände und Institutionen, die meistens Vereine und viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verfügen inzwischen bereits über eine individuelle Internet-Homepage, auf der sie ihnen wichtig erscheinende Informationen weltweit öffentlich zugänglich machen. Es liegt in der Natur dieses Mediums, dass es stets nur die gerade aktuellen Informationen darbietet. (Nichts ist im übrigen ärgerlicher, als wenn man auf einer Internetseite „Schnee von gestern“ geboten bekommt!). Mit jeder neuen Information wird in der Regel die veraltete überschrieben. Sie ist vielleicht noch irgendwo auf einer Festplatte gespeichert, doch in der Regel für niemanden mehr, auch nicht für den Autor selbst, auffindbar.

Nun kann man derzeit vielleicht noch davon ausgehen, dass solche Informationen, denen man das Gütesiegel der „Archivwürdigkeit“ zuerkennen würde, in der Regel auch noch an anderer Stelle niedergelegt sind. Doch keiner von uns kann zuverlässig abschätzen, wie die Entwicklung weiter verlaufen wird. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass sich die Archive künftig aktiv um die Sicherung solcher Internet-Inhalte in ihrem Zuständigkeitsbereich werden bemühen müssen. Ich bin sicher, dass dies ein Thema auf einem unserer nächsten Westfälischen Archivtage sein wird.

Archive bezeichnen sich selbst gern, und wie ich meine, völlig zu recht, als „Gedächtnis der Gesellschaft“. In einer Zeit, die immer schnelllebiger wird und in der sogar der Einzelne zunehmend Schwierigkeiten hat, wichtige Ereignisse seines eigenen Lebenslaufes in der korrekten Abfolge und Gewichtung in seiner Erinnerung präsent zu halten, kommt der gesicherten Überlieferung, dem institutionalisierten Gedächtnis, wie sie die Archive darstellen, eine immer größere Bedeutung zu. Umso weniger dürfen sich die Archive auf die Sicherung der amtlichen Registrateuren beschränken, wenn sie nicht nur Gedächtnis von Behörden, sondern Gedächtnis der Gesellschaft sein wollen. Wenn der 53. Westfälische Archivtag, dessen fachlichen Teil unter dem Rahmenthema „Gedächtnis der Gesellschaft“ ich hiermit eröffne, das Bewusstsein hierfür schärft und Anregung für die praktische Umsetzung liefert, hat die Tagung ihren Zweck erfüllt.

# Demokratisierung der Überlieferung? Die Archive sozialer Bewegungen

von Franz-Werner Kersting

## Problemstellung

„Eine demokratische Zukunft bedarf einer Vergangenheit, in der nicht nur die Oberen hörbar sind.“ Diese engagierte und programmatische Aussage stellte der Historiker Lutz Niethammer 1980 in einem - „Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis: Die Praxis der 'Oral history'“ betitelten - Sammelband voran.<sup>1</sup> Niethammers Wendung kann auch den Leitfaden abgeben für einige Anmerkungen und Thesen, die sich ganz bewußt in einem Komplementär- und Überleitungsverhältnis sehen: - einerseits zu den vorangegangenen Ausführungen Alexander von Platons über das methodische, inhaltliche und archivische Profil der „Erfahrungsgeschichte“, andererseits zu dem folgenden Beitrag Thomas Beckers über die Studentenproteste der 60er Jahre und die Sicherung ihrer archivistischen Überlieferung.<sup>2</sup>

Denn ich möchte unter der Themenstellung „Demokratisierung der Überlieferung? Die Archive sozialer Bewegungen“ zunächst kurz auf den größeren gesellschaftsgeschichtlichen Kontext aller drei Schwerpunktthemen eingehen. Anschließend folgt ein Blick auf das Spektrum Selbstverständnis und Überlieferungspotential der Archive der „neuen sozialen Bewegungen“. Hierfür wurde paradigmatisch ein lokales westfälisches Beispiel aus der neuen Frauenbewegung gewählt.

## „Mehr Demokratie wagen“

Der wissenschaftliche und studentische Aufbruch, das Entstehen der neuen sozialen Bewegungen und Bewegungsarchive und die fachliche Reflexion über diese alternativen Überlieferungsträger waren Ausdruck und Ergebnis der Auf- und Umbruchphase, die die bundesdeutsche Gesellschaft der 1960er und 70er Jahre erlebte. An ihrem Scheitelpunkt stand sowohl die antiautoritäre Studentenbewegung von 1967/68<sup>3</sup> als auch die denkwürdige Regierungserklärung Willy Brandts vom Oktober 1969 („Wir wollen mehr Demokratie wagen.“)<sup>4</sup> Ich verstehe also die - im kollektiven Gedächtnis der Bundesrepublik vielfach ja immer noch auf fast magisch-mythische Art präsente - Jahreszahl „1968“ als Chiffre und „Hochwassermarken“<sup>5</sup> einer umfassenden längerfristigen Veränderungsperiode. Mit dieser Perspektive verbindet sich die These, daß die studentische Protestbewegung nur deshalb soviel Schubkraft entfalten konnte, weil sie in vielem Teil eines gesamtgesellschaftlichen Auf- und Umbruchs war.

Der Umbruch läßt sich mit Blick auf seine Richtung und Wirkung als ein Prozeß der „Vergesellschaftung“ und „inneren Demokratisierung“ beschreiben<sup>6</sup>: Schon in den 60er Jahren begannen verschiedene Institutionen, Gruppen, Strömungen und Milieus gleichzeitig damit, sich in ihrer Problemwahrnehmung verstärkt wechselseitig und zur „Gesellschaft“ hin zu öffnen. Zudem galt diese Öffnung jeweils nicht nur der Herausforderung und Bewältigung eines „Reformstaus“ und Wandels in dem eigenen sektoralen Feld, sondern wurde gleichzeitig als Teil und Motor gesamtgesellschaftlicher Modernisierung verstanden und wirksam. Dabei weitete sich der gesamtgesellschaftliche Anspruch teilweise auch zu einer globalen Veränderungsperspektive aus.

Dieser Prozeß der „Vergesellschaftung“ gehört zur Signatur der Umbruchsdekade im Übergang von den 60er zu den 70er Jahren, ablesbar eben nicht nur an dem Studenten- und Hochschulprotest, sondern auch an vielen anderen Aufbrüchen der Zeit. Ich nenne nur die Stichworte: Frauenbewegung, Ökologiebewegung, Psychiatriereform, Essener Katholikentag, Sozialpädagogik, Gesellschafts- und Alltagsgeschichte<sup>7</sup>, Bundeswehrhochschulen und Polizeireform. Der inhaltliche Fluchtpunkt und Effekt, der allen diesen Teilbewegungen gemeinsam war, hieß „innere Demokratisierung“. Die bisherige Struktur und Praxis von Politik, Gesellschaft und eigenem Bezugsfeld wurde in einem rechtlich-sozialen Sinne als zu formaldemokratisch erachtet und gewissermaßen mit Leben gefüllt: Es wurde ein Mehr an Partizipation, Mitverantwortung, Emanzipation, Chancengleichheit, sozialer Gerechtigkeit (auch in der „Dritten Welt“ Stichwort: „Nord-Süd-Konflikt“) sowie Menschen-, Bürger- und Minderheitenrechten eingefordert und praktiziert.

Die spezifische Wirkung der 68er-Studentenbewegung mit ihren antiautoritären Aktionen gegen Notstandsgesetzgebung, „Establishment“ und Vietnamkrieg bestand vor allem darin, daß erst sie dem Trend der Vergesellschaftung und inneren Demokratisierung seine eigentliche Dynamik und Breite verlieh. Dabei war die bekanntlich mit vielen persönlichen Verletzungen verbundene politisch-ideologische Aufladung, Polarisierung und Radikalisierung des gesellschaftlichen Klimas in und um 1968 - bis hin zur Entstehung des RAF-Terrorismus<sup>8</sup> - sowohl das

<sup>1</sup> Vgl. Lutz Niethammer (Hg.), *Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der „Oral History“*, Frankfurt a.M. 1980, S. 7.

<sup>2</sup> „Vgl. die Beiträge von Alexander von Plato und Thomas Becker in diesem Heft.“

<sup>3</sup> Zum Stand der Forschung vgl. die beiden Berichte: Wolfgang Kraushaar, *Der Zeitzuge als Feind des Historikers? Ein Literaturüberblick zur 68er-Bewegung*, in: ders., *1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur*, Hamburg 2000, S. 253-347; Franz-Werner Kersting, *Entzauberung des Mythos? Ausgangsbedingungen und Tendenzen einer gesellschaftsgeschichtlichen Standortbestimmung der westdeutschen '68er'-Bewegung*, in: *Westfälische Forschungen* 48 (1998), S. 1-19 (= Einleitung zu dem - an Fallbeispielen vornehmlich aus Westfalen/Nordrhein-Westfalen orientierten - „WF“-Schwerpunktband „Der gesellschaftsgeschichtliche Ort der ‚68er‘-Bewegung“). Für den größeren zeithistorischen Kontext vgl. jetzt insbes. Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000.

<sup>4</sup> Vgl. den Textabdruck in: *Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt*. Eingel., u. komm. v. Klaus von Beyme, München/Wien 1979, S. 251-281.

<sup>5</sup> Wilhelm Damberg, Bernd Feldhaus und die „Katholische Gesellschaft für Kirche und Demokratie“ (1968-1972), in: *Westfälische Forschungen* 48 (1998), S. 117-125, hier: 120.

<sup>6</sup> Für das Folgende vgl. bereits ausführlicher Kersting, *Entzauberung*, S. 13ff. (auf der Grundlage der Erträge des „WF“-Schwerpunktbandes).

<sup>7</sup> Zu diesen und anderen Debatten in der Geschichtswissenschaft vgl. jetzt Ute Daniel, *Kopendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter*, Frankfurt a.M. 2001.

<sup>8</sup> Unter der Fülle an Publikationen vgl. schon früh sehr aufschlußreich: *Analysen zum Terrorismus*, 5 Bde., hg. v. Bundesministerium des Innern, Opladen 1981-84; zuletzt u.a.: Wolfgang Kraushaar (im Gespräch mit Jörg Herrmann), *Die Aura der Gewalt. Die „Rote Armee Fraktion“ als Entmischungsprodukt der Studentenbewegung - Erinnerungen, Interpretationen, Hypothesen*, in: *Lettre International*, Heft 52, Frühjahr 2001, S. 7-16 (mit reichen Literaturhinweisen); Gerd Koenen, *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977*, Köln 2001, bes. S. 359ff.

Medium als auch gewissermaßen der „Preis“ des Entwicklungsschubes.

### Gesellschaftliche Öffnung auch der Archive: Das Plädoyer von Hans Booms (1969)

Im übrigen scheinen die heuristischen Leitbegriffe der Vergesellschaftung und inneren Demokratisierung auch einige Veränderungen im bundesdeutschen Archivwesen treffend zu beschreiben, die sich ebenfalls seit dem Umbruch der ausgehenden 60er und frühen 70er Jahre abzeichneten. Ein Blick in das zeitgenössische Vertrags- und Themenprogramm der Archivtage und des „Archivars“ zeigt, daß gerade damals erste Stimmen für eine stärkere gesellschaftliche Reflexion und Öffnung der Archive und ihres professionellen Selbstverständnisses plädierten – so vor allem Hans Booms vom Bundesarchiv in einem bemerkenswerten programmatischen Vortrag auf dem 45. Deutschen Archivtag 1969 in Kiel.

Unter der Überschrift „Öffentlichkeitsarbeit der Archive – Voraussetzungen und Möglichkeiten“ übertrug Booms gewissermaßen das Brandt'sche Diktum „Mehr Demokratie wagen“ auf die eigene Profession: Die Archive sollten stärker als bisher Teil und Spiegelbild der gesamtgesellschaftlichen Wirklichkeit und der modernen informierten pluralistischen demokratischen Öffentlichkeit werden. Sowohl die Sicherung, Bewertung und Bereitstellung der archivischen Überlieferung als auch deren alltägliche externe Nutzung sollten die Handschrift dieses veränderten Institutionen- und Öffentlichkeitsverständnisses tragen. Archivarbeit wurde als „öffentliche Bildungsarbeit“ verstanden.<sup>9</sup>

Booms' Plädoyer war freilich seiner Zeit ein gutes Stück voraus<sup>10</sup>, wenn auch zum Beispiel 1969 in einer neuen Benutzungsordnung für das Bundesarchiv erstmals die „Unterrichtung der Öffentlichkeit“ offiziell mit als Aufgabe verankert wurde<sup>11</sup> oder das zentrale Fach- und Verbandsorgan „Der Archivar“ 1972 eine eigene Rubrik „Öffentlichkeitsarbeit“ einführte<sup>12</sup>. Im Jahre 1975 erneuerte Helmut Dahm (als damaliger Vorsitzender des Vereins deutscher Archivare) noch einmal die Fokussierung eines veränderten professionellen Leitbildes. Auf dem 50. Deutschen Archivtag in Mainz formulierte er apodiktisch: „... Auswahl, Erschließung und Darbietung der Quellen zur Dokumentation des gesamten öffentlichen Lebens, in denen sich unsere Zeit und ihre Wurzeln selbst darstellen, richten sich nicht nur an die Gelehrten, sondern auch an die drei Gewalten des Staates und an die Gesamtheit der zur Mitwirkung am öffentlichen Leben berufenen Staatsbürger. Darin liegt die politische Aufgabe des deutschen Archivars. Bis vor 100 Jahren begriff er sie als Dienst am Werden einer Nation, im 20. Jahrhundert als Dienst an der Gesellschaft.“<sup>13</sup> Sicher nicht zufällig wurde dann auf dem 66. Deutschen Archivtag 1995 in Hamburg gerade an die frühen Positionsbestimmungen von Booms<sup>14</sup> und Dahm<sup>15</sup> erinnert.

### Archivwesen und „neue soziale Bewegungen“

Anlaß war das Hamburger Rahmenthema „Archive und Gesellschaft“, zu dem der Historiker Herbert Obenaus den Einführungsvortrag lieferte. Obenaus setzte ebenfalls innovative Akzente, denn soweit zu sehen ist, wurde mit seinem Vortrag erstmals an überregionaler archivoffizieller Stelle auch systematischer nach der Rolle der „neuen sozialen Bewegungen“<sup>16</sup> in dem Verhältnis von „archivischer Überlieferung und gesellschaftlicher Wirk-

lichkeit“ gefragt. Im Grunde differenzierte Obenaus das generelle gesellschaftspolitische Öffnungs- und Demokratisierungsplädoyer von Booms lediglich weiter aus, wenn er sich dafür stark machte, auch diese Bewegungen künftig stärker in dem Problem- und Dokumentationshorizont der (im Sinne des Archivgesetzes) hauptamtlich geführten öffentlichen Archive zu verankern.<sup>17</sup>

Bemerkenswert erscheint im übrigen auch, daß Obenaus nicht nur die Studentenbewegung, die neue Frauen- und Friedensbewegung sowie die Ökologie- und Anti-Atom-Bewegung zu den neuen sozialen Bewegungen rechnete, sondern ebenso die „Altenbewegung“ der sogenannten „Grauen Panther“ und die „Geschichtsbewegung“ der Alltagsgeschichte „von unten“. Diese Schwerpunktsetzung über den engeren Kern der neuen sozialen Bewegungen hinaus ließe sich etwa auch mit Blick auf die Reformbewegung im Umfeld der Psychiatrie-Enquete von 1975<sup>18</sup> sowie die Emanzipationsbewegung der behinderten Menschen selbst<sup>19</sup> vornehmen. Ich schließe mich dem erweiterten Verständnis des zeithistorischen Phänomens hier

<sup>9</sup> Vgl. Hans Booms, Öffentlichkeitsarbeit der Archive – Voraussetzungen und Möglichkeiten. Vortrag des 45. Deutschen Archivtages, in: Der Archivar 23 (1970), Sp. 15-32, Zrt.: 25. Vgl. auch ders., Geschäftsordnung und Überlieferungsbildung. Probleme archivischer Quellenbewertung. Vortrag des 47. Deutschen Archivtages [1971 in Dortmund], in: ebd. 25 (1972), Sp. 23-28.

<sup>10</sup> Nicht zufällig merkte 1974 Hans-Joachim Behr, Möglichkeiten der Archivbenutzung für den Schulunterricht. Erfahrungen in norddeutschen Archiven, in: Der Archivar 27 (1974), Sp. 333-346, hier: 334, kritisch an, fünf Jahre nach Booms' engagiertem Plädoyer für einen stärkeren Gesellschafts- und Öffentlichkeitsbezug der Archive müsse man „bedauerlicherweise feststellen“, daß dessen Intervention bislang „so gut wie keine Resonanz gefunden“ habe.

<sup>11</sup> Vgl. Heinz Boberach, Die neue Benutzungsordnung für das Bundesarchiv, in: Der Archivar 23 (1979), Sp. 63-71, bes. 66 u. 69, in Verb. mit: ders., Archivbenutzung und archivarisches Arbeit im Wandel von Interessen und Methoden. Vortrag des 49. Deutschen Archivtages [1974 in Braunschweig], in: ebd., 28(1975), Sp. 19-34, hier: 24.

<sup>12</sup> Vgl. „Der Archivar“ 25 (1972), Inhaltsverzeichnis.

<sup>13</sup> Helmut Dahm, 50 Deutsche Archivtage und ihre Bedeutung für das Berufsbild des deutschen Archivars, in: Der Archivar 29 (1976), Sp. 5-18, hier: 18.

<sup>14</sup> Vgl. Herbert Obenaus, Archivische Überlieferung und gesellschaftliche Wirklichkeit, in: Archive und Gesellschaft. Referate des 66. Deutschen Archivtages, 25.-29. September 1995 in Hamburg, veranstaltet vom Verein deutscher Archivare, Siegburg 1996, S. 9-33, hier: 17f. Obenaus zitierte aus Booms Beitrag von 1972 („Geschäftsordnung und Überlieferungsbildung“ [wie Anm. 9]), kannte aber offensichtlich nicht dessen Vortrag von 1969 – mit dem Ergebnis, daß er hier lediglich vermutete, Booms' Vorstoß sei „[vielleicht ... auch ein Reflex auf die Existenz einer sozialliberalen Regierung in Bonn] gewesen, habe „also eventuell die politische und kulturelle Aufbruchstimmung dieser Jahre widergespiegelt“.

<sup>15</sup> Vgl. Norbert Reimann, Archive und Gesellschaft. Zur Wahl des Rahmenthemas für den 66. Deutschen Archivtag 1995 in Hamburg [Auszug aus der Eröffnungsansprache], in: Archive und Gesellschaft, S. 1-4, hier: 3.

<sup>16</sup> Vgl. als grundlegende Analysen: Joachim Raschke, Soziale Bewegungen. Ein historischsystematischer Grundriß (1985), Studienausgabe, Frankfurt a.M./New York 1987, bes. S. 411ff.; Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1987; Ders., Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt a.M./New York 1994; als jüngsten zeithistorischen Überblick: Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 620-652.

<sup>17</sup> Vgl. Obenaus, Überlieferung, bes. S. 27ff.

<sup>18</sup> Vgl. Franz-Werner Kersting, Psychiatriereform und '68, in: Westfälische Forschungen 48 (1998), S. 283-295.

<sup>19</sup> Vgl. jetzt: Zur Geschichte der Emanzipationsbewegung behinderter Menschen. Interview [von Jutta vom Hofe] mit Andreas Jürgens, in: Stiftung Deutsches Hygiene-Museum und Deutsche Behindertenhilfe – Aktion Mensch e.V. (Hg.), der (im-)perfekte mensch, vom recht auf unvollkommenheit. Begleitbuch zur [gleichnamigen] Ausstellung im Deutschen Hygiene Museum vom 20. Dezember 2000 bis 12. August 2001, Ostfildern-Ruit 2001, S. 35-41.

vor allem deshalb an, weil es die Aufmerksamkeit auf einen Bereich lenkt, in dem die staatlichen, kommunalen oder auch kirchlichen Archive die „hauseigenen“ Aktivitäten und Überlieferungen der alternativen „freien“ Archive der klassischen neuen sozialen Bewegungen ohne Konkurrenz sinnvoll ergänzen könnten. Hiermit ließen sich zugleich Hilfestellungen für Betroffeneninitiativen wie das Dortmunder „Behindertenarchiv“ verbinden.<sup>20</sup>

Diese Anregung bedeutet freilich nicht, daß die Geschichte und Dokumentation der neuen sozialen Bewegungen im engeren Sinne in dem Horizont der öffentlichen Archive etwa keinen Platz haben sollten. Doch bedarf es dazu, wie schon Obenaus betont hat, einer stärkeren Sensibilität und Mobilität im Umgang mit den Trägern und Zeugnissen ihrer vielfältigen lokalen und regionalen Überlieferungskultur. An ersten archivfachlichen Impulsen fehlt es nicht, wie die Sektion zur „68er-Bewegung und ihren archivischen Quellen“ auf dem 69. Deutschen Archivtag 1998 in Münster gezeigt hat.<sup>21</sup> Auch ist der von Thomas Becker und Ute Schröder herausgegebene „68er-Archivführer“ zu nennen.<sup>22</sup> Für Nordrhein-Westfalen hat in jüngster Zeit vor allem Peter Dohms die Überlieferungsvielfalt der studentischen Protestbewegung aufgearbeitet und dokumentiert.<sup>23</sup> Bei beiden Initiativen wurde die Grenze zwischen den öffentlichen Archiven und den alternativen freien Archiven jeweils bewußt überschritten.<sup>24</sup> Mit Blick auf die neuen sozialen Bewegungen insgesamt findet sich solcherart Grenzüberschreitung schließlich auch in dem lesenswerten „Plädoyer für die Bewahrung der Geschichte von unten“, das Petra Heine und Jürgen Bacia 1997 im „Archivar“ veröffentlicht haben.<sup>25</sup>

### Die „andere“ Archivlandschaft

Heine und Bacia stehen selbst für eine Einrichtung jener jüngeren bunten freien Archivlandschaft, wie sie sich im Zeichen der Entstehung, Praxis und Überlieferungssicherung der neuen sozialen Bewegungen herausgebildet hat - nämlich für das 1985 in Duisburg gegründete „Archiv für alternatives Schrifttum in NRW“, kurz „afas“ genannt, das mittlerweile über die größte NRW-Sammlung alternativer Publikationen verfügt.<sup>26</sup> Aus der Reihe der - zumindest für „Insider“ - mittlerweile überregional bekannteren Archiv- und Dokumentationsstellen dieser Art seien hier stellvertretend noch genannt<sup>27</sup>:

- das Archiv des Hamburger Reemtsma-Instituts für Sozialforschung;
- das Archiv „APO und soziale Bewegungen“ an der FU Berlin;
- die Dokumentationsstelle für unkonventionelle Literatur der Stuttgarter Bibliothek für Zeitgeschichte;
- die Archive der neuen und sozialen Bewegungen in Freiburg, Kiel und Bremen;
- der „FrauenMediaTurm“ in Köln;
- die Berliner Archive der Robert-Havemann-Gesellschaft: Matthias-Domaschk-Archiv und Robert-Havemann-Archiv;
- schließlich das Internationale Institut für Sozialgeschichte (Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis/IISG) in Amsterdam.

Das traditionsreiche Amsterdamer Institut (1935 gegr.) beherbergt unter anderem auch das wertvolle - ursprünglich in Frankfurt entstandene und angesiedelte - sogenannte „ID-Archiv“. Hierbei handelt es sich um eine - etwa für die Erforschung der Geschichte des RAF-Terrorismus wichti-

ge - Sammlung, die aus dem sogenannten „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten“ entstanden ist. Der Informationsdienst war eine von 1973 bis 1981 erscheinende Frankfurter Wochenzeitung für die undogmatische und alternative Linke. Vom Amsterdamer ID-Archiv stammt auch der erste deutschsprachige Führer durch die freie Archivlandschaft. Dieser „Reader der ‘anderen’ Archive“<sup>28</sup> erschien 1990 und umfaßte schon damals insgesamt 278 Institutionen. Neben der zahlenmäßig am stärksten vertretenen alten Bundesrepublik waren und sind in dem Reader auch die ehemalige DDR, Österreich, die Schweiz, Griechenland und die Niederlande vertreten. In Kürze soll eine aktualisierte Neuauflage dieser verdienstvollen und hilfreichen Publikation erscheinen.

### „Schwarze Witwe. Autonome Frauenforschungsstelle Münster e.V.“

Schon 1990 im Amsterdamer Reader vertreten war auch die „Schwarze Witwe. Autonome Frauenforschungsstelle Münster e.V.“ Mit ihr soll hier paradigmatisch ein lokales westfälisches Beispiel der alternativen neuen Bewegungsarchive vorgestellt werden.<sup>29</sup> Zunächst sollen die Mitarbeiterinnen der 1985 von zehn Frauen gegründeten und seit 1995 durch einen freiwilligen städtischen Haushaltstitel „mehr schlecht als recht“ abgesicherten

<sup>20</sup> Vgl. Literaturwerkstatt/Behindertenarchiv (Hg.), 10 Jahre Literaturwerkstatt, 10 Jahre Behindertenarchiv. Mitstreiter und Benutzer schreiben zum Jubiläum, Dortmund (Selbstverlag) 2000; Literaturwerkstatt für Hörgeschädigte (Hg.), Die unsichtbare Mauer. Auswirkungen der Hörschädigung. Texte von Katharina Billich, 2., überarb. u. erg. Aufl., Dortmund (Selbstverlag) 1996.

<sup>21</sup> Dokumentiert in: Der Archivar 52 (1999), S. 116-124 (Schwerpunkte: Universitätsarchive, Hörfunk und Fernsehen).

<sup>22</sup> Vgl. Thomas P. Becker/Ute Schröder (Hg.), Die Studentenproteste der 60er Jahre. Archivführer - Chronik - Bibliographie, Köln/Weimar/Wien 2000.

<sup>23</sup> Vgl. Peter Dohms, Studentenbewegung und Überlieferungsvielfalt - das Beispiel Nordrhein-Westfalen, in: Der Archivar 52 (1999), S. 225-233; ders., Studentenbewegung und nordrhein-westfälische Landespolitik in den 60er und 70er Jahren, in: Geschichte im Westen 12 (1997), S. 175-201.

<sup>24</sup> Diese Grenzüberschreitung zeichnete auch bereits Dohms Beitrag: Bürgerbewegungen nach 1945. Zur Problematik archivischen Sammelns im nichtstaatlichen Bereich, in: Dieter Kastner (Red.), Fotos und Sammlungen im Archiv, Bonn 1997 (= Archivhefte der Archivberatungsstelle Rheinland, 30), S. 195-207, aus.

<sup>25</sup> Vgl. Petra Heine/Jürgen Bacia, Plädoyer für die Bewahrung der Geschichte von unten, in: Der Archivar 50 (1997), Sp. 299-310.

<sup>26</sup> Vgl. ebd., Sp. 306ff.; siehe auch J. Bacia (Hg.), 10 Jahre Archiv für alternatives Schrifttum (afas), 30 Jahre Druck von unten. Reader zur Ausstellung in der Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf v. 7.12.1995-17.2.1996, Düsseldorf 1995; für die weitere Forschung z.B. ebenfalls äußerst verdienstvoll: Bernd Drücke, Zwischen Schreibtisch und Straßenschlacht? Anarchismus und libertäre Presse in Ost- und Westdeutschland, Ulm 1998 (mit umfassender Bibliographie).

<sup>27</sup> Zu dieser Auswahl und dem Gesamtnetz der Bewegungsarchive u.a. bereits ausführlich: Reader der „anderen“ Archive. Mit einem Beitr. v. Rudolf de Jong. Hg. v. ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte/Amsterdam, Amsterdam/Berlin 1990; Becker/Schröder, S. 19ff.; Heine/Bacia; Bernd Hütter, Archive der neuen sozialen Bewegungen, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 42 (2000), H. 4, S. 109-114; Werner Theuer, Die archivalische Überlieferung der Bürgerrechtsgruppen der DDR in den Archiven der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., in: Archive und Gesellschaft, S. 116-128; Detlef Siegfried, Archive Sozialer Bewegungen. Eine grobe Skizze und ein Vorschlag für Schleswig-Holstein, in: Mitteilungen des Beirats für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein, Nr. 18, Oktober 1993, S. 29-39.

<sup>28</sup> Vgl. Anm. 27.

<sup>29</sup> Vergleichbar etwa mit dem ebenfalls in Münster ansässigen „Umweltzentrum e.V.“, das wiederum auch über ein eigenes - per Internet („http://www.muenster.de/~uwz/archiv“) zugängliches - „Archiv der Sozialen Bewegungen“ verfügt.

Einrichtung<sup>30</sup> selbst zu Wort kommen. Sie schreiben über sich:

„Die Spinne ‘an sich’ besitzt kostbare Fähigkeiten: Sie kann ihr Netz überall hinweben, auch dorthin, wo es den Menschen manchmal nicht paßt. Manche Arten können sogar ihre Spinnweben in die Luft absondern und darauf zu anderen Orten schweben. Der Name ‘Schwarze Witwe’ trifft deshalb als Symbol unser Selbstverständnis: Das Vernetzen, das Aufgreifen, das Verknüpfen und Weiterspinnen bestehender ‘Fäden’. Gemeint ist damit aber auch das Spinnen mit der Bedeutung, andere verrückte Sicht- und Handlungsweisen zuzulassen und der Phantasie freien Lauf zu lassen. Das Spinnen im Sinne von handwerklicher Garnherstellung repräsentiert darüber hinaus ein Frauenhandwerk, das auf eine lange Tradition zurückblicken kann. Die Spinnenart ‘Schwarze Witwe’ im besonderen hat neben den geschilderten köstlichen Fähigkeiten eine ganz besondere Eigenschaft, die vor allem die Männerwelt stets erschreckt zusammenzucken läßt. Ausgerechnet nach dem Geschlechtsakt frißt die weibliche Spinne das Männchen mit Haut und Haaren auf. Da die Bisse der Spinne für ihre männlichen Artgenossen tödliche Folgen haben, steht ihr Name als Symbol für unsere Arbeit, den Kampf gegen patriarchale Herrschaftsverhältnisse und -strukturen. Bewußt haben wir ein unbestreitbar provozierendes Symbol für unser feministisches Selbstverständnis gewählt...“<sup>31</sup>

Die Selbstdarstellung lenkt bereits den Blick auf einige charakteristische Merkmale der Münsterischen Autonomen Frauenforschungsstelle. Ihr Profil steht aber eben auch paradigmatisch für viele andere Einrichtungen, die mit und aus der neuen Frauenbewegung und den anderen sozialen Parallelbewegungen hervorgegangen sind. Fünf wesentliche Merkmale lassen sich abschließend thesenhaft bündeln und hervorheben:

Erstens: Aus der Idee feministischer, öffentlicher und praxisbezogener Selbsthilfe außerhalb der etablierten universitären Strukturen entstanden, war und ist die „Schwarze Witwe“ nicht nur Archiv und Bibliothek, sondern auch und vor allem eine lebensweltlich ausgerichtete und verankerte Anlauf- und Kommunikationsstelle. Im Niederländischen gibt es für die verschiedenen Archive, Bibliotheken, Forschungs- und Dokumentationsstellen der Frauen- und Lesbenbewegung den weiten Sammelbegriff der „Fraueninformationseinrichtungen“.<sup>32</sup> Er würde auch die „Schwarze Witwe“ gut kennzeichnen.

Zweitens: Der gesellschaftspolitische Anspruch und Aktualitätsbezug bedingt, daß jene Materialien, die die öffentlichen Archivarinnen und Archivare traditionell den beiden Bereichen „zeitgeschichtliches Sammlungsgut“ und „Bibliothek“ zurechnen (oder zurechnen würden), quantitativ das Archivgut an Akten im engeren Sinne weit übertreffen.

Drittens: Da im Grunde alle neuen sozialen Bewegungen historische Vorläufer haben, deren Geschichte jeweils bewusst mit reflektiert und aufgearbeitet wird (etwa auch in Form historischer Stadtrundgänge), sind ihre Archive nicht nur Fundgruben für die Rekonstruktion der Bewegungs- und Alltagsgeschichte seit den 1970er Jahren, sondern auch für das ganze Spektrum ihrer mentalen, institutionellen und biographischen Vorbilder. Dies ist auch im Falle der „Schwarzen Witwe“ nicht anders.

Viertens: Das Anliegen der „spinnenartigen“ Vernetzung individueller und kollektiver Bedürfnisse und Interessen ist ebenfalls zentral. So gehört die „Schwarze Witwe“ z.B. dem

1994 gegründeten „Dachverband deutschsprachiger Lesben-/Frauenarchive-, -bibliotheken und -dokumentationszentren“ an. Der Verband nennt sich „i.d.a.“, was für „informieren - dokumentieren - archivieren“ steht.<sup>33</sup> Und zusammen mit einer zunehmenden Zahl anderer ähnlicher Internet-Auftritte, haben auch i.d.a. und Schwarze Witwe mittlerweile ihre eigene Homepage.<sup>34</sup> Um Vernetzung ging es aber auch, als die Autonome Frauenforschungsstelle 1998 in Münster anlässlich der Feierlichkeiten zur 350jährigen Wiederkehr des Westfälischen Friedens die Tagung „Nachbarinnen stellen sich vor. Feministische Archivarbeit und grenzüberschreitender Austausch. Deutschland - Flandern - Niederlande“ veranstaltete (und anschließend in einer eigenen zweisprachigen Publikation dokumentierte<sup>35</sup>).

Fünftens: Die Gründung, der Ausbau sowie die Bestands- und Existenzsicherung der Bewegungsarchive waren und sind vielfach das Ergebnis alltäglicher Selbstausbeutung!<sup>36</sup> Diese wird zuweilen dadurch belohnt, daß sich dort, wo eine dauerhaftere Institutionalisierung und Finanzierung gelingt, auch berufliche Anstellungschancen eröffnen.<sup>37</sup> Doch gab und gibt es nicht wenige Fälle, in denen der Selbstausbeutung schließlich die Kapitulation folgt, weil die Finanzierung einfach nicht mehr gewährleistet ist.

Diese Situation erschwert und gefährdet die Sicherung eines wichtigen Bausteins im kommunikativen Gedächtnis und in der kulturellen Überlieferung unserer Gesellschaft.

Manches ließe sich hier wohl durch eine stärkere wechselseitige Öffnung und Kooperation zwischen etablierter und freier Archivlandschaft abfangen und verbessern.<sup>38</sup> Könnte am Ende vielleicht die (korporative) Mitgliedschaft von Einrichtungen und Mitarbeiter/innen der „anderen“ Archivlandschaft im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare stehen?<sup>39</sup>

<sup>30</sup> So die Historikerin und langjährige Mitarbeiterin der „Schwarzen Witwe“, Heike Schlüter, in einem Interview mit dem Verf. v. 22.2.2001. Ich danke Frau Schlüter noch einmal für ihre Unterstützung.

<sup>31</sup> Zit. nach: Schwarze Witwe. Autonome Frauenforschungsstelle Münster e.V. [Selbstdarstellungsbroschüre, o.S.], 2., überarb. Aufl., Münster 1998.

<sup>32</sup> Vgl. Annette Mevis, Der überregionale Verband der Fraueninformationseinrichtungen (LOVI) in den Niederlanden/Het Landelijk Overleg Vrouweninformatiecentra (LOVI) in Nederland, in: Nachbarinnen stellen sich vor. Feministische Archivarbeit und grenzüberschreitender Austausch. Deutschland - Flandern - Niederlande/Buurvrouwen stellen zich aan elkaar voor. Feministisch archiefwerk en grensoverschrijden-de uitwisseling. Duitsland - Nederland - Viaanderen. Reader zur Tagung der Autonomen Frauenforschungsstelle „Schwarze Witwe“ Münster e.V. vom 21. -22. November 1998 im Rathausfestsaal der Stadt Münster, hg. von der „Schwarzen Witwe“ und dem Frauenreferat des AstAs der FH Münster, Münster 1998, 8.32-34.

<sup>33</sup> Vgl. die kurze Selbstdarstellung in: Nachbarinnen, S. 30f.

<sup>34</sup> „http://www.ida-dachverband.de“ bzw.

„http://www.woman.de/witwe“

<sup>35</sup> Siehe erneut Anm. 32.

<sup>36</sup> Vgl. auch bereits Dohms, Bürgerbewegungen, S. 202; Heine/Bacia, Sp. 305.

<sup>37</sup> Diese „Professionalisierung“ jenseits der etablierten historischen Zunft wäre eine eigene Untersuchung wert.

<sup>38</sup> Produktive Ansätze finden sich z.B. in der Arbeit der Archivberatungsstelle des Rheinischen Archiv- und Museumsamtes. Vgl. Hans-Werner Langbrandtner, Künstler, Bürgerinitiativen, gesellschaftliche Randgruppen... Überlieferungssicherung im Rheinland, in: Archive und Gesellschaft, S. 95-106.

<sup>39</sup> Immerhin sind in dem offiziellen Verzeichnis: Archive in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und der Schweiz, hg. v. Ardey-Verlag in Zusammenarbeit mit dem VdA - Verband deutscher Archivarinnen und Archivare, 16. Ausgabe, Münster 2000 (= Sonderausg. für Verbandsmitglieder), S. 166ff., unter der bundesdeutschen Rubrik „Universitäts- und Hochschularchive und Archive sonstiger Einrichtungen“ z.B. auch bereits das Centrum Schwule Geschichte e.V. Köln, der dortige Frauen-MediaTurm, das Archiv für Soziale Bewegungen in Baden sowie das Feministische Archiv e.V. Freiburg/Br. aufgeführt.

# Die Studentenproteste der 60er Jahre. Die Sicherung ihrer archivalischen Überlieferung

von Thomas Becker

Die sogenannte „Studentenbewegung“ der 60er und 70er Jahre hat durch ihre spektakulären Aktionen, mehr noch durch ihre eigenen publizistischen Aktivitäten, eine Fülle von Materialien hinterlassen, die weit verstreut in Archiven, Dokumentationsstellen und anderen Sammelorten zu finden sind. Weil die Sperrfristen der meisten Archivgesetze des Bundes und der Länder in Deutschland für Sachakten nach dreißig Jahren enden, kommen diese Materialien nunmehr in den Bereich, in dem die seriöse wissenschaftliche Forschung sich auch in die bislang gesperrten amtlichen Unterlagen Einblick verschaffen kann. Dieser Umstand war für die Fachgruppe VIII des Verbandes deutscher Archive (Universitäts- und Hochschularchive und Archive sonstiger wissenschaftlicher Institutionen) Anlaß genug, um eine kleine Arbeitsgruppe einzusetzen, die ein Hilfsmittel schaffen sollte, das geeignet ist, die zu erwartenden Forschungen zum Thema „68“ zu unterstützen.<sup>1</sup> Gedacht war dabei in erster Linie an einen Archivführer, der durch eine Chronik und eine Bibliographie ergänzt werden sollte.<sup>2</sup> Die Recherche war dabei auf die Studentenbewegung reduziert, d.h. die anderen gesellschaftlichen Bewegungen, die in der Umbruchszeit der 60er Jahre eine Rolle gespielt haben, wurden nur gestreift, um nicht die Arbeit zu verzetteln. Als zeitlicher Rahmen wurden die Jahre 1965 bis 1970 gewählt.<sup>3</sup>

Zur Ermittlung der Überlieferung der „68er“<sup>4</sup> wurde von uns ein Fragebogen erstellt und verschickt. Ursprünglich war das Ziel der Aktion eine Abfrage in den Universitätsarchiven der um 1970 in Deutschland bestehenden Universitäten und in den Staatsarchiven der westlichen Bundesländer. Zusätzlich war an eine Abfrage der Stadtarchive in den entsprechenden Universitätsstädten gedacht. Es stellte sich sehr bald heraus, daß der Kreis damit viel zu eng gezogen war. Neben den Medienarchiven, deren umfangreiche Vorarbeiten durch eigene „68er“-Dokumentationen uns in Erstaunen versetzte,<sup>5</sup> waren es vor allem die „Archive sozialer Bewegungen“, die immer mehr ins Zentrum der Bemühungen rückten und schließlich einen eigenen Abschnitt in unserem Buch bekamen. Dies waren insbesondere das Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung, das Archiv „APO und soziale Bewegungen“ am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, die „Dokumentationsstelle für unkonventionelle Literatur“ der Bibliothek für Zeitgeschichte in Stuttgart, das „Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis“ in Amsterdam, das „Archiv für alternatives Schrifttum (afas)“ in Duisburg, das „Archiv für soziale Bewegungen“ in Freiburg, das „Archiv der neuen sozialen Bewegungen“ in Kiel und das „Archiv der Arbeiterbewegung“ in Oer-Erkenschwick.<sup>6</sup> Dazu kamen noch weitere umfangreiche und sehr gründlich geordnete Materialsammlungen, die nicht durch das Bemühen von Gruppen oder gar Szenen entstanden sind, sondern ganz allein der Initiative Einzelner zu verdanken sind, wie das APO-Archiv von Michael Koderer in München oder die Sammlung von Rüdiger Haude in Aachen.

Es war nicht etwa so, daß diese Archive uns von vorn herein unbekannt waren. Doch das, was wir allmählich entdeckten, war dennoch eine Überraschung. War aus der Sicht der „etablierten“ Universitätsarchive das Vor-

kommen solcher Sammlungen zunächst eher als Ausnahmereignis gewertet worden, so entpuppte sich das Phänomen doch als weitaus größer und bedeutsamer als ursprünglich angenommen. Es zeigte sich nämlich, daß es in der Bundesrepublik Deutschland eine eigene gut entwickelte und sehr professionell arbeitende Archivszene der (links orientierten) sozialen Bewegungen gibt, die sich mehr oder weniger unverbunden neben der etablierten staatlichen, universitären und kommunalen Archivlandschaft entwickelt hat.

Im Nachhinein ist die Existenz einer solchen Archiv- und Dokumentationsszene gar nicht so erstaunlich. Im Kampf um eine Veränderung der Gesellschaft in den Industrieländern ging es den Aktivisten der Studentenbewegung und der anderen Protestbewegungen in den 60er und 70er Jahren um Aufklärung der angeblich politisch uninformierten Massen und um Klarstellung von Sachverhalten, die durch die angeblich oder tatsächlich tendenziöse und verzerrende Darstellung in den bürgerlichen Medien aus der Sicht der Protestbewegungen falsch dargestellt worden waren. Das damalige Stichwort war „Gegenöffentlichkeit“. „Gegenöffentlichkeit ... sollte aufklären, die Menschen in die Lage versetzen, ihre eigenen Interessen zu erkennen und sich gegen Herrschaftsverhältnisse zur Wehr zu setzen“<sup>7</sup> formuliert Petra Heine in der Festschrift zum zehnjährigen Bestehen eines dieser Archive, des afas (Archiv für alternatives Schrifttum) in Duisburg. Die Erzeugnisse dieser Aufklärungsbemühungen, Flugblätter, Zeitschriften, Bücher, ja sogar Pappschilder, rote Fahnen, Ansteck-Buttons oder Plakate, waren denjenigen, die sie erstellt hatten, viel zu viel wert, um einfach nach dem Ende der politischen Bemühungen in den Papierkorb zu gelangen. Sorgfältig wurden diese Materialien gesammelt und bewahrt und schließlich in einer ganzen Reihe von aus der Szene erwachsenen oder sogar mit staatlicher Hilfe

<sup>1</sup> Mitglieder: Thomas Becker, Ute Schröder (Universitätsarchiv Bonn), Eva-Marie Felschow (Universitätsarchiv Giessen), Jürgen Siggemann, Detlev Franz (Universitätsarchiv Mainz).

<sup>2</sup> Thomas P. Becker/ Ute Schröder (Hrsg.), Die Studentenproteste der 60er Jahre. Archivführer - Chronik - Bibliographie, Köln 2000.

<sup>3</sup> Zur Genese des Buches und zur zeitlichen Eingrenzung s. auch Thomas P. Becker, Bericht über das Projekt „Quellenkunde zur Geschichte der Studentenproteste 1965-1970“, in: Der Archivar 52 (1999), S. 116-118.

<sup>4</sup> Der Begriff steht hier stellvertretend für die Studentenbewegung der 60er Jahre bis hin zur Selbstauflösung des SDS.

<sup>5</sup> So z.B. Georg Polster (Bearbeiter), Studentenbewegung, Außerparlamentarische Opposition (APO), 1966-1970. Presseauswertung der Bild- und Tonträgerverzeichnisse der ARD-Archive, Bd. 1: Hörfunkbeiträge. Frankfurt/Stuttgart/Baden-Baden 1987. Vgl. auch derselbe, Audiovisuelle Quellen zur Studentenbewegung in der ARD, in: Der Archivar 52 (1999), S. 122-124.

<sup>6</sup> Diese Liste ist bei weitem nicht vollständig, weil z.B. das „Archiv der sozialen Bewegungen“ in Bremen fehlt, aber es wurden von uns nur die Archive berücksichtigt, die auch Materialien zur Studentenbewegung der 60er Jahre zu bieten hatten. Grundsätzlich wäre diese Liste noch um viele weitere Namen zu erweitern, wenn es um das Gesamtphänomen der Archive sozialer Bewegungen gehen sollte.

<sup>7</sup> Petra Heine, Einleitung: Zehn Jahre afas, in: 10 Jahre Archiv für alternatives Schrifttum (afas). 30 Jahre Druck von unten, hrsg. von Jürgen Bacia. Reader zur Ausstellung in der Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf 7. Dezember 1995 - 17. Februar 1996, Düsseldorf 1995, S. 7-18, hier S. 11.

institutionalisierten Archiven und Dokumentationsstellen zusammengefaßt. Und das weitgehend losgelöst von der geregelten Archivwelt der Länder und Kommunen. Die Gegenöffentlichkeit von damals setzt sich sozusagen in einer Gegenwelt der Archive heute fort.

Mittlerweile ist die Existenz dieser Archive sozialer Bewegungen einer interessierten archivischen Öffentlichkeit durch verschiedene Publikationen, zu denen nicht zuletzt auch unser Buch gehört, besser bekannt geworden.<sup>8</sup> Daß trotz dieser zunehmenden Publizität der Archive sozialer Bewegungen immer noch die Wahrnehmung eines weitgehend unverbundenen Nebeneinanders vorherrscht, zeigt z. B. die Zuschrift von Bernd Hüttner vom „Archiv der sozialen Bewegungen“ in Bremen an die Mailingliste der Archivschule Marburg vom 19. Februar 2001. Hüttner meint „da staatliche Archive oft keinen Anlass sehen, die Dokumente dieser Bewegungen zu sammeln, oder, falls doch dieser Anspruch besteht, keinen oder wenig Zugang zu diesen Dokumenten haben, erfüllen diese Archive eine wichtige Funktion.“<sup>9</sup> Diese Funktion besteht darin, nach dem Schaffen einer medialen „Gegenöffentlichkeit“ durch soziale Bewegungen (wie etwa der Studentenbewegung) diesen Bemühungen dadurch einen bleibenden Wert zuzumessen, daß sozusagen eine archivische „Gegenöffentlichkeit“ kreiert wird. Greifbar wird das vielleicht am besten im sogenannten „ID-Archiv“. Dabei handelt es sich um den „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten“, das in der Frankfurter Szene der 70er Jahre entstand und die „Gegenöffentlichkeit“ sozusagen im Titel führt.<sup>10</sup>

In den 70er Jahren radikalisierte sich die Protestbewegung und glitt immer mehr in ein eigenes soziales Milieu ab. Die Folge war ein zunehmendes Mißtrauen gegenüber den staatlichen Stellen, einschließlich staatlicher Archive. Hier kam und kommt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Archive sozialer Bewegungen eine eminent wichtige Rolle zu, denn sie verstehen sich als Mittler zwischen dem Milieu der links-alternativen Protestbewegungen und der bürgerlichen Welt. Sie müssen, wie es in dem Beitrag von Jürgen Bacia und Petra Heine im „Archivar“ ausgedrückt wird, „in der Szene Glaubwürdigkeit besitzen“, gleichzeitig aber auch „eine Fülle von Kontakten zu offiziellen Bibliotheken und Archiven“ haben.<sup>11</sup> Darin liegt ihre besondere Stärke und ihre besondere Bedeutung. Herbert Obenaus sprach es 1995 auf dem 66. Deutschen Archivtag in Hamburg aus: „Das soziale Milieu der Träger der neuen sozialen Bewegungen weicht stark von dem anderer Aktenproduzenten im nichtstaatlichen Bereich ab, also von Parteien, Gewerkschaften, Vereinen oder Stiftungen mit ihren Vorsitzenden und Funktionären, die zu Hause ihre Akten verwahrten und wo der Archivar, mit dem Blumenstrauß für die Witwe in der Hand, schließlich um den schriftlichen Nachlaß des Verblichenen bat.“<sup>12</sup> Mißtrauen gegen das „Establishment“ auf der Seite der „Aktenbildner“, strukturelle Probleme auf der Seite der behördlichen Archive lassen die klassischen Verwaltungsarchive vor der Aufgabe der Dokumentation sozialer Bewegungen weitgehend versagen.<sup>13</sup> Dennoch ist bei einer sozialen Bewegung wie der Studentenbewegung der zu erwartende Materialverlust nicht eingetreten, weil aus der Bewegung heraus eigene erfolgreiche Bemühungen um Archivierung und Dokumentation die Geschichte dieses für die gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik so entscheidenden kulturellen Umbruchs bewahrt haben. Die Konsequenz daraus läßt sich auf die Materialien anderer sozialer Bewegungen, deren vermehrtes Auftauchen

die Gesellschaft der Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten prägt, ohne weiteres übertragen: Nicht Nebeneinander oder gar Gegeneinander ist gefragt, sondern ein respektvolles Miteinander, das die Leistungen der „anderen“ Archive trotz mangelnder Archiviars- oder Dokumentarusbildung anerkennt. Suchen wir also den Schluß mit den Archiven, die aus den Bewegungen selber entstanden sind, nehmen wir ihre Mittlerrolle an und bemühen wir uns gemeinsam, das Vermächtnis unserer Gesellschaft weiterzugeben.

<sup>8</sup> S. etwa Jürgen Bacia/ Petra Heine, Plädoyer für die Bewahrung der Geschichte von unten, in: *Der Archivar* 50 (1997), Sp. 299-310; Hans-Werner Langbrandtner, Künstler, Bürgerinitiative, gesellschaftliche Randgruppen ... Überlieferungssicherung im Rheinland, in: *Archive und Gesellschaft. Referate des 66. Deutschen Archivtags 25.-29. September in Hamburg, veranstaltet vom Verein Deutscher Archivare, Siegburg 1997*, S. 95-106.

<sup>9</sup> Bernd Hüttner, Archive zu neuen sozialen Bewegungen, in: [Majordomo@Lists.Uni-Marburg.de](mailto:Majordomo@Lists.Uni-Marburg.de) Archive-File archivliste.0102.

<sup>10</sup> Die Materialien dieser scene-eigenen linken „Nachrichtenagentur“ befinden sich heute im Institut für Internationale Sozialgeschichte in Amsterdam. S. dazu Becker/Schröder (wie Anm. 2), S. 31 f.

<sup>11</sup> Bacia/Heine (wie Anm. 7), Sp. 309 f.

<sup>12</sup> Herbert Obenaus, Archivische Überlieferung und gesellschaftliche Wirklichkeit, in: *Archive und Gesellschaft. Referate des 66. Deutschen Archivtags 25.-29. September in Hamburg, veranstaltet vom Verein Deutscher Archivare, Siegburg 1997*, S. 9-33, hier S. 30.

<sup>13</sup> „Die Texte werden für unwichtig gehalten, niemand fühlt sich zuständig, sich um die Dokumente von Basisbewegungen zu kümmern, von vielen Initiativen und Aktivitäten erfahren die Mitarbeiter traditioneller Archive überhaupt nichts, und wenn sie davon erfahren, scheidet die Kontaktaufnahme z. B. daran, daß Redaktionssitzungen stattfinden, wenn der Archivar des Stadtarchivs bereits Feierabend hat oder daß alternative Projekte auf offizielle Briefe nicht reagieren.“ Bacia/Heine (wie Anm. 7), Sp. 303.

# Kommunalarchive und Parteiarchive – Partner oder Konkurrenten?

von Brigitte Kaff

Archive bewahren historische Quellen von gestern und heute zum Zweck zukünftiger historischer Forschung auf. Der Philosoph Hermann Lübbe bezeichnete die Archive als „die mit Abstand wichtigsten Veranstaltungen zur Sicherung der Quellen in unserer historischen Selbst- und Fremderkenntnis“. Dies gilt auch für die Arbeit der Parteiarchive. Da sie nichtstaatliches Schriftgut gesellschaftlich relevanter Gruppen sammeln und archivieren, dienen sie nicht nur den Interessen der Parteien, sondern auch öffentlichen Anliegen.

## 1. Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, kurz ACDP genannt, wurde 1976 auf Initiative von Heinrich Krone und Helmut Kohl gegründet. Seit 25 Jahren wird es systematisch als Zentralarchiv der Christlich-Demokratischen Bewegung aufgebaut. Das ACDP archiviert das Archivgut der CDU, der zentralen Gremien auf Bundes- und Landesebene, der Vereinigungen, die Nachlässe führender Repräsentanten, das Archivgut der Vorläuferparteien, das ehemalige Zentralarchiv der Ost-CDU sowie Bestände der europäischen und weltweiten Zusammenarbeit der Christlichen Demokratie. Archivtektonisch sind die etwa 1.400 Einzelbestände an Schriftgut in 9 Bestandsgruppen untergliedert; hinzu kommt Abteilung X, die das audiovisuelle Archivgut umfaßt.

### Die Bestände des ACDP (Stand 12/2000)

Abt. I	Nachlässe	752 Nummern
Abt. II	CDU-Kreisverbände	418 Nummern
Abt. III	CDU-Landes- und Bezirksverbände	53 Nummern
Abt. IV	CDU-Vereinigungen	65 Nummern
Abt. V	Landtagsfraktionen	11 Nummern
Abt. VI	Sondersammelgebiete	65 Nummern
Abt. VII	CDU-Bundespartei Bundesvorstand und Bundesgeschäftsstelle (1.800 lfm)	9 Nummern
	Zentrales Parteiarchiv der Ost-CDU (375 lfm)	5 Nummern
Abt. VIII	CDU/CSU-Bundestagsfraktion (600 lfm)	14 Nummern
Abt. IX	CD-Fraktionen im Europäischen Parlament, NEI, UECD bzw. EVP	12 Nummern
Abt. X	Audiovisuelles Archivgut	
	- Bildarchiv: ca. 132.000 Fotos	
	- Filmarchiv: ca. 1000 Filme (1952 bis Mitte der 80er Jahre)	
	- Plakatarchiv: ca. 13.000 Plakate (1924-1995)	
	- Tonarchiv mit ca. 1.500 Tonbändern und Schallplatten (1933-1995)	
	- Mikrofilmarchiv: Ersatz- und Sicherheitsfilme von Archivbeständen; Verfilmungen von Periodika (ab 1866), 1.000 Rollen	

Ziel unserer Arbeit ist es, archivwürdiges Schriftgut aus dem politischen Wirken der CDU dauerhaft zu sichern und

der historischen Forschung möglichst viele Quellen zu erschließen. Eine Kurzübersicht über unsere Bestände ist 1998 in 4. Auflage erschienen und auch im Internet eingestellt. Der Schwerpunkt unserer Arbeit – von der Akquisition über Bewertung und Inventarisierung – liegt bei den Nachlässen, den Beständen der Bundespartei, der Bundestagsfraktion und der Landesverbände. Dies gilt in ähnlicher Weise sicher auch für die anderen Parteiarchive.

## 2. Kreisverbandsakten in Parteiarchiven

Die Bestandsgruppe „Kreisverbände“ im ACDP zählt derzeit 418 Einzelbestände und entspricht mit einem Umfang von 2.500 lfm einem Anteil von knapp 15% an unserem Gesamtbestand, von etwa 18,5 km Umfang. Ähnlich ist das Verhältnis in den anderen Parteiarchiven:

Im Archiv der sozialen Demokratie (AsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn befinden sich 105 Bestände, die unseren Kreisverbänden vergleichbar sind, aber historisch bedingt unterschiedliche Bezeichnungen, wie Unterbezirke, Kreisverbände und Geschäftsstellen, führen. Ihr Umfang von 1.400 lfm entspricht einem Anteil von knapp 5 % am Gesamtbestand von 29 km (Bestandsübersicht 1998).

Das Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP) der Hanns-Seidel-Stiftung in München verwahrt die Akten von 52 Kreisverbänden und 23 Bundestagswahlkreisen mit einem Umfang von 142 lfm oder 6 % vom Gesamtumfang 2,5 km (Stand: 2000).

In geringem Maß finden sich Kreisverbandsakten auch im Archiv des Deutschen Liberalismus (ADL) der Friedrich-Naumann-Stiftung in Gummersbach, nämlich 19 Einzelbestände mit 5,35 lfm Umfang.

Das Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung archiviert die Untergliederungen der Partei nur bis zur Landesebene, d.h. es sammelt das Schriftgut der Kreisverbände nicht.

Offensichtlich nur in Ausnahmefällen wird das Schriftgut der darunter liegenden Gliederungen, nämlich der Ortsverbände, in den zentralen Parteiarchiven verwahrt, 11 Ortsverbände im AsD, 13 im ACSP und 5 im ADL. Dies ist zum einen durch die begrenzte Kapazität an Raum und Mitarbeitern in den zentralen Parteiarchiven bedingt, zum anderen durch die Tatsache, daß die vor allem in früheren Jahren meist nebenamtlich geführten Ortsverbände nur wenig eigenes Schriftgut produzierten und systematisch aufbewahrten. Unser Archiv sammelt keine Ortsverbände, ihr Schriftgut wird nur indirekt, in Form der Korrespondenz zwischen Orts- und Kreisverbänden, archiviert. Auch bei den Nachlässen beschränken wir uns in der Regel auf Landes- und Bundespolitiker, die Nachlässe von reinen Kommunalpolitikern übernehmen wir nur in Ausnahmefällen, z.B. Mitgründer der Partei.

### 3. Akquisition, Inhalt und Quellenwert

Prinzipiell können nur die registraturbildenden Parteigliederungen selbst über die Aufbewahrung oder Abgabe ihres Schriftgutes an ein Archiv entscheiden. Hat sich ein Kreisverband für die Abgabe an unser Archiv entschieden, so fallen die Nachlieferungen meist im Abstand von 3, 5 oder mehr Jahren an. Häufig ist der Raummangel in den Kreisgeschäftsstellen, der Umzug der Geschäftsstelle in neue Büroräume oder das Ausscheiden eines langjährigen Kreisgeschäftsführers der Anlaß für die Abgabe der Altregistraturen. Außerdem kommt es gelegentlich der Auflösung selbständiger Verwaltungseinheiten, wie nach Durchführung der Gebietsreform in den 70er Jahren bzw. in den 90er Jahren in den neuen Bundesländern zur Abgabe von Akten der ehemals selbständigen Kreisverbände. Ein seltener Glücksfall ist es, wenn 20 Jahre nach Auflösung eines Kreisverbandes der gesamte Aktenbestand noch von der ehemaligen Kreisgeschäftsführerin an unser Archiv abgegeben wird, wie es im Falle von Lüdinghausen vor einigen Jahren geschehen ist.

Umfang, Laufzeit, Vollständigkeit und Qualität der Kreisverbandsakten sind völlig unterschiedlich, abhängig von der Sorgfalt oder der Sammelleidenschaft der Mitarbeiter in den einzelnen Geschäftsstellen. Der Umfang der Akten der Kreisverbände, die von Splittern bis zu vollständig tradierten Beständen reichen, schwankt, abgesehen von Splitterbeständen, im ACDP zwischen 1 m, 25 m (Münster) und 48 m (Düsseldorf); einer der größten Bestände dürfte der des SPD-Unterbezirks Oberhausen mit 156 lfm im AsD sein.

Kreisverbandsakten sind Serienakten mit permanentem Zuwachs, die nach festen Kriterien bewertet, kassiert und verzeichnet werden. Kassiert werden z.B. Dubletten, Drucksachen, Rundbriefe anderer Parteigremien, Parallelüberlieferungen. Die Gliederung und Verzeichnung der Unterlagen leitet sich aus der Organisation und der Struktur der Kreisverbände ab. Die häufig sehr unterschiedliche Ablage wird in der Regel nach folgendem Schema geordnet:

- Kreisvorstand
  - Kreisparteitage, Niederschriften, Anwesenheitslisten
  - Kreisvorsitzender, Korrespondenz
  - Kreisvorstand, Sitzungen, Protokolle
- Geschäftsstelle
  - Veranstaltungen
  - Rundbriefe, Mitgliederinformationen
  - Korrespondenz
  - Mitgliederkartei
- Wahlen
  - Kommunalwahlen
  - Landtagswahlen
  - Bundestagswahlen
  - Europawahlen
- Ortsverbände
- Vereinigungen
  - Junge Union
  - Sozialausschüsse
  - Frauenunion
- Zeitungsausschnittsammlung  
(CDU-Veranstaltungen, Kommunalpolitiker)

Der Quellenwert der Kreisverbandsakten liegt vor allem in der lokalen Parteigeschichte. Angefangen mit einer in vielen Fällen möglichen Rekonstruktion der Gründungs-

geschichte bietet sich dem Benutzer ein bundesweit flächendeckendes Bild der Arbeit an der Parteibasis. Der politische Alltag wird dokumentiert anhand der Parteitage und Sitzungen der Kreisvorstände, des Schriftverkehrs der Kreisgeschäftsstellen, den Veranstaltungen, den Aktivitäten der Orts-, Gemeinde- und Stadtverbände, der Vereinigungen und Ausschüsse, der Sitzungsprotokolle der CDU-Fraktionen in den Kommunalparlamenten, die allerdings nur in wenigen Fällen zusammen mit den Kreisverbandsakten überliefert werden. Das Material der Kreisverbände vermittelt Aufschlüsse über Mitgliedersituation und soziologische Struktur, Amtsträger, innerparteiliche Spannungen, Faktoren der Integration, Bürgerinitiativen, Willenbildungsprozesse, Führungsgruppen und Rekrutierungen für Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen u.a.m.

Dies gilt in ähnlicher Weise für die seit 1990 übernommenen Kreisverbandsakten der Ost-CDU; von den ehemals 214 Kreisverbänden wurden die Registraturen von ca. 170 Kreisen im ACDP archiviert (ca. 160 lfm). Das Material deckt insgesamt die Jahre 1945 bis 1990 ab, ist aber in den einzelnen Verbänden in unterschiedlicher Quantität und Qualität erhalten. Inhaltliche Schwerpunkte sind: Finanzen, allgemeine Statistik, Mitgliederbewegung, Informationsberichte an die Bezirke, Protokolle von Sitzungen der Kreisverbandsorgane, allgemeiner Schriftverkehr, operative Arbeit, Kaderpolitik, Wahlen, Schulung, Kontakte zu den Kirchen. Im Falle der Ost-CDU fällt speziell ins Gewicht, daß die politisch wichtige Frage nach dem Verhalten an der Parteibasis im wesentlichen nur aufgrund der Überlieferung der dortigen Kreisverbände beantwortet werden kann. Überhaupt hat hier das Schriftgut der unteren Parteigliederungen einen wesentlich höheren Aussagewert als die oftmals geschönten oder selbstzensierten Akten aus Bezirks- und Zentralbeständen.

Die Benutzung der Kreisverbandsakten erfolgt, wie bei all unseren Beständen, soweit der Eigentümer keine besondere Verfügung getroffen hat, entsprechend dem Archiv- und dem Datenschutzgesetz, mit 30jähriger Sperrfrist bzw. Schutz von persönlichen Daten von Privatpersonen.

Kreisverbandsakten bilden die Quellengrundlage für lokale Parteichroniken, Ausstellungen und wissenschaftliche Arbeiten. So sind zum 50jährigen Bestehen der CDU im Jubiläumsjahr 1995 ca. 50 Chroniken und Festschriften aufgrund von ACDP-Materialien erstellt worden. Weitere 80 bis 100 bibliographisch erfaßte Chroniken und Jubiläumsschriften aus früheren Jahren haben mindestens teilweise Akten ausgewertet, die bei uns archiviert sind. Insgesamt zeugen die etwa 225 Publikationen dieser Gattung von einem lebendigen Geschichtsinteresse an der Parteibasis, das ja auch Ausdruck eines Bedürfnisses nach geistig-politischer Heimat ist.

Darüber hinaus sind im Laufe der Jahre eine ganze Reihe (veröffentlichter und unveröffentlichter) Examens- und Magisterarbeiten entstanden, die unter Auswertung von Kreisverbandsakten die Entstehung der CDU aus lokaler und regionaler Perspektive („Geschichte von unten“) untersucht haben. Das Standardwerk von Horstwalter Heitner über „Die CDU in der britischen Zone 1945-1949“ wäre ohne die Auswertung eines beachtlichen Fundus von persönlichen Nachlässen und Kreisverbandsakten nicht zustande gekommen.

#### 4. Gründe für die Archivierung von Kreisverbandsakten

Die Archivierung von Kreisverbandsakten in den Parteiarchiven hat historische, politische und wissenschaftliche Gründe:

Die CDU ist historisch von unten nach oben gewachsen. Die Kreis- und Bezirksverbände sind vor den Landesverbänden und diese wiederum vor der Bundespartei entstanden. Von Anfang an haben die Landes-, die Bezirks- und auch die Kreisverbände ein großes Maß an Selbständigkeit und Eigenverantwortung gehabt. Diese Entstehungsgeschichte der CDU wiederholt sich sozusagen tagtäglich von neuem. Ein Verzicht auf die Archivierung der Kreisverbandsakten würde bedeuten, daß man der Geschichte der CDU die Basis entzieht.

Das Statut der CDU definiert den Kreisverband als kleinste selbständige Einheit mit Zuständigkeit für alle organisatorischen und politischen Fragen seines Bereichs. Mit dieser satzungsmäßigen Festlegung trägt die Union der strukturellen Vielfalt Rechnung, die ihr Wesen ausmacht. Das Parteiengesetz bestimmt, daß die gebietliche Gliederung sich danach richten soll, daß den Mitgliedern die Mitwirkung an der Willensbildung einer Partei möglich ist (§ 7). Diese Realität würde bei einem Verzicht auf die Archivierung der Kreisverbandsakten historisch eliminiert. Hinzu kommt, daß die Kommunalpolitik (Gemeinde und Kreis) als wichtiger Teil christlich-demokratischer Gesellschaftspolitik gilt. Die Kreisebene spiegelt darüber hinaus deutlicher als die höheren Ebenen die Mittlerrolle der Parteien zwischen Bürger und öffentlicher bzw. staatlicher Verwaltung.

Nicht wenige Spitzenpolitiker der CDU haben ihre politische Karriere als Kommunalpolitiker oder Kreisvorsitzende begonnen (z.B. Helmut Kohl, Jürgen Rüttgers). Viele Bundestagsabgeordnete sind zugleich Kreisvorsitzende. Ohne die Kreisverbandsakten wäre ein wesentlicher Teil der politischen Biographie der Spitzenpolitiker und Mandatsträger auf Bundes- und Landesebene nicht abgedeckt.

Die Akten der Kreisverbände ergänzen häufig andere Bestände und schließen insbesondere für die Frühzeit manche Lücken der Überlieferung. Die Rekonstruktion der lokalen Parteigründung ist ohne Kreisverbandsakten in den meisten Fällen nicht möglich; Flugblätter aus den frühen Jahren sind häufig nur in Kreisverbandsakten überliefert. Nicht einmal die vollständige Erfassung der hessischen Landesvorsitzenden wäre ohne Kreisverbandsakten möglich gewesen. Kreisverbandsakten, Landesverbandsakten und Nachlässe führender Politiker ergänzen sich häufig gegenseitig.

Die Archivierung hat auch im Hinblick auf die Entwicklungen in der Geschichtswissenschaft zu erfolgen. Wissenschaftliche Archivierung und historische Forschung beeinflussen sich wechselseitig. Neue Forschungsansätze und Fragestellungen müssen auch bei Auswahl und Überlieferung im Archiv berücksichtigt werden, z.B. die Alltagsgeschichte, „die Geschichte von unten“, die Regionalgeschichte. Hierbei sind vor allem die Materialien der unteren Parteiorganisationen in ihrer engen Beziehung zur Kommunalpolitik hilfreich. Ohne diesen Unterbau ist die Erforschung lokaler und landesgeschichtlicher Themen kaum möglich.

#### 5. Partner oder Konkurrenten ?

Kommunale Archive haben ebenso wie die Parteiarchive ein Interesse an der Erhaltung nichtstaatlichen Archivguts von gesellschaftlichen Organisationen. In Zeiten immer knapper werdender personeller und finanzieller Ressourcen werden sich sowohl die Kommunal- und Kreisarchive als auch die Parteiarchive noch stärker auf ihre Kernaufgaben konzentrieren müssen, nämlich auf die Archivierung der Registraturen der staatlichen und kommunalen Behörden einerseits und auf die Überlieferung des für die Parteigeschichte bedeutenden Archivguts andererseits.

Unbestreitbar ist, daß staatliche Archive und Parteiarchive in der Vergangenheit manchmal auch als Konkurrenten auftraten. Zwar sind im ACDP 52 Kreisverbände aus Nordrhein-Westfalen archiviert, aber das ist nur ein Teil der 96 nordrhein-westfälischen Kreisverbände (Stand 1965), die 40 Prozent aller CDU-Mitglieder repräsentieren. Auch staatliche und kommunale Archive sammeln die Akten von Kreisverbänden: Im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf sind 36 CDU-Kreisverbände, 7 SPD-Unterbezirke und 46 FDP-Kreisverbände aus NRW archiviert. Dies ist sicher ein Sonderfall und steht in Zusammenhang mit dem früheren Archivdirektor Peter Hüttenberger, der auf der Suche nach Material für seine Habilitation „Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie“ Anfang der 70er Jahre auch die Kreisverbandsakten der Parteien in das Hauptstaatsarchiv übernahm. Außerdem sind vier CDU-Kreisverbände und der SPD-Unterbezirk Bochum in Stadtarchiven archiviert. Nebenbei bemerkt, die Akten der nach 1945 wieder gegründeten Deutschen Zentrumspartei, die vor allem in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen noch politische Bedeutung hatte und Anhänger fand, befinden sich im Staatsarchiv Münster, weil der letzte Geschäftsführer dort seinen Wohnsitz hatte. Über die Archivierung von Parteiakten in staatlichen und kommunalen Archiven liegen mir für die anderen Bundesländer z.Zt. keine genauen Angaben vor.

Eine intensivere Kooperation und Information zwischen den Partei und Kommunalarchiven wäre sicher wünschenswert und möglich. Die systematische Erfassung der in staatlichen und kommunalen Archiven und in Parteiarchiven vorhandenen Parteiakten wäre für Forscher, Historiker und Archive gleichermaßen hilfreich. Vorstellbar wäre auch der Austausch von Findbüchern, die Abgabe von Dubletten z.B. Flugblättern, Wahlplakaten, gegenseitige Hilfe bei Recherchen, eventuell auch der Austausch von ausgesondertem Material?

Inwieweit Kreisverbandsakten konkrete Informationen zu kommunalen Fragestellungen enthalten, läßt sich nur an den Einzelbeständen überprüfen. Dies gilt analog für die Nachlässe von Bundes- und Landspolitikern, die als Kreisvorsitzende und/oder Wahlkreiskandidaten auch Schriftgut mit lokalem Bezug gesammelt haben können. Die Zusammenarbeit ist sicher zu verbessern, aber die Zersplitterung oder Parallelüberlieferung wohl nicht zu verhindern.

Geschichtsschreibung ist immer auch Ausdruck herrschender Staatsauffassung. Geschichtsschreibung heute ist nicht mehr Geschichte der „Herrschenden“, sondern Geschichte des Volkes. Das gilt auch für die Parteigeschichte. Die Geschichte des Parteivolkes findet sich in den Kreisverbandsakten.

# Die Sicherung der gewerkschaftlichen Überlieferung in privaten und öffentlichen Archiven unter besonderer Einbeziehung kommunaler Archive

von Klaus Mertsching

Bei den Vorbereitungen zu meinen jetzigen Ausführungen habe ich in den letzten Tagen auf den home-pages von archive.nrw mir die einzelnen Bestandsverzeichnisse durchgesehen. Mit Ausnahme des Hauptstaatsarchivs in Düsseldorf - dort ausgewiesen die Akten der DGB-Kreise von Bochum, Düsseldorf, Duisburg, Euskirchen-Schleiden, Hagen, Herne und Oberberg sowie von Verwaltungs- und Bezirksstellen einzelner Gewerkschaften - habe ich in den anderen Archiven unter der Bestandsgruppe: Firmen, Vereinigungen, Verbände, Parteien keine Hinweise auf Gewerkschaftsakten gefunden, das gleiche gilt auch für Stadtarchive, beispielsweise Minden, Lübbecke, Herford, Lippstadt, Paderborn, Soest, Iserlohn und Ibbenbüren.

Die Tatsache hat mich erst mal stutzig gemacht, da es im Juni 1995 von dem damaligen DGB-Landesbezirksvorsitzenden ein Schreiben an sämtliche Untergliederungen des Landesbezirkes NRW gab, zur Sicherung der erhaltenen wertvollen DGB-Akten. So sollten die Akten der Kreise und Regionen von NRW den drei Staatsarchiven in NRW per Hinterlegungsvertrag abgegeben werden. Die Akten der Landesbezirksverwaltung und der Kreisverwaltungen aus den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln im Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf archiviert werden.

Die Akten der Kreisverwaltungen im Regierungsbezirk Detmold dem Staatsarchiv in Detmold und die Akten der Kreisverwaltungen aus den Regierungsbezirken Arnsberg und Münster dem Staatsarchiv Münster übergeben werden. Eine große Wirkung auf sie Kreisvorsitzenden scheint Forderung nicht gehabt zu haben. Woran liegt es, dass die Kreise sich teilweise weigern, ihre Akten in staatliche oder kommunale Obhut zu geben? Lassen Sie mich vorab eine provokative Ausführung tätigen:

Darf oder sollte eine Organisation, wie die Gewerkschaften ihr historisches Gedächtnis in die Obhut von staatlichen oder kommunalen Archiven geben? Als bedeutende gesellschaftliche Gruppe braucht der DGB eine interne Informationsquelle, die eigene Geschichte jederzeit abrufbar macht, um zurückliegende Prozesse zutreffend zu analysieren und transparent machen zu können. Der DGB ist als Dachverband der Einzelgewerkschaften nicht lediglich kumulierte Interessenvertretung, sondern Institution mit eigener Identität. Dazu gehören nicht nur die hierin handelnden Personen, sondern auch die Produkte ihres Handelns. Würde er sich nicht damit von seinen historischen Wurzeln verabschieden, oder stärker einen Verrat an der eigenen Geschichte praktizieren?

Bei der Entscheidung seine eigene Geschichte nicht mehr selbst zu verwalten, spiegelt sich diese Kontroverse wider. So, im größeren Rahmen bei der Entscheidung das Archiv des DGB-Bundesvorstandes nicht mehr in eigener Regie fortzuführen, oder die Aktenüberlieferung der DGB-Landesbezirke und DGB-Kreise in Landes- oder kommunale Archive zu übergeben. Die Entscheidung, die Aktenüberlieferung nicht mehr in eigener Regie fortzuführen, mag zwar politisch bedauerlich sein, ist jedoch aus

fachwissenschaftlicher Sicht eine gute Lösung. Denn, wie geschieht eine Sicherung der eigenen Überlieferungen? Günstigenfalls hatten, oder haben die Hauptvorstände der Gewerkschaften einen Historiker / Sozialwissenschaftler eingestellt, der zumindest Grundkenntnisse des Archivwesens besitzt, oder sich angeeignet hat. Dennoch ist eine Sicherung des Schriftgutes damit nicht gewährleistet.

Dieser Mitarbeiter oder diese Mitarbeiterin hat jedoch nicht nur die Aufgabe die Überlieferung zu sichern, sondern ist auch Informationen für die tagespolitischen Aufgaben bereitzustellen. Eine Pflege der Aktenbestände ist folglich nur noch im eingeschränkten Maße möglich. Das hat natürlich zur Folge, dass eine fachliche Sicherung und archivarische Erschließung der historischen Überlieferung nicht in dem Maße stattfindet, dass eine prinzipielle Verfügbarkeit mit dem jederzeitigen Rückgriff auf das historische Material ermöglicht.

An dieser Stelle möchte ich zum besseren Verständnis einen kurzen historischen Abriss über das Auf und Ab des Archivs des DGB-Bundesvorstandes, kurz DGB-Archiv geben. Keine der ehemaligen Richtungsgewerkschaften der Weimarer Republik konnte ihre Aktenbestände über die tiefe Zäsur der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft hinwegretten.

Ein Jahr nach Gründung des DGB erfolgte 1950 die Errichtung eines Archivs „Hausarchiv“ beim DGB-Bundesvorstand, um an die Tradition der früheren Gewerkschaftsbewegung anzuknüpfen. Allerdings war zunächst historisches Schriftgut aus der Zeit vor 1933 nicht vorhanden, ebenso bei den anderen Gewerkschaften. Eine Ausnahme bildeten die von der amerikanischen Militärregierung zurückgegebenen 60.000 Bucheinheiten aus ehemaligen Gewerkschaftsbibliotheken, die sich in der ehemaligen Zentralbibliothek der Deutschen Arbeitsfront befanden.

## Neubeginn / Auf und Ab der Geschichte des DGB-Archivs

Auf Antrag der Gewerkschaft Kunst auf dem DGB-Gründungskongress wurde auch die Bildstelle des DGB-BBZ übernommen und ausgebaut. Da das Bildmaterial aus den Zeiten vor 1933 fast vollkommen verloren war, stellten ältere Gewerkschaftskollegen aus ihrem Privatbesitz noch vorhandenes Bildmaterial dem Archiv zur Verfügung. Insgesamt ca. 9.000 auf diese Art zusammengetragene Bilder bildeten so den Grundstock für das heutige Fotoarchiv. Gegenwärtig ca. 300.000 Fotos. Ähnliches kann über das klassische Archivgut gesagt werden. Nachdem zum Zeitpunkt der Gründung des Archivs eigentlich nur die Akten des DGB-BBZ und des Gewerkschaftsrates der Vereinten Zonen vorlagen, war es vor allem das Verdienst älterer Gewerkschaftskollegen, dem Archiv historisches Aktenmaterial, das sie vor der Vernichtung durch die Nationalsozialisten retten konnten, zur Verfügung zu stellen. Hinzu kamen noch gewerkschaftliche Traditionsfahnen.

Der Leiter des Archivs war ein ehemaliger Verwaltungsangestellter des öffentlichen Dienstes mit Registraturerfahrung.

In den fünfziger und sechziger Jahren erfolgten allerdings für Aktenabgaben von Seiten der Bundesvorstandsverwaltung weniger nach dem Gesichtspunkt ihrer Sicherung als aus reinem Platzmangel, dabei ist nicht auszuschließen, dass aus heutiger Sicht historisch relevante Akten vernichtet worden sind. So wurde beispielsweise vom Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB beantragt eine Aktenverbrennungsanlage anzuschaffen, oder die Akten von aufgelösten Büros zu vernichten.

Eine archivwissenschaftliche Sicherung, Ordnung und Verzeichnung der Akten fand nicht statt. In einem vom GBV in Auftrag gegebenen Gutachten über „Archivwesen und Geschichtsschreibung des DGB“ ist 1961 von einer mangelnden Sensibilisierung gegenüber dem historischen Aktenbestand die Rede. Folge: um eine weitere Vernichtung der eigenen Akten zu verhindern, wurden die Abteilungen der DGB-Bundesvorstandsverwaltung per Rundschreiben aufgefordert, künftig ihre wichtigen Altakten zur Sicherung dem Archiv zu übergeben. Auch wurde Mitte der sechziger Jahre ein Wissenschaftler eingestellt, der seine archivischen Erfahrungen im Amsterdamer Institut gesammelt hatte.

So kam es in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zu einem Aufschwung bei der Akquisition. Die Mitgliedsgewerkschaften aber auch DGB-Landesbezirke und -Kreise wurden gebeten ihr älteres gewerkschaftshistorisches Material - speziell auch die Jahre 1945 bis 1950 - dem DGB-Archiv zu überlassen. So kamen eine große Anzahl von Nachlässen, Akten regionaler Provenienz aus der unmittelbaren Nachkriegszeit in das Archiv, ca. 7.000 Akteinheiten. Auch die DGB-Bibliothek konnte in diesem Zusammenhang ihre Bestände erheblich ergänzen.

Diese positive Entwicklung hielt nicht lange an. Angesichts der ständig steigenden Informationsflut in den siebziger Jahren wuchs beim DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften das Bedürfnis, immer mehr Informationen für die tagespolitischen Aufgaben zu erhalten. Der Bereich Archiv wurde immer mehr zu einem Informations- und Dokumentationszentrum. Der historische Bestand wurde stiefmütterlich behandelt.

Im Zusammenhang mit der Erstellung der Aktenedition „Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert“ wurde von den Autoren festgestellt, dass durch die bisherige großzügige Regelung der Archivbenutzung die Qualität der Bestände, ihr Zustand und ihre Ordnung beträchtlich gelitten haben. Hinzu kam, dass für die anfallenden Sicherungsmaßnahmen der Akten kein Fachpersonal vorhanden war oder eingestellt wurde, so dass hierbei, sicherlich unwissentlich, manche historische Akte vernichtet wurde. Die Benutzer des Archivs konnten damals selbständig ins Magazin und haben ihre Akten im Einkaufswagen geholt; teilweise wurden aber auch Akten von „bekannten Benutzern“ mit nach Hause genommen.

Um das DGB-Archiv in einen Zustand zu versetzen, der künftig eine geeignete gewerkschaftliche und wissenschaftliche Benutzung der Akten sicherstellt, wurde schließlich im Rahmen der HBS von 1988 bis 1992 ein von der Stiftung Volkswagenwerk finanziell unterstütztes

„Archiverschließungsprojekt“ durchgeführt. Bis zu diesem Zeitpunkt entsprach die Lagerung und Sicherung der Archivalien nicht ihren historischen Wert, was vielfältige Gründe hatte. Zwar waren die Akten in Ordner und Schubern und in einer Aktenrollanlage gelagert, aber die Ordnung nach einem allzu groben Provenienzprinzip, vielfach sogar nach Pertinenz, oder beides gemischt, machte das Aufspüren der Akten zu bestimmten Sachgebieten zeitraubend. Hinzu kam noch, dass die Akten selten einem Aktenplan oder einer Registratur unterzogen waren.

Nach Abschluss des Projekts gab ca. 16.000 findbuchmäßig erfasste Akten, die für die wissenschaftliche Forschung verfügbar waren. Doch war es auch klar, dass eine weitere Erschließung der Akten aufgrund der tagespolitischen Aufgaben und nur vorübergehenden Fachpersonal-Praktikanten von Archivschulen - das Archiv bald wieder in eine Schiefelage geraten würde. Um aber eine weitere sorgfältige Aufbewahrung und fachwissenschaftliche Betreuung zu gewährleisten, wurde das DGB-Archiv, einschließlich seiner Bibliothek, 1995 als Archivteil in das AdsD integriert. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich schon mehrerer Aktenbestände der DGB-Mitgliedsgewerkschaften im AdsD, weitere folgten. Es zeigt sich, dass die Aktenbestände des DGB-Archivs sowie seiner Mitgliedsgewerkschaften und die Bestände des AdsD wichtige, sich inhaltlich ergänzende Bestandskörper sind, deren Überlieferung für die Erforschung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Bundesrepublik und für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung insgesamt von enormer Bedeutung sind.

### **Aktenüberlieferung der DGB-Kreise**

Nach diesem kurzen Ausflug komme ich wieder zum eigentlichen Thema zurück. Im Gegensatz zum Bundesvorstand gibt es in den Kreisen keinen verantwortlichen Mitarbeiter, der für die Sicherung der eigenen Überlieferung zuständig ist. Auch gibt es keine Vorschriften oder Regelungen, was mit den Akten vor Ort passieren soll, also auch keine Abgabepflicht der Untergliederungen gegenüber dem DGB-Archiv. Die einzige kontinuierliche Abgabe und dieses aber auch erst seit den siebziger Jahren sind die Geschäftsberichte der Kreise. Das anfallende Verwaltungsschriftgut wird meistens in einem Keller verwahrt, vielleicht sogar in Standregalen, oft jedoch in Ecken gestapelt, bis sie von Feuchtigkeit, Schimmelpilzen, Rost- und Mäusefraß zersetzt sind und vernichtet werden.

Dabei haben die Akten der regionalen Gliederungen, speziell für Aufarbeitung der eigenen Geschichte eine enorme Bedeutung. Öfters erhalte ich Anrufe von Historikern, die die Gründungsgeschichte der Gewerkschaften nach 1945 von den DGB-Kreis erstellen sollen. Oft wird ihnen mitgeteilt, dass sich die Akten im DGB-Archiv befinden. Dieses ist leider ein Trugschluss, denn bei uns sind nie Aktenablieferungen von DGB-Kreisen eingegangen. Dennoch ist es zumindest für jene DGB-Kreise, die im Bereich der damaligen Britischen Besatzungszone lagen, möglich ihre Frühgeschichte in Ansätzen zu erstellen. Bis Anfang der 50er Jahre mussten die DGB-Kreise sogenannte monatliche Tätigkeitsberichte an den Bundesvorstand schicken. So lässt sich zumindest seit 1948 die gewerkschaftliche Geschichte vor Ort verfolgen.

Gerade am letzten Beispiel zeigt sich was vielfach gängige Praxis war, zumindest bis in die 70er Jahre das Vernichten des Verwaltungsschriftgutes, welches nicht mehr

für die aktuelle Arbeit benötigt wurde. Die Kreisvorsitzenden haben je nach gut dünken „ihre“ Akten mit nach Hause genommen, vernichtet oder wenn es sich um Gremienakten handelte, beispielweise Arbeitsamt, Krankenkassen oder Aufsichtsräte seinem Nachfolger übergeben. Da jedoch dieser Akzentypus personen- und nicht organisationsgebunden ist, fließen diese Akten nicht unbedingt in das allgemeine Geschäftsschriftgut ein.

Nehmen wir nun das Verwaltungsschriftgut. Die Lagerung dieser archivierungsfähigen Altakten - wobei die Entscheidung, was archivierungsfähig ist den Mitarbeitern überlassen bleibt - stellt schon immer ein gravierendes Problem dar. Insbesondere durch die Verwaltungsmodernisierung und den Veränderungen in der Organisation, mit der Auflösung und Zusammenlegung von DGB-Kreisen wird dieses „Aktenproblem“ signifikanter.

Jedoch ist es nicht so einfach die Kreisvorsitzenden davon zu überzeugen, die Akten einer ihnen unbekanntem Institution zu übergeben, siehe eingangs. Es setzt m. E. auch ein Vertrauensverhältnis voraus. Es müssen Gespräche geführt werden, in denen die abzugebene Stelle davon überzeugt wird, dass ihre Akten im Stadtarchiv am besten aufgehoben sind, denn das DGB-Archiv kann und will nicht die Akten von sämtlichen DGB-Kreisen sammeln.

In den letzten Jahren habe ich öfters Anrufe von Vorsitzenden jener DGB-Kreisen erhalten, deren Geschäftsstelle im Rahmen der Organisationsreform aufgelöst wurden. Sie wollten ihre Akten ans DGB-Archiv übergeben, weil ihre Unterlagen weiterhin innerhalb der Organisation bleiben sollten. Er war ihnen aber zu vermitteln, daß es für das Archiv nicht möglich ist, diese Akten zu übernehmen, weil es letztendlich eine Sogwirkung haben könnte und wir nicht alle gegenwärtig Akten der 139 DGB-Kreise übernehmen können. Wir haben gemeinsam einen Hinterlegungsvertrag entwickelt, der in den folgenden Punkten - vermutlich sind diese Punkte mit ihren Verträgen identisch - beiden Seiten gerecht wird.

– Der DGB-Kreis übergibt dem Stadtarchiv seine Aktakten unter Wahrung des Eigentumsrechts und des jederzeitigen Rückforderungsrechtes.

– Das Stadtarchiv übernimmt die abgelieferten Archivalien mit der Verpflichtung, sie sorgfältig und unentgeltlich aufzubewahren. Die Archivalien werden, sobald es dem Archiv möglich ist, neu geordnet und verzeichnet. Dem Eigentümer wird je eine Ausfertigung des Verzeichnisses zugestellt werden.

– Das Stadtarchiv verpflichtet sich, bei den Verzeichnungsarbeiten die Akten auf ihre Archivwürdigkeit zu prüfen. Über das Schicksal (Rückgabe, vorläufige Aufbewahrung, Kassation) der nicht als archivwürdig angesehenen Akten entscheidet das Stadtarchiv im Einvernehmen mit dem Eigentümer.

– Für die Benutzung der mit diesem Vertrag hinterlegten Archivalien durch Dritte bedarf es der Genehmigung des Eigentümers, oder Nachfolgers. Die Benutzungsgenehmigung schließt, soweit im Einzelfall nicht anders bestimmt, die Genehmigung zur Anfertigung von Arbeitskopien mit ein.

– Die Benutzung der Rechtsschutzakten bedarf der gesonderten Genehmigung. Aus der Hinterlegung der Archivalien im Stadtarchiv erwachsen dem Eigentümer keine Kosten. Er wird aber bei einer Rückforderung des Deposits dem Archiv die entsprechenden Transport- und Verpackungskosten erstatten.

Falls der DGB-Kreis noch weiter bestehen sollte, wäre es sinnvoll in diesem Hinterlegungsvertrag auch den Passus einzufügen, dass weitere Aktenabgaben nach bestimmten Perioden erfolgen sollen, etwa alle 10 Jahre.

Ich bin mir bewusst dass ich mit diesen Ausführungen nur einige Probleme grob anschnitten konnte. Entscheidend ist aber, dass die Akten gesichert werden und der historischen Forschung zur Verfügung stehen.

## Kooperation statt Konfrontation. Die Zusammenarbeit zwischen Stadtarchiv und Heimatverein Geseke - Ein Erfahrungsbericht

von Evelyn Richter

Als das Archivamt Münster mich bat, auf dem Westfälischen Archivtag in Menden einen Vortrag über das Verhältnis des Stadtarchivs Geseke zum Geseker Heimatverein zu berichten, und zwar als ein Beispiel für eine gelungene Zusammenarbeit, war ich zunächst einigermaßen erstaunt.

Mein erster Gedanke war, warum schon wieder über ein Thema reden, das doch schon so oft diskutiert wurde? Die Durchsicht der letzten zehn Jahre der Zeitschrift „Archivpflege in Westfalen und Lippe“ ergab jedoch, dass in dieser Zeit kein einziger Artikel speziell zum Verhältnis Stadtarchive und Heimatvereine erschienen war. Auch in der Literatur zum Thema archivische Bildungs- oder Öffentlichkeitsarbeit werden Heimatvereine oft in einem

Zuge mit Geschichtswerkstätten abgehandelt, obwohl es doch, wie ich meine, deutliche Unterschiede gibt. Wie Sie alle wissen, gestaltet sich das Verhältnis zwischen Heimatvereinen und Archiven trotz zahlreicher positiver Gegenbeispiele nicht immer und überall unkompliziert. Heimatvereinen wird allein schon wegen ihrer Selbstbezeichnung oft eine rückwärtsgewandte Heimattümelei unterstellt. Man stellt sie sich zumindest im gängigen Klischee als eine stockkonservative Altherrenriege vor, die ein heute nicht mehr zeitgemäßes Geschichtsbild pflegt, und die als Archivbenutzer eine nicht unbedingt umgängliche Klientel darstellen. Soweit, wie gesagt, das Klischee. In welchem Umfange es die Realität heute noch trifft, lasse ich dahin gestellt sein.

Bevor ich von meinen eigenen Erfahrungen berichte, möchte ich jedoch eventuelle Erwartungen dämpfen. Weil die Verhältnisse in Geseke mir in einigen Punkten nicht typisch und vergleichbar mit der Situation in anderen Städten erscheinen, kann ich Ihnen keine „Rezepte“ vorstellen, wie denn ein gutes, durch Kooperation geprägtes Verhältnis zwischen Archiv und Heimatverein zu erreichen wäre.

### **Ein paar Angaben zur Ausgangssituation: Die Stadt**

Die Stadt Geseke wurde 1975 im Zuge der Kommunalen Neuordnung mit sieben Ortschaften des ehemaligen Amtes Störmede vereinigt. Die Gesamtstadt hat heute etwas mehr als 20.000 Einwohner. Die Ortsteile haben sich jedoch bis heute ein eigenständiges historisches Bewusstsein bewahrt, was sich auch darin ausdrückt, dass sie jeweils eigene Heimatvereine bzw. Kulturringe haben. In der Kernstadt Geseke wohnen heute rund 14.000 Einwohner. Für diese ca. 14.000 Einwohner und ihre Lokalgeschichte fühlt sich der Verein für Heimatkunde Geseke e.V., kurz Geseker Heimatverein genannt, zuständig. Zu den Vereinen der Ortsteile wird von diesem eine lockere Verbindung gepflegt.

### **Der Geseker Heimatverein**

Der Geseker Heimatverein wurde 1925 durch einige heimatgeschichtlich engagierte und angesehene Persönlichkeiten der Bürgerschaft gegründet. In der ersten Satzung des Vereins wird 1925 der Vereinszweck in §1 ausführlich definiert: „Der Verein für Heimatkunde hat seinen Sitz in Geseke und die Pflege der Liebe zur Heimat zum Gegenstande. Insbesondere verfolgt er den Zweck, die in Geseke und seiner Feldflur vorhandenen Altertümer und Naturdenkmäler zu sammeln und zu erhalten. Die Altertümer in geeigneten Räumen unterzubringen, um dieselben so der Allgemeinheit zugänglich zu machen und der Nachwelt zu erhalten. Der Verein für Heimatkunde bezweckt weiterhin die alten Sitten und Gebräuche, soweit zugänglich, wieder zu neuem Leben zu erwecken. Er wacht ferner darüber, dass die alten historischen Flurbezeichnungen erhalten bleiben. Endlich macht er es sich zur Aufgabe die plattdeutsche Sprache und Literatur besonders zu pflegen.“ In den darauf folgenden Jahrzehnten sind weitere Aufgaben dazu gekommen, aber keiner dieser ursprünglichen Zwecke wurde seitdem aufgegeben.

1926 wird vom Verein das erste Heimatmuseum gegründet, welches später in andere Räume umsiedelte und heute im sogenannten Dieckmannshaus, einem stattlichen Fachwerkbau aus dem Jahr 1664, untergebracht ist. Das Haus selbst ist städtisches Eigentum, die Betreuung und Pflege des Städtischen Hellwegmuseums jedoch erfolgt weitgehend selbständig durch den Geseker Heimatverein. In der letzten Zeit hat man sich besonders darum bemüht, durch spezielle museumspädagogische Konzepte und Aktionen insbesondere Kinder an das Museum heranzuführen.

Ebenfalls im Jahre 1926 werden von dem Verein die sogenannten Geseker Heimatblätter begründet, die mit einigen Jahren Unterbrechung bis heute als Beilage zur Geseker Zeitung erscheinen. Daneben werden bis heute in lockerer Folge in einer eigenen Reihe auch immer wieder Monographien zu Themen der Stadtgeschichte publiziert.

Vor einigen Jahren konnte der Verein eine historische Remise durch das tatkräftige Zupacken einiger handwerklich

geschickter Mitglieder des Vereins restaurieren. Sie wird seitdem für gesellschaftliche Zwecke des Vereins genutzt. Im Jahr 1999 wurde dann der sogenannte Böddeker Hof, ein westfälisches Steinwerk aus dem Jahre 1509, in dem bis dahin das Stadtarchiv untergebracht gewesen war, renoviert. Er wird heute als Museumsdepot und für Vortragsveranstaltungen des Vereins genutzt.

Vorträge zur Stadtgeschichte, Ausstellungen und der monatlich stattfindende und gut besuchte Vereinsstammtisch stellen neben zahlreichen anderen Aktivitäten den Kontakt zur geschichtlich interessierten Öffentlichkeit her.

Der Verein gliedert sich in die Organe Vorstand, Beirat und die Mitgliederversammlung. Im Beirat sitzen die Vertreter der zahlreichen Arbeitskreise, der Justiziar, der Museumsleiter, der Redakteur der Geseker Heimatblätter, der Sprecher des „Plattdeutschen Krings“, die sogenannten sachkundigen Bürger und die Archivarin.

Von Anfang an bestand ein enges Verhältnis der Heimatvereins zur Stadtverwaltung und zum Rat der Stadt. Bei vielen kulturellen und denkmalpflegerischen Angelegenheiten der Stadt wird der Verein für Heimatkunde informiert, befragt oder um Mitarbeit gebeten. Zur Unterstützung seiner Tätigkeiten ist im Haushaltsplan der Stadt ein eigener Etatposten eingetragen.

Nach den Schützenvereinen und den Sportvereinen ist er einer der mitgliederstärksten Vereine der Stadt. Zum Ende des vergangenen Jahres (2000) konnte er 582 Mitglieder zählen, darunter auch eine namhafte Anzahl von weiblichen Mitgliedern. Ohne mit genauen Zahlen aufwarten zu können, ist das Durchschnittsalter gerade unter den besonders aktiven Mitgliedern relativ niedrig.

### **Das Stadtarchiv**

1983 wurde auch aufgrund der langjährigen intensiven Bemühungen des Geseker Heimatvereins und im Zusammenwirken von Rat und Verwaltung der Stadt und dem Westfälischen Archivamt ein hauptamtlich betreutes Stadtarchiv in dem bereits erwähnten Böddeker Hof eingerichtet. Im folgenden Jahr konnte es der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die erste Leiterin, meine Vorgängerin, war Frau Monika Ortmanns. Im Böddeker Hof wurden die Archivbestände der Stadt Geseke sowie die des aufgelösten Amtes Störmede untergebracht. Am 16. Dezember 1985 schloß der Heimatverein mit der Stadt einen Vertrag, in dessen §1 es heißt: „Der Verein für Heimatkunde Geseke e.V. übergibt dem Stadtarchiv Geseke seine Bibliothek, einschließlich der bei Vertragsabschluß im Heimatmuseum befindlichen Foto-, Karten und Planunterlagen, unter Wahrung des Eigentumsrechtes.“ Tatsächlich handelte es sich um ein sehr wertvolles Vereinsarchiv, das aufgrund der jahrzehntelangen Sammlungstätigkeit seiner Mitglieder mit einzelnen Stücken zeitlich bis ins 16. Jahrhundert zurückreichende Archivalien enthält. Der Vorteil dieser Vereinbarung für das Stadtarchiv war offensichtlich. Für den Verein wiederum bedeutete dies, dass dessen Vereinsarchiv an einem räumlich günstigeren Ort als zuvor untergebracht wurde und dass während der Öffnungszeiten des Stadtarchivs endlich eine kontrollierte Einsichtnahme gewährleistet war. Auf die Bemühungen und Fürsprache des Heimatvereins hin, wurde darüber hinaus das Vereinsarchiv der St.-Sebastianus-Schützenbruderschaft, das sich bis dahin in den Räumen des Heimatmuseums befand, im neuen Stadtarchiv deponiert.

Das Archivgebäude selbst war übrigens einige Jahre zuvor ebenfalls durch die Initiative des Vereins vor dem geplanten Abriß bewahrt worden und danach einige Zeit zu Vereinszwecken genutzt worden. 1998/1999 erfolgte ein Umzug des Stadtarchivs und damit auch des Vereinsarchivs in neue Räumlichkeiten. Das Stadtarchiv beherbergt heute auch die Archive anderer Geseker Vereine als Dauerleihgabe. Das Stadtarchiv, zu dem auch ein Zwischenarchiv gehört, wird, von gelegentlich kurzzeitig tätigen Hilfskräften einmal abgesehen, nur von einer Person allein betreut.<sup>1</sup>

### Kontaktaufnahmen und Formen der Zusammenarbeit

Als ich am 1. April 1992 meine Stelle als Stadtarchivarin antrat, stellte sich mir also nicht die Frage, ob ich mit dem Geseker Heimatverein zusammen arbeiten wollte, sondern in welcher Weise dies zu geschehen hatte. Als Stadtarchivarin war ich laut Satzung des Vereins ja gleichzeitig Vereinsarchivarin. Das Vereinsarchiv war einige Jahre zuvor bereits im Stadtarchiv deponiert worden. Erfahrungen bezüglich einer Zusammenarbeit zwischen Stadt und Verein waren also schon unter meiner Vorgängerin gemacht worden. Hier waren bereits Strukturen vorhanden, an die es anzuknüpfen galt.

Über die geeignete Form einer ersten Kontaktaufnahme mußte ich mir auch keine Gedanken machen, denn mein Arbeitgeber bat mich schon vor meinem eigentlichen Dienstantritt an einer einige Wochen vorher stattfindenden Generalversammlung des Heimatvereins teilzunehmen. Dort habe ich mich dann auch mit einem kurzen Abriss meiner bisherigen beruflichen Tätigkeit vorgestellt. Und hier konnte ich erste Gespräche mit denjenigen Mitgliedern führen, die auch später ein besonderes Interesse am Archiv zeigten. Am nächsten Tag erschien in der Lokalpresse, die bei den Generalversammlungen des Vereins stets anwesend ist, ein kurzer Artikel, so dass von Anfang an ein Kontakt zur ganzen Geseker Öffentlichkeit hergestellt war. Ich habe diese Form der Kontaktaufnahme als sehr vorteilhaft empfunden. Sicherlich wäre es mir als Ortsfremde, die noch dazu aus dem „befreundeten Ausland“ stammt - ich bin im Rheinland aufgewachsen - schwerer gefallen, Zugang zum Verein und der Geseker Öffentlichkeit zu finden. Denn die Nähe zum Geseker Heimatverein, der den Geseker Bürgern ja schon seit Jahrzehnten ein Begriff war, stellte für die „Newcomerin“ eine Art von Vertrauensvorschuss dar.

In den darauf folgenden Jahren hat sich die Zusammenarbeit intensiviert. Ich möchte nun anhand einiger Beispiele zeigen, wie die Zusammenarbeit mit dem Verein tatsächlich funktioniert.

Zunächst einmal bewies der Verein von Anfang an sein Interesse, indem mich jede Woche der Ehrenvorsitzende des Vereins im Archiv aufsuchte. Er brachte immer einige Unterlagen für das Vereinsarchiv mit und berichtete gleichzeitig in groben Zügen über das, was zur Zeit im Verein an Aktivitäten lief. Da er als damaliger Redakteur der Geseker Heimatblätter gleichzeitig ein profunder Kenner der Geseker Geschichte war, habe ich durch ihn auch sehr viel über die ungeschriebene Geschichte der Stadt erfahren, was sich für die Arbeit des Archivs, insbesondere im Publikumsverkehr, als sehr nützlich erwies.

Umgekehrt nehme ich fast regelmäßig an den jeden ersten Montagabend im Monat stattfindenden Stammtisch

des Heimatvereins teil, der jedem Interessierten, also auch Nichtmitgliedern, offen steht und an dem durchschnittlich zwölf bis 17 Personen anwesend sind. Für mich besonders interessant ist die Möglichkeit, auch mit denjenigen geschichtlich Interessierten in Kontakt zu treten, die bisher noch nicht den Weg in das Archiv gefunden haben.

Die Geseker Heimatblätter bieten ihren Lesern eine Mischung aus Aufsätzen mit durchaus wissenschaftlichen Anspruch und eher unterhaltenden lokalgeschichtlichen Darstellungen. Sie sind für das Archiv auch das Forum in dem kleinere Veröffentlichungen erscheinen können, die zum Beispiel besondere Archivalien des Geseker Stadtarchivs vorstellen oder kleinere stadtgeschichtliche Beiträge. Dort erscheint auch jedes Jahr der mehr oder weniger ausführliche Jahresbericht des Archivs, der erstaunlicherweise von der Geseker Bevölkerung sogar gelesen wird, wie ich an den Rückmeldungen erkennen konnte.

Da die finanziellen Mittel der Stadt und damit des Archivs eher bescheiden sind, besteht keine Möglichkeit, interessante Examensarbeiten, die überwiegend aus Geseker Archivunterlagen erarbeitet wurden, durch das Archiv zu veröffentlichen. Anlässlich einer besonders gelungenen Arbeit zur Geschichte der Geseker Zeitung in der Zeit des Nationalsozialismus, habe ich den Verfasser überzeugen können, einen Vortrag zu diesem Thema zu halten und mich gleichzeitig an den Verein gewandt, mit der Bitte, diesen in die Reihe der mehrfach im Jahr stattfindenden Vortragsveranstaltungen des Vereins aufzunehmen. Damit war dem Vortrag unabhängig von dem interessanten Thema von vornherein eine große Zuhörerzahl gesichert, weil diese Vorträge allgemein in der Geseker Bevölkerung sehr geschätzt sind.

Die alten Räumlichkeiten des Stadtarchivs waren so beengt, dass darin keine archivischen Ausstellungen gezeigt werden konnten. 1995 wollte ich anlässlich des fünfzig Jahre zuvor beendeten Zweiten Weltkrieges jedoch eine Ausstellung zeigen, die die Situation um 1945 in Geseke und im ehemaligen Amt Störmede thematisierte. Zu diesem Zweck hatte ich mich durch die Lokalpresse an die Öffentlichkeit gewandt und um Zeitzeugenberichte gebeten. Die Resonanz war ungewöhnlich groß und viele der Zeitzeugen stellten sich als langjährige Mitglieder des Geseker Heimatvereins heraus, die ich bis dahin noch nicht kennengelernt hatte. Gleichzeitig wurden mir seitens einiger Vereinsmitglieder auch Exponate aus Privatbesitz zur Verfügung gestellt. Da der Verein über einen sehr aktiven Arbeitskreis zur Geschichte der jüdischen Familien in Geseke verfügt, bat ich dessen Mitglieder, einen eigenen Ausstellungsteil zu diesem Thema zu gestalten, was auch geschah. Da der Verein mit dem Heimatmuseum ein zentral gelegenes, wohlbekanntes und noch dazu auch am Wochenende personell betreutes Gebäude hatte, wurde die Ausstellung in den Räumen des Museums gezeigt. Da städtischerseits nicht genügend Stelltafeln vorhanden waren, stellte der Verein die seinen zur Verfügung und einige Mitglieder halfen auch beim Aufbau. Die sonst zur Betreuung der Museumsexponate anwesenden jungen

<sup>1</sup> Wolfgang Leesch, Das Stadtarchiv zu Geseke - Seine Geschichte und Bedeutung, in: Geseker Heimatblätter, Nr. 73 - 75, 1957, o.S., Monika Weissenfels, Das Stadtarchiv Geseke - Seine Geschichte und Bestände, in: Archivpflege in Westfalen und Lippe, 23 (1985) S. 71 - 75; Horst Conrad, Kommunalverfassung und kommunale Archive im Kreis Soest, in: Archivpflege in Westfalen und Lippe, 11(1978) S. 5 - 16.

Leute erklärten sich dankenswerter Weise bereit, selbstständig durch die über mehrere Wochen gezeigte Ausstellung zu führen.

Neben den bisher genannten Beispielen, die unter dem Thema Öffentlichkeitsarbeit des Archivs gerechnet werden können, gab es seitdem aber noch andere Formen der Kooperation.

In den Jahren 1892 bis 1972 hatte die Stadt Geseke eine eigene selbständige kleine Lokalzeitung, die Geseker Zeitung aus dem Verlag Flamm. Der offensichtliche lokalgeschichtliche Wert einer solchen Zeitung muss hier nicht erläutert werden. Der Verlag Flamm wurde später an einen Lippstädter Verlagshaus verkauft. Die Geseker Verlegerfamilie besaß jedoch noch die einzige komplett erhaltene Reihe der Ausgaben von der Gründungszeit bis 1972 an. Da diese durch unsachgemäße Behandlung in der Vergangenheit schon einige Schäden erlitten hatte, war ihre Benutzung auch für die Lokalhistoriker gesperrt. Der Geseker Heimatverein hatte sich selbst über Jahre bemüht, diese Bände für sein Vereinsarchiv zu erhalten, konnte aber die Auflage der Verlegerfamilie, nämlich die Restaurierung und Verfilmung der Bände aus eigenen Mitteln nicht finanzieren. Nach Rücksprache mit meinem Arbeitgeber und dem Westfälischen Archivamt habe ich angeboten, die Bände als Dauerleihgabe in das Archiv zu übernehmen und für eine Restaurierung und eine Verfilmung zu sorgen. Der Verein stellte dann den Kontakt zur Verlegerfamilie her. Die Finanzierung dieses Vorhabens wurde möglich, weil das Archivamt Zuschüsse zur Verfilmung zur Verfügung stellte und durch die Mitarbeiter der dortigen Restaurierungswerkstätte die Bände restauriert werden konnten. Der Verein erklärte sich darüber hinaus bereit, ebenfalls eine Spende für die Verfilmung zur Verfügung zu stellen, so dass die Kosten für die Stadt Geseke sich im Rahmen hielten. Die Bände sind heute als Depositum im Stadtarchiv und zählen in ihrer verfilmten Form zu den am meisten genutzten Unterlagen. Ohne das Engagement und den guten Willen auch des Vereins wäre es gewiss sehr schwierig geworden, diese wertvolle lokalgeschichtliche Quelle für eine breite Öffentlichkeit zu sichern.

Ich habe meinen Vortrag mit den zugegebenermaßen etwas bombastischen Worten „Kooperation statt Konfrontation“ überschrieben. Damit wollte ich ausdrücken, dass es natürlich auch Bereiche gibt, wo Heimatverein und Archiv als Konkurrenten auftreten können, und wo es unweigerlich zur Konfrontation kommen würde, wenn man zuvor nicht eine Art von „Gentlemen's Agreement“ geschlossen hätte.

Zur Aufgabe eines modernen Kommunalarchivs - insbesondere in einer Kleinstadt - gehört es meines Erachtens eben nicht nur - wie sich Bodo Uhl<sup>2</sup> 1990 im „Der Archivar“ geäußert hat - sich „in aller Bescheidenheit nur die Aufgabe [zu] stellen, die Tätigkeit der verschiedenen Registraturbildner unserer jeweiligen Archivträger in den wesentlichen Zügen zu dokumentieren und nicht vorrangig [zu] versuchen, auf von wem auch immer als bedeutend erkannten Fakten, Ereignissen, Entwicklungen abzuheben“. Das Interesse gerade kleiner Kommunalarchive muss es sein, die amtliche Überlieferung auch um das Dokumentationsgut zu erweitern, welches Gegenstände behandelt, die niemals Gegenstand von Verwaltungshandeln waren und die folglich auch nicht in der amtlichen Überlieferung erscheinen. Kommunalarchiven wird in der lokalen nicht-

archivarischen Öffentlichkeit zunehmend eine „Allzuständigkeit in Sachen Geschichte“ unterstellt. Diese völlig legitime Erwartung, gilt es besonders dann zu erfüllen, wenn es vor Ort keine anderen Einrichtungen und Archive anderer Sparten gibt, die dieses Bedürfnis erfüllen könnten. Den gewöhnlich archivisch nicht vorgebildeten Benutzer interessieren keine Archivstrukturen, er möchte schlicht und einfach auf seine historischen Fragestellungen Antwort erhalten oder die Möglichkeit haben, selbst aus vorhandenen Quellen zu einer Antwort zu gelangen.

In Geseke gibt es aber eben neben dem sich so verstehenden Archiv einen Konkurrenten in Sachen Übernahme nichtamtlichen historischen Überlieferungsguts aus Privathand. Der Geseker Heimatverein selbst sammelt seit Jahrzehnten solches Überlieferungsgut, hat ein eigenes Archiv und verfügt über vielfach in Jahrzehnten gewachsene Kontakten zur Bevölkerung. Zudem sind viele Vereinsmitglieder zunächst selbst an der exklusiven Auswertung dieser historischen Schätze interessiert. Die Mitglieder des Vereins kennt der Geseker aus zahlreichen persönlichen Kontakten des Alltagslebens. Sie verkörpern ihm ein Element der Kontinuität. Sie scheinen manchem Geseker vertrauenswürdiger als das zur Stadt, also zur mißtrauisch beäugten „Obrigkeit“, gehörende noch relativ „junge“ Stadtarchiv. Anderen ist aufgrund der engen Zusammenarbeit von Heimatverein und Stadtarchiv nicht ganz klar, dass es sich um verschiedene Einrichtungen handelt. Sie übergeben dem Verein Unterlagen in der Annahme, dass es damit automatisch in das Stadtarchiv gelangt. Und, natürlich, obwohl seit langem eine intensive Öffentlichkeitsarbeit des Archivs betrieben wird, gibt es immer noch einige, die nicht wissen, dass es das Stadtarchiv gibt bzw. nicht wissen, dass das Stadtarchiv selbst auch gerne Unterlagen aus Privathand, sei es als Geschenk oder Dauerleihgabe, übernimmt.

Archiv und Verein sind also auf den ersten Blick Konkurrenten um dieses nichtamtliche Archivgut. Aber da der Heimatverein sein Vereinsarchiv im Stadtarchiv deponiert hat, scheint bisher sichergestellt, dass diese Unterlagen nach einer gewissen Zeit doch in das Archiv gelangen. Und sollte sich der Verein tatsächlich einmal auflösen, dann ist für diesen Fall satzungsgemäß sichergestellt, dass die Stadt Geseke deren Archivgut übernehmen kann. Darüber hinaus haben die gegenwärtigen Vorstandsmitglieder schon bewiesen, dass sie genügend historischen Weitblick und Redlichkeit besitzen, insbesondere eindeutig amtliches Schriftgut direkt an das Stadtarchiv weiterzuleiten. Erst vor kurzem sind so dankenswerter Weise Unterlagen amtlicher Provenienz in das Archiv gelangt, die bis dahin in privater Hand waren.

Indem ich zum Schluss meines Vortrages komme, möchte ich, erstens, doch noch einmal darauf hinweisen, dass das Stadtarchiv natürlich nicht nur zum Geseker Heimatverein einen intensiven Kontakt hält, sondern darüber hinaus auch mit anderen Vereinen der Kernstadt und der Ortsteile in vielfältiger Weise Verbindung pflegt. Und zweitens, dass es zu guter Zusammenarbeit zwischen einem privaten Verein und einem öffentlichen Archiv nur dann kommen kann, wenn auf beiden Seiten auch der Wunsch dazu besteht und beide Seiten einen Nutzen daraus ziehen können. Besteht jedoch noch kein so enger Kontakt, dann sollte man meines Erachtens als Archivar bzw. Archivarin

<sup>2</sup> Uhl, Bodo: Bewertung von Archivgut, in: Der Archivar 43 (1990), Sp. 529 - 538.

nicht abwarten, bis sich denn mal ein Vereinsmitglied in das Archiv „verirrt“, sondern dann sollte man selbst die Initiative ergreifen. Das kann geschehen, indem man den Vorstand und andere Interessierte offiziell zu einer Archivbesichtigung verbunden mit einem kurzen Vortrag einlädt, in dem man in allgemeinverständlichen Worten erläutert, worin denn eigentlich die Aufgaben und Tätigkeiten eines Archivs bestehen und wo es gemeinsame Interessen gibt. Das kann aber auch in der Weise angebahnt werden, dass man als Archivar darum bittet, auch selbst mal als Gast an Vorstands-

oder Mitgliederversammlungen teilnehmen zu dürfen. In jedem Falle sollte man sich als Archivar oder Archivarin vor Augen halten, dass beide Institutionen, wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten, sich darum bemühen, die lokalgeschichtliche Überlieferung zu erhalten und zu pflegen. Konkurrenzdenken auf beiden Seiten würde diesem gesamtgesellschaftlichen Anliegen letztendlich schaden und Kooperation ist diesem Zustand in jedem Falle vorzuziehen. Ich denke, dass dies in Geseke verwirklicht wurde, konnte anhand der vorgestellten Beispiele gezeigt werden.

## Freiwillige Mitarbeit in einem Stadtarchiv. Überlegungen zu einem ehrenamtlichen Engagement

von Stefan Benning

Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement<sup>1</sup> stehen seit einigen Jahren im Brennpunkt einer intensiv geführten gesellschaftlichen Diskussion - und dies nicht nur in ihren angestammten Feldern, dem Sozial- und Gesundheitswesen und dem Sport, sondern zunehmend auch im Bereich der Kultur, wo der Anteil ehrenamtlicher Arbeit in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen hat.<sup>2</sup>

Es war (und ist) sicher zunächst vor allem die Finanznot der öffentlichen Haushalte, die im Verlauf der 90er Jahre die Freiwilligenarbeit als willkommene „Ressource“ in den Blickpunkt des Interesses gerückt hat.<sup>3</sup> Die knappen Kassen setzten viele Kommunen unter den Druck, entweder massiv Leistungen zu reduzieren und Einrichtungen zu schließen oder nach kostenneutralen Alternativen Ausschau zu halten. Und diese fand man häufig genug im bürgerschaftlichen Engagement. Zahlreiche Beispiele in ost- und westdeutschen Kommunen belegen, wie durch Freiwilligenarbeit die Weiterführung von Einrichtungen und Leistungsangeboten ermöglicht wurde. Das reicht von der Aufrechterhaltung der Öffnungszeiten von Stadtteilbibliotheken über Führungen in Museen bis hin zur Finanzierung einer Operninszenierung durch Spendensammlung des Theaterfreundeskreises. Freilich - und darauf sei an dieser Stelle bereits hingewiesen - ist diese schleichende Abwälzung staatlicher Leistungen auf private Schultern durchaus nicht unproblematisch. Und viele Kultureinrichtungen befürchten damit nicht ganz zu Unrecht die Axt an die Wurzel ihrer Existenz gelegt. Freiwilligeneinsatz kann und darf deshalb immer nur eine Ergänzung der professionellen Tätigkeit sein.

Zum anderen war es die vielfach beschworene „Krise des Ehrenamtes“, die aufgerüttelt hat, gründen doch weite Bereiche unserer gesellschaftlichen Infrastruktur auf ehrenamtlichem, d.h. vor allem unentgeltlichem Einsatz.

Ein in den traditionellen Bereichen beobachteter Rückgang der Bereitschaft zu ehrenamtlichen Funktionen ließ ein Schreckensszenario befürchten, dem es frühzeitig durch geeignete Maßnahmen zu begegnen galt.

In diesem Zusammenhang in Auftrag gegebene empirische Untersuchungen konnten<sup>4</sup> jedoch eine Krise des

Ehrenamtes an sich nicht belegen, stellten allerdings einen tiefgreifenden Wandel der ehrenamtlichen Tätigkeit fest - eine Folge oder Begleiterscheinung gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen, die mit Stichworten wie Individualisierung und Enttraditionalisierung umrissen werden können.

So scheint der Begriff Ehrenamt auch nicht mehr richtig für diese Art freiwilligen Engagements zu passen, haben doch viele Tätigkeiten mit dem aus dem 19. Jh. überkommenen Ehrbegriff nur noch wenig zu tun. Der vom amerikanischen Volunteering abgeleitete Begriff „Freiwilligenarbeit“ trifft die neue Auffassung vom Ehrenamt zumindest besser.<sup>5</sup>

Interessanterweise sucht man in dieser breit und gerade auch im Kulturbereich intensiv geführten Ehrenamtsdiskussion<sup>6</sup> vergeblich nach der Institution Archiv. In anderen kulturellen Einrichtungen wie Museen, Bibliotheken, Volkshochschulen, Theatern etc. ist das Engagement von Freiwilligen bereits weitgehend Gang und Gäbe, auch wenn es beileibe noch keine solchen Dimensionen erreicht hat, wie in anderen europäischen Ländern oder den USA, wo ganze Tätigkeitsbereiche innerhalb von Museen, etwa der Aufsichts- oder Führungsdienst vollständig von Freiwilligen getragen und organisiert werden und größere Museen auf einen Stamm von mehreren Tausend Freiwilligen zurückgreifen können.

<sup>1</sup> Im Folgenden werden die Bezeichnungen synonym benutzt, obwohl sie durchaus unterschiedliche Konnotationen haben. Vgl. dazu Wagner, Bernd: Auf dem Weg zum Volunteer-Management. Ehrenamt und Freiwilligenarbeit in der Kultur. Handbuch Kulturmanagement. Stuttgart 2001 C 2.13.

<sup>2</sup> Wagner, Bernd: Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement in der Kultur; In: Wagner, Bernd (Hrsg.): Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement in der Kultur. Dokumentation eines Forschungsprojektes. Bonn/Essen 2000 (= Dokumentation 55) S. 11-35.

<sup>3</sup> Wagner 2001 S. 8

<sup>4</sup> Ehrenamt in der Kultur. Stand und Perspektiven ehrenamtlicher Arbeit im Kulturbereich hrsg. vom Deutschen Kulturrat, bearb. von Gabriele Schulz. Bonn 1996

<sup>5</sup> Wagner 2000 S. 18 f.

<sup>6</sup> Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement in der Kultur. Dokumentation eines Forschungsprojektes hrsg. von der Kulturpolitischen Gesellschaft. Essen 2000 (= Dokumentation 55) und neuerdings Wagner 2001

Dass die Archive in der Diskussion nicht vorkommen, mag zum einen daran liegen, dass der Weg der Archive von eher passiven und öffentlichkeitsdesinteressierten Dienstleistungseinrichtungen alter Prägung hin zu einem aktiv in die Öffentlichkeit wirkenden Kulturträger sich erst in den letzten Jahren vollzogen hat - und dies ganz ungeachtet des konservativen Störfeuers aus den praxisfernen Elfenbeintürmen der Fachwissenschaft.

Insbesondere auf kommunaler Ebene ist die historische Bildungsarbeit als wichtigste Form aktiven Wirkens in die Öffentlichkeit hinein zu einem Hauptpfeiler der Archivarbeit geworden. Historische Bildungsarbeit stellt in vielen Kommunen inzwischen nicht nur eine wichtige und unverzichtbare Säule des kulturellen Angebots dar, sondern trägt auch ganz maßgeblich zu der hohen Akzeptanz der Archive bei, einer Akzeptanz, die sich ganz praktisch in der entsprechenden Bewilligung von Haushaltsmitteln und Personalstellen zum Vorteil der Archive niederschlägt.<sup>7</sup>

Mit Interesse ist zu beobachten, dass inzwischen auch viele staatliche Archive die Zeichen der Zeit verstanden und ihre Politik in dieser Hinsicht verändert haben.

Zunehmend wird nämlich von den Entscheidungsträgern erkannt, welch sozialpsychologisch kostbares Gut neben der reinen Wissensvermittlung richtig verstandene und gut gemachte historische Bildungsarbeit transportiert und recht eigentlich erst schafft: Identität und Identifikation. Das Wissen um das eigene Umfeld und um dessen Werden, sei es nun als Einzelperson oder als Bürgerschaft, das Wissen um die eigene Geschichte schafft Identität und diese ist ein ganz wichtiger gesellschaftlicher Kitt und gleichzeitig ein kräftiger Motivationsmotor für bürgerschaftliches Engagement.

Alle Untersuchungen zu diesem Thema zeigen nämlich immer wieder das gleiche: Nur wer sich mit seinem Gemeinwesen, seiner Stadt, seinem Umfeld identifiziert, ist auch bereit, sich für dieses engagieren, sei dies nun politisch, sozial oder kulturell.<sup>8</sup>

Insofern ist das Thema Freiwilligenarbeit und Archive durchaus mehrschichtig.

Dabei ist es bemerkenswert und für einen neuen, durch die hohe Mobilität veränderten Heimatbegriff konstitutiv, dass es häufig vor allem die Zugezogenen sind, die sich besonders von der historischen Bildungsarbeit der Archive, den Ausstellungen der stadtgeschichtlichen Museen und den Angeboten der Geschichts- und Heimatvereine angezogen fühlen. Wer sich irgendwo für einen längeren Zeitraum niederläßt, möchte „Wurzeln schlagen“ und tut dies u.a. dadurch, dass er sein Wissen über den Wohnort und dessen Werden vertieft.

Kann man daraus, dass die Archive in der Diskussion um das Ehrenamt nicht vorkommen, schließen, dass ehrenamtliche Tätigkeit in Archiven keine Rolle spielt?

Ganz sicher nicht! Eine im Hinblick auf die heutige Veranstaltung durchgeführte einfache telefonische Umfrage in meinem engeren Kollegenkreis zeigte, dass nahezu jedes Archiv seine ehrenamtlich oder freiwillig Tätigen hat. Doch - und das ist vielleicht der Grund, warum Archive in der Diskussion fehlen - beruht diese Zusammenarbeit mit Freiwilligen in der Regel nicht auf einer systemati-

schen konzeptionellen Grundlage wie in anderen kulturellen Sparten, sondern ist eher dem Zufall der jeweiligen individuellen Umstände vor Ort geschuldet, hat sich zu meist aus der alltäglichen Zusammenarbeit mit Benutzern und Interessierten ergeben und entwickelt. Freiwilligenarbeit gehört damit zwar auch zum archivischen Alltag, ist jedoch mit seinen Möglichkeiten bisher kaum entdeckt und ausgeschöpft.

Ich möchte Ihnen mit ein paar einfachen Beispielen aus meiner eigenen Berufspraxis demonstrieren, welche Bandbreite Freiwilligenarbeit im Archiv erreichen kann, welche Chancen sie bietet, wo aber auch die Probleme liegen.

Aus den eigenen Erfahrungen und den Ergebnissen der Ehrenamts-Diskussion möchte ich abschließend einige Empfehlungen für eine konzeptionelle Einbindung von Freiwilligenarbeit im Archiv geben, von der beide Seiten nur profitieren können: die Archive und die vielen Freiwilligen. Denn - und darauf sei besonders hingewiesen - auf Dauer kann Freiwilligenarbeit nur funktionieren, wenn beide Seiten daraus Gewinn ziehen. Freiwilligenarbeit allein unter dem Aspekt kostengünstiger Arbeitskräftegewinnung zu sehen, muß scheitern, weil bei den Freiwilligen dann sehr schnell das Gefühl aufkommt, ausgenutzt zu werden und das ist Gift für jede weitere Zusammenarbeit.

### Eigene Erfahrungen

Im Jahre 1981 hab ich meine Stelle im Stadtarchiv Bietigheim-Bissingen angetreten, einer Stadt von ca. 40.000 Einwohnern 30km nördlich von Stuttgart. Das Archiv wurde mit mir erstmals hauptamtlich eingerichtet, und ich war lange Zeit so etwas wie der typische Einzelkämpfer. Eine meiner mittelfristigen Aufgaben war u.a. die Herausgabe einer neuen Stadtgeschichte zum Stadtjubiläum 1989. Frühzeitig suchte ich mir dafür ein Autorenteam von mehr oder weniger professionellen Historikern. Das schwierige Kapitel der nationalsozialistischen Zeit wurde von einem Gymnasiallehrer bearbeitet und dies war in diesem Fall doppelt schwierig, weil die gesamte kommunale Überlieferung aus dieser Zeit unverzeichnet war. An eine voraufgehende Verzeichnung der Akten durch mich war jedoch zeitlich überhaupt nicht zu denken. Um das Projekt „Stadtgeschichte“ nicht ohne das m. E. unverzichtbare Kapitel „Nationalsozialismus“ herausgeben zu müssen, habe ich mit anfänglichen „Bauchschmerzen“ dem Bearbeiter die Akten zugänglich gemacht, ihn in die Geheimnisse der archivischen Verzeichnung eingeweiht, die konservatorische Aufbereitung der Akten erläutert und ihm dann Raum und Zeit zur Arbeit gelassen. Am Ende hatte ich ein passables Kapitel Stadtgeschichte mit vielen neuen Erkenntnissen und einen erschlossenen Aktenbestand von einigen hundert Aktentitelaufnahmen, der sicher nicht allen archivfachlichen Ansprüchen genügt, aber doch so gut ist, dass der Bestand nun benutzbar ist. Dass ein solches Vorgehen durchaus nicht unproblematisch war und sich vielleicht nicht gerade als uneinge-

<sup>7</sup> Benning, Stefan: Kommunalarchive heute. Zwischen Quellenüberlieferung, Informationsmanagement und historischer Bildungsarbeit; In: Baden-Württembergische Verwaltungspraxis 23 (1996), S. 227-230

<sup>8</sup> Vgl. dazu Heimat. Analysen, Themen, Perspektiven. 2 Bde. Bonn 1990 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 294)

schränkt empfehlenswertes Musterbeispiel eignet, will ich gern zugestehen, zumal es sich bei den Akten um teilweise gesperrtes Material, um personenbezogene Akten usw. handelte. Andererseits fordern entsprechende Herausforderungen manchmal auch unkonventionelle Wege, gerade in „Einmann-Archiven“.<sup>9</sup>

Ein anderes Beispiel: Zu den durch die Archivsatzung festgeschriebenen Aufgaben des Stadtarchivs gehört u.a. auch die Führung der Stadtchronik. Auf der Basis einer Zeitungsausschnittsammlung werden hier die wichtigsten Ereignisse Jahr für Jahr in einer Datenbank erfasst, pro Jahr etwa 250 bis 300 Datensätze. Da die laufende Bearbeitung einer solchen Chronik relativ zeitaufwendig ist, gelang es bisher nur die Jahre von 1975 bis in die Gegenwart zu erfassen.

Eines Tages nun kam ein Benutzer zu uns, ein älterer Herr, der für einen privaten Vortrag ein paar Daten aus einer Zeitung aus den 30er Jahren erheben wollte. Nachdem er den Vortrag gehalten hatte, kam er wieder, um weitere Daten zu erheben, es schien ihm ganz offensichtlich Spaß zu machen, in den alten Zeitungen zu lesen. So sprach ich ihn an, ob er nicht Lust hätte, die Zeitung für uns zu indizieren, d.h. alle Bietigheim und Bissingen betreffenden Ereignisse mit Datum und Quellenverweis herauszuschreiben. Er war ganz dankbar, dass er sein persönliches Interesse mit einem Nutzen für uns verbinden konnte und kommt nun seit ein paar Jahren an jedem Dienstag vormittag für etwa 2 Stunden und erhebt Chronikdaten. Schon bald konnte er diese Daten selbst online erfassen, so dass wir mit Ausnahme des Aushebens des Zeitungsbandes keinerlei Arbeit damit haben. Inzwischen hat er mehr als 3000 Datensätze für die Jahre von 1836 bis 1945 erfasst - für uns ein unschätzbare Hilfsmittel bei der Beantwortung vieler Anfragen, die sich ganz häufig schon durch einen Blick in die Datenbank beantworten lassen. Die noch bestehende Lücke in der Chronik von 1950 bis 1975 wird nun das nächste sein, was anzugehen ist.

Wie man dies machen kann, hat das Stadtarchiv Offenburg gezeigt<sup>10</sup>: In Zusammenarbeit mit dem örtlichen „Seniorenbüro“ wurde dort im letzten Jahr eine sogenannte „Lesegesellschaft“ gegründet. 10 - 15 interessierte Senioren treffen sich dazu einmal wöchentlich im Stadtarchiv, lesen historische Zeitungen und erheben Chronikdaten. Zwei ältere Damen, die weniger an der Zeitungslektüre interessiert waren aber noch ohne Probleme in der Lage, die deutsche Currentschrift zu lesen, transkribieren statt dessen Gemeinderatsprotokolle aus dem 19. Jahrhundert. Eine der beiden ist mit über 80 Jahren nicht mehr gut zu Fuß. Sie erhält aus dem Stadtarchiv Fotokopien der jeweiligen Protokolle, erfasst sie in WORD und sendet die Dateien per E-Mail ins Stadtarchiv (!).

Eine Parallele dazu auch aus dem staatlichen Bereich ist ein ehrenamtlicher Mitarbeiter im Hauptstaatsarchiv Stuttgart, der ohne jede Entlohnung über mehr als 20 Jahre (seit 1979) in seiner Freizeit und später als Rentner aus der im Hauptstaatsarchiv verwahrten historischen Überlieferung eine Auswandererdatei mit mehr als 50.000 Datensätzen erarbeitet hat, die neuerdings auch online im Internet zur Nutzung bereitsteht, und - das können Sie sich denken - zu den am häufigsten frequentierten Angeboten auf der Homepage des Hauptstaatsarchivs gehört.<sup>11</sup>

Noch ein Beispiel aus einem ganz anderen Bereich und einer anderen Altersgruppe: Über für einen Kommunalar-

chivar unabdingbaren Kontakte zu Lehrern erfuhr ich von einer Foto-AG im örtlichen Gymnasium. Ein Gespräch mit dem leitenden Lehrer machte klar, dass die Gruppe zwar ein gemeinsames Interesse hatte, nämlich die Fotografie, aber keine eigentliche Aufgabe, also ein Thema, bei dem dieses Hobby sinnvoll einzusetzen war. Ich konnte den AG-Leiter schnell für ein Projekt begeistern, nämlich die Keimzellen der Industrialisierung, die Mühlen in der Stadt, einmal fotografisch zu erfassen. Ein überschaubares Projekt, das in verhältnismäßig kurzer Zeit zu bewältigen war und bei dem jeder Schüler eine festumrissene Aufgabe hatte, in die er sein Interesse an der Fotografie ganz praktisch einbringen konnte. Fotomaterial und Entwicklungskosten, einige hundert Mark, zahlte das Stadtarchiv.

Schnell entdeckten die Schüler ihr Interesse für die idyllischen, verfallenen oder auch völlig veränderten Mühlenstandorte und wollten nun mehr wissen, begannen zu recherchieren und hatten bald eine regelrechte Mühlen-dokumentation beisammen.

Daraus ergab sich ganz von selbst auch eine Ausstellung. Stadtarchiv und Schüler waren mit dem Ergebnis, dem in Form eines Begleitbandes Dauer verliehen wurde<sup>12</sup>, äußerst zufrieden. Das zeitliche und finanzielle Engagement des Stadtarchivs war im Verhältnis zum Ertrag denkbar gering.

Eine unserer meistbenutzten Bestände ist das Bildarchiv. Aus einer einzigen Rama-Schachtel voller teilweise unbeschrifteter und undatierter Fotos, die ich 1981 aus dem städtischen Presseamt übernommen hatte, ist im Laufe der Zeit eine Sammlung mit mehr als 50.000 Aufnahmen entstanden. Ein dauerhaftes Problem bestand nun darin - Sie werden das kennen - die dargestellten Orte, Häuser und Personen auf historischen Aufnahmen zu identifizieren, eine Aufgabe, die für einen Nicht-Zeitgenossen und Ortsfremden nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand, wenn nicht unmöglich zu bewältigen ist. Eine alte Dame, die uns ihr Fotoalbum zum Reprografieren überlassen hatte, baten wir dann um ihre Mithilfe. Bald brachte sie eine Freundin mit und dann wurde die nachmittägliche Sitzung zu einem regelmäßigen Treff, neue Fotos von Verwandten und Bekannten kamen bald ebenso hinzu wie weitere „Fachleute“ und so wuchs sowohl das Bildarchiv wie die Arbeitsgruppe zu einem Selbstläuferprojekt, bei dem allerdings immer ein hauptamtlicher Mitarbeiter anwesend war, um die Treffen nicht vollends zum Kaffeeklatsch ausarten zu lassen. Aus der Identifizierungsaktion wurde ganz von selbst auch eine Fotosammlungsaktion, die das Bildarchiv beträchtlich erweitert hat und immer neue Quellen für historische Aufnahmen aufatet.

<sup>9</sup> Vgl. dazu auch Benning, Stefan: Der Stellenwert der Erschließung im Aufgabenspektrum eines Kommunalarchivs; In: Archivische Erschließung - Methodische Aspekte einer Fachkompetenz. Beiträge des 3. archivwissenschaftlichen Kolloquiums der Archivschule Marburg hrsg. von Angelika Menne-Haritz. Marburg 1999 (= Veröffentlichungen der Archivschule Marburg. Institut für Archivwissenschaft 30) S. 159- 180, hier S. 171 f.

<sup>10</sup> Für die Angaben danke ich dem Kollegen Herrn Dr. Wolfgang Gall, Stadtarchiv Offenburg

<sup>11</sup> Hochstuhl, Kurt: Auswanderung aus Württemberg. Die Auswandererdokumentation Hans Glatzle im Hauptstaatsarchiv Stuttgart als Internet-Anwendung; In: Archivnachrichten aus Baden-Württemberg 18 (1999) S. 8

<sup>12</sup> Am Anfang war das Wasserrad. Mühlen und frühe Industriebetriebe an Metter, Saubach und Enz. Eine Fotodokumentation von Schülern des Gymnasiums im Ellental in Zusammenarbeit mit der Stadt Bietigheim-Bissingen. Bietigheim-Bissingen 1988

„Spätfolge“ ist ein Arbeitskreis, der sich wöchentlich einmal im Archiv trifft und mit Hilfe von Fotos und Akten versucht, eine sozialgeschichtliche Dokumentation der Wohnsituation in der Altstadt von der Jahrhundertwende bis zum 2. Weltkrieg zu erstellen - übrigens, ganz ohne dass der Stadtarchivar dabei anwesend sein muß. Unschätzbar ist, dass hier die vielen Anekdoten und das Klatschwissen mit dokumentiert werden, also eine Form der Oral-History betrieben wird, die das Archiv niemals selbst leisten könnte. Das Stadtarchiv stellt jeweils nur seine Räumlichkeiten und eine entsprechende Bewirtung bereit.

Ich konnte Ihnen jetzt einen kleinen Strauß von Beispielen vorstellen, der einige wichtige Bereiche archivischer Tätigkeit berührt: die Erschließung, Sammlungen, die Führung der Stadtchronik, Ausstellungen etc. Vor allem im Bereich der Auswertung, die ja gerade hier in NRW auch zum gesetzlichen Auftrag der Archive gehört, ist natürlich der Einsatz Freiwilliger traditionell besonders intensiv. Hier überschneidet sich auch das Interesse des Archivs mit dem der historischen Vereine besonders stark.

Einem Kollegen aus einem benachbarten Kreisarchiv gelang es etwa, das uns ja sehr häufig und nicht immer nur zu eitler Freude dienende genealogische Interesse eines Benutzers sehr nutzbringend zu kanalisieren: zur Erstellung eines sogenannten Ortssippenbuches für einen Kreisort nämlich, also ein auf den Kirchenbüchern beruhendes Familienbuch. Über mehrere Jahre hat dieser ehrenamtliche Mitarbeiter die Daten aus Tauf-, Ehe- und Begräbnisbuch erhoben und online auf dem vom Kreisarchiv zur Verfügung gestellten Laptop erfaßt. Außer einer minimalen Aufwandsentschädigung hat er für diese nahezu unbezahlbare Arbeit kein Honorar erhalten, ja wollte zunächst nicht einmal diese annehmen.

### **Empfehlungen für eine konzeptionelle Einbindung**

Wie die Beispiele zeigen, sind die Einsatzfelder für Freiwillige im Archiv also nahezu unbegrenzt. Und das archivarische Aufgabenspektrum ist in der Regel ja so breit und vielgestaltig, dass selten alle Bereiche vom hauptamtlichen Personal mit der nötigen Intensivität in allen Teilen bearbeitet werden kann. Hier bleiben unendlich viele Möglichkeiten für Freiwilligenarbeit.

Freiwillige können also mit ihrem Einsatz in der Praxis ganz wesentlich zum Existenzertand oder zur Verbreiterung und Verbesserung des Angebotes und der Dienstleistungen eines Archivs beitragen. Allerdings: Aus Benutzerperspektive wie aus fachlicher Sicht ist es jedoch nicht akzeptabel, den Betrieb von Archiven ausschließlich auf freiwillige Kräfte zu stützen, ohne fachliche Standards zu berücksichtigen bzw. eine Mindestqualifikation an archivarischem Wissen zu verlangen. Keinesfalls darf der Einsatz von Freiwilligen im Archiv zur Senkung der fachlichen und betriebswirtschaftlich effektiven Standards von Dienstleistungen führen oder die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags der Archive gefährden. Insbesondere strategische Funktionen und Kernaufgaben müssen deshalb weiterhin von hauptamtlichen und fachlich ausgebildeten Kräften wahrgenommen werden.

Die meisten Menschen, die Freiwilligen-Arbeit leisten wollen, tun dies vor allem dann, wenn sie das Gefühl

haben, gebraucht, aber nicht ausgenutzt zu werden. Dabei ist das von sehr hohen Idealen bestimmte klassische Ehrenamt inzwischen einer Auffassung von Freiwilligenarbeit gewichen, die mehr den Spaßfaktor betont und Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung in diesem Engagement sieht. Es werden Tätigkeiten bevorzugt, die einen nicht mehr ein Leben lang binden und nicht nur dem Nächsten dienen, sondern die Spaß machen, indem sie die eigenen Kompetenzen fordern, Vorlieben berücksichtigen und auch die Freiheit lassen, über die Intensität und Dauer des Engagements selbst zu entscheiden. Dabei ist es freiwillig Tätigen wichtig, ihre Arbeit möglichst selbständig und eigenverantwortlich gestalten und eigene Ideen und Lösungsvorschläge in die Arbeit einbringen zu können.

Diese Zusammenhänge muß man berücksichtigen, wenn man eine erfolgreiche Einbindung von freiwillig Tätigen im Archiv beabsichtigt. Sehr hilfreich ist es für beide Partner, wenn die Aufgaben und Bedingungen für die Arbeit klar und eindeutig formuliert sind. D.h. es sollte eine Stellenbeschreibung für den jeweiligen Aufgabenbereich erstellt werden, in dem sowohl die Aufgaben mit einer Zielformulierung, wie auch die notwendigen Qualifikationen und die aufzuwendende Zeit klar definiert sind. Das hilft Frustrationen auf beiden Seiten von vorn herein vorzubeugen. Denn nichts ist frustrierender, als wenn die Aufgaben den Bearbeiter überfordern. Es sollte zudem genügend Spielraum für eine eigenständige Gestaltung der Aufgabe bleiben sowie Mitwirkungsmöglichkeiten bei inhaltlichen und organisatorischen Fragen.

Banal aber von nicht zu unterschätzender psychologischer Bedeutung ist auch ein fester Arbeitsplatz: ein eigener Schreibtisch mit der nötigen Infrastruktur gibt dem Freiwilligen das Gefühl der Akzeptanz, der Bedeutung der Aufgabe, und fördert die wichtige Identifikation mit dem Archiv.

Fachlich und persönlich sollte der Freiwillige in seiner Arbeit durch hauptamtliche Kräfte begleitet werden und dies im Sinne eines partnerschaftlichen Miteinanders und nicht eines Über- und Unterordnungsverhältnisses. Dies kann häufig genug auch eine Qualifizierung in inhaltlichen und methodischen Fragen in Bezug auf die übernommenen Aufgaben bedeuten.

Man muß sich dabei darüber im Klaren sein, dass die Betreuung der Ehrenamtler unter Umständen einen ziemlichen Zeitaufwand für die hauptamtlichen Kräfte bedeutet und dies sollte man unbedingt berücksichtigen, bevor man im größeren Stil hier einsteigt. Der Kollege in Offenburg hat bisher die Lesegesellschaft und sonstigen Ehrenamtlichen über ABM-Stellen betreut. Diese sind nun weggefallen und damit hängen Lesegesellschaft und weitere Ehrenamtler etwas in der Luft. Das ist nun eine ganz entscheidende Phase. Wenn es ihm nicht schnell gelingt, diese Lücke zu schließen, besteht die Gefahr, dass das Projekt in der bisherigen Form scheitert, weil die Freiwilligen die Unterstützung und Anerkennung vermissen.

Von Seiten des Freiwilligen muß man eine hohe und ausdauernde Motivation erwarten und die Bereitschaft zu kontinuierlicher und zuverlässiger Arbeit in zeitlicher wie inhaltlicher Hinsicht. Darauf sollte man auch durchaus von Anfang an dezidiert hinweisen. Auch die Bereitschaft zu fachlicher Qualifizierung sollte vorhanden sein.

Anerkennung ist eines der zentralen Motive für jede Art von Tätigkeit.

Da ein Entgelt für freiwillig Tätige nicht gezahlt wird, ist es sehr wichtig, andere Formen der Anerkennung zu finden. Eine Aufwandsentschädigung für Fahrgeld und die Übernahme von Versicherungen etc. sollte selbstverständlich sein, ist jedoch noch keine Form der Anerkennung.

Dabei geht es nicht um einen zusätzlichen Orden oder so etwas, sondern um die ganz alltägliche Akzeptanz und Würdigung insbesondere auch durch die professionell Tätigen. Gerade hier heißt es, sehr sensibel zu sein und sich immer wieder auch Zeit zu nehmen.

Als sehr wirksam erweist sich immer einmal wieder ein Artikel über die Arbeit des jeweiligen Ehrenamtlers mit Foto in der Lokalpresse. Dies steigert das Selbstwertgefühl und führt auch zu sozialer Anerkennung.

Dass die freiwillig Tätigen mit jeder Form archivischer „Naturalien“ bedacht werden, sollte sich von selbst verstehen: alle Publikationen des Archivs erhalten sie selbstverständlich kostenfrei und möglichst aus der Hand des Archivleiters, persönliche Einladung und kostenlosen Eintritt zu allen Veranstaltungen. Auch die persönliche Gratulation anlässlich des Geburtstags und eine Einladung zum Essen zu besonderen Anlässen sollte zum selbstverständlichen Repertoire der Anerkennung gehören.

### Zielgruppen

Grundsätzlich sind je nach Aufgabe alle Zielgruppen für freiwillige Aufgaben im Archiv möglich, ich hoffe, das ist Ihnen durch meine Beispiele deutlich geworden. Eine Gruppe bietet sich jedoch für die Arbeit im Archiv besonders an: die „jungen Alten“, d.h. Menschen am Übergang von der Berufsphase in die Rentenphase. Sie sind in mehrfacher Weise besonders geeignet für die Mitarbeit im Archiv.

In der Regel ist diese Gruppe wirtschaftlich so abgesichert, dass finanzielle Motive bei der Arbeit keine Rolle mehr spielen. Menschen dieser Altersgruppe sind in der Regel an zielgerichtete und disziplinierte Arbeit gewohnt und verfügen im allgemeinen über Kompetenzen und Interessen, die sich für die Aufgaben im Archiv sehr gut nutzen lassen. Vielfach haben sie schon vorher Hobbys gehabt, die im Aufgabenfeld der Archive angesiedelt sind.

Auch für die Ehrenamtler ergibt sich ein beträchtlicher Gewinn: Mit einer freiwillig übernommenen Aufgabe im Archiv läßt sich der psychologisch schwierige Übergang von der vollbeschäftigten Berufszeit in ein plötzlich beschäftigungsloses Rentnerdasein abfedern. Das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden, kommt gar nicht erst auf. Dem Leben wird ein neuer, nur veränderter Sinn gegeben. Nun muß man nicht mehr arbeiten, man darf. Und das hat einen unglaublichen Einfluß auf die Motivation dieser Mitarbeiter.

Wie spricht man nun diese Zielgruppe an?

Grundsätzlich bietet sich zunächst die Zusammenarbeit mit den Institutionen an, in denen derartige Interes-

senten mutmaßlich anzutreffen sind. Das sind natürlich zunächst einmal die Geschichts- und Heimatvereine, deren Altersdurchschnitt naturgemäß weit jenseits der 50, wenn nicht der 60 liegt, und deren Mitglieder von Haus aus eine wichtige Grundvoraussetzung mitbringen, nämlich historisches Interesse.

Dann gibt es heute in vielen Städte sogenannte Seniorenbüros, die ihre Aufgabe u.a. in der Vermittlung von Freiwilligen sehen. Das Beispiel aus Offenburg zeigt, wie erfolgreich dieser Weg sein kann.

Grundsätzlich gilt hier das, was vorher schon einmal anklang: je konkreter Aufgabe und Erwartungshorizont beschrieben sind, um so geringer sind nachher Frustrationen auf beiden Seiten.

Auch ein Aufruf über die Presse ist möglich. Vorstellbar wäre etwa der Bericht über einen bereits ehrenamtlich Tätigen mit einer Beschreibung der noch zu besetzenden Aufgabe(n).

### Zusammenfassung

Archive bieten beinahe unbegrenzte Möglichkeiten für den Einsatz von Freiwilligen; sie werden bisher jedoch noch durchaus unzureichend genutzt. Freiwilligenarbeit kann fachlich ausgebildetes Personal allerdings nur ergänzen nicht ersetzen. Aufgaben, Ziele und Voraussetzungen sollten klar für beide Seiten formuliert werden. Der Betreuungsaufwand ist unter Umständen hoch. Selbstbestimmung und Anerkennung in nichtmaterieller Form fördern die Motivation der Ehrenamtler.

Hauptzielgruppe könnten die „jungen Alten“ sein, eine gesellschaftliche Gruppe, die in den nächsten Jahren immer stärker wachsen wird, eine Gruppe, die Kompetenz und Bereitschaft mitbringt und nach sinnstiftenden Aufgaben sucht. Hier erwächst den Archiven ein wichtiges Potential, um wünschenswerte Projekte zum allgemeinen Nutzen überhaupt oder schneller zu realisieren. Zugleich leisten die Archive damit einen nicht gering zu schätzenden gesellschaftlichen Beitrag, den sie erkennen und verantwortungsbewußt wahrnehmen sollten, zu ihrem eigenen Nutzen und in Verantwortung gegenüber der Gesellschaft.

# Die regionale Überlieferung der Allgemeinen Ortskrankenkassen

## – Probleme der archivischen Sicherung

von Jürgen Bohmbach

### 1. Die Historische Entwicklung der Allgemeinen Ortskrankenkassen

Die drei Sozialversicherungszweige, die im Deutschen Reich ab 1881, nach der grundsätzlichen Erklärung des Kaisers und dem ersten Entwurf der Unfallversicherung, geschaffen wurden, hatten Deutschland in Europa die Rolle eines Schrittmachers bei einer „wirklichen Kulturaufgabe“ gegeben, wie es August Bebel formulierte. In der deutschen Sozialversicherung herrschte das für Europa ungewöhnliche System einer vom Staat gesicherten und nur in kleinem Maße auch mitfinanzierten Solidargemeinschaft von Arbeitgeber und versicherten Beschäftigten vor, das bis heute im Prinzip fortbestanden hat. Nicht umsonst wehren sich die Gewerkschaften hier immer mit besonderer Intensität gegen jeden „Systembruch“.

Das Krankenversicherungsgesetz von 1883 war das erste in der Reihe dieser Sozialversicherungsgesetze – ihm folgten erst 1884 die Unfall-, 1889 die Invaliditäts- und Altersversicherung – und konnte mehr als die folgenden an bereits vorhandene Einrichtungen der Krankenfürsorge anschließen, die von Innungen, Zünften, Betrieben und Gewerkvereinen unterhalten wurden. Alle diese Vorläufereinrichtungen waren allerdings auf einen nur geringen Anteil der Bevölkerung beschränkt gewesen und konnten meist keine freie medizinische Versorgung bieten.

Die in Folge des Gesetzes eingerichteten Krankenkassen umfaßten dagegen, Familienangehörige eingeschlossen, 1914 bereits mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Die örtliche Organisation der Krankenkassen dagegen war in den ersten Jahrzehnten sehr unterschiedlich. Neben den Allgemeinen Ortskrankenkassen wurden auch Gemeinde-, Betriebs- oder andere Hilfskassen eingerichtet; 1905 lag ihre Gesamtzahl über 23.000.

Das System der Sozialversicherung hat trotz aller Unzulänglichkeit etwa der Altersversorgung schon vor 1914 insbesondere zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Arbeiter und ihrer Familien beigetragen. Kennzeichnend waren und sind die hohe Form der Selbstbeteiligung der Versicherten, die bis 1949 noch bei zwei Drittel der Beiträge lag, und die Staffelung der Beiträge und Leistungen.

Die Allgemeinen Ortskrankenkassen wurden zunächst auf relativ enger lokaler Grundlage gegründet. In Stade beispielsweise wurde am 28. Juli 1884 das Statut der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Stadt Stade beschlossen, die Kasse selbst zum 1.12.1884 gebildet. Daneben bestanden auch noch eine Reihe von 10 weiteren Ortskrankenkassen in den damals kleineren Amtsbezirken und Kreisen Harsefeld, Himmelpforten, Stade (in Horneburg), Kehdingen (in Drochtersen und Freiburg), in Jork und in der Stadt Buxtehude. Erst zum 1. Januar 1914 wurde die Kassenlandschaft bereinigt. Nun bestanden nur

noch Ortskrankenkassen für die drei Kleinkreise Stade, Kehdingen und Jork sowie für die Stadt Stade.

Aufsichtsbehörde für die städtische Ortskrankenkasse war zumindest bis 1914 der städtische Magistrat. Der Bürgermeister war auch maßgeblich an der Gründung der Ortskrankenkasse beteiligt, und an ihn wurden auch Beschwerden über die Geschäftsführung gerichtet. Die frühe Überlieferung der Ortskrankenkassen wie auch anderer gesetzlicher Hilfskassen ist also im jeweiligen regionalen Archiv zu suchen.

Aus den drei kleineren Kreisen wurde 1932 der Großkreis Stade gebildet, der so im wesentlichen bis heute besteht. Zum 1. Januar 1936 wurde aus den bisherigen vier Krankenkassen eine Allgemeine Ortskrankenkasse für den gesamten Großkreis Stade mit Sitz in Stade gebildet.

### 2. Ansätze zu einer Sicherung des AOK-Schriftguts in Niedersachsen

Die insgesamt 62 Ortskrankenkassen Niedersachsens waren bis 1995 als Organe der Selbstverwaltung selbständig. Sie haben in der Mehrheit eine vergleichbare Entwicklung durchlaufen wie die AOK Stade, und ähnlich wird es *cum grano salis* auch in Nordrhein-Westfalen gewesen sein.

Es kann keinen Zweifel daran geben, daß die sich selbst verwaltenden Ortskrankenkassen ein wichtiges Element der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte ihrer jeweiligen Region sind, die zumindest einen bedeutenden Ausschnitt der wirtschaftlichen Struktur des Landes widerspiegeln. Es kann aber ebenso wohl keinen Zweifel daran geben – zumindest trifft dies für Niedersachsen zu –, daß die Dokumentation ihrer Tätigkeit bisher nur unzureichend und vor allem sehr unterschiedlich gesichert werden konnte.

Nach § 7, Absatz 1, Satz 1 des Niedersächsischen Archivgesetzes von 1993 sind die der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts dazu verpflichtet, ihr Archivgut zu sichern. Dazu können sie eigene oder gemeinsame Archive unterhalten oder ihr Schriftgut einem anderen Archiv einer kommunalen Körperschaft oder einer juristischen Person öffentlichen Rechts oder schließlich dem regional zuständigen Staatsarchiv anbieten. In welcher Form dies geschieht, ist im Gesetz allerdings bewußt nicht geregelt, sondern ist der Gestaltungsfreiheit der Kommunen wie auch der anderen juristischen Personen überlassen. Die Allgemeinen Ortskrankenkassen gehören eindeutig zu diesem Kreis der juristischen Personen öffentlichen Rechts.

Ein kleiner Exkurs: Die Sparkassen sind in der Begründung des Niedersächsischen Archivgesetzes ausdrücklich von der Sicherungspflicht ausgenommen worden, weil sie am Wettbewerb teilnehmen. Dies könnte ein Präzedenzfall werden, aber bisher haben die Krankenkassen,

die sich ja auch dem Wettbewerb stellen sollen, noch nicht eine entsprechende Ausnahme gefordert; allerdings haben sie es wohl auch deswegen nicht getan, weil sie die Last der Sicherung ohnehin abwälzen wollen.

Zur Sicherung des Archivguts gehören nach den Bestimmungen des Gesetzes nicht nur die Verwahrung und der Schutz vor Beschädigung und Vernichtung, sondern auch die in den §§ 5 und 6 geregelte Bereitstellung des Archivguts zur Nutzung für „jede Person“ bei berechtigtem Interesse.

Der Datenschutzbeauftragte der am 1.4.1995 aus den bis dahin rechtlich selbständigen Ortskrankenkassen neu gebildeten AOK Niedersachsen hat diese Sicherungspflicht auch gesehen und sich daher noch im Laufe des Jahres 1995 an die Staatliche Archivverwaltung gewandt. Grundlage aller bisherigen Verhandlungen mit der AOK seither ist die Feststellung, daß die AOK Schriftgut im Sinne des Archivgesetzes – gemeint ist Archivgut – nur in Ausnahmefällen selbst aufbewahren will. Man wolle daher, so heißt es auch in einem Schreiben an die ANKA vom 11. April 1996, daher die letzte im Archivgesetz angebotene Alternative nutzen und das Archivgut dem zuständigen Staatsarchiv zur Übernahme anbieten.

Die Abgabe des archivwürdigen Schriftguts sollte zunächst möglichst noch im Laufe des Jahres 1996 stattfinden. Dabei stellte sich die AOK vor, daß die Archive möglichst bald festlegten, welches Schriftgut archivwürdig sei, damit die AOKs das übrige Schriftgut nach den Vorschriften des Sozialgesetzbuches vernichten bzw. die Daten löschen könnten.

In den nun folgenden Besprechungen zwischen Niedersächsischer Archivverwaltung und ANKA wurde zunächst einmal eine Liste derjenigen Archive erarbeitet, die nach unserer Meinung für die Übernahme von Archivgut der jeweiligen Ortskrankenkassen in Frage kamen.

Wir sind dabei von einem Regionalprinzip ausgegangen. Da die alten Ortskrankenkassen auf der regionalen Ebene der Altkreise bzw. größeren Stadtkreise tätig waren, sollten die entsprechenden Kreisarchive bzw. Stadtarchive auch als eigentlich zuständig angesehen werden. Die Staatsarchive sollten, wie auch in der Reihung von § 7 NArchG angedeutet, nur als letzte Möglichkeit dort angesehen werden, wo sie ohnehin schon Archivgut eigentlich als zuständig angesehener kommunaler Körperschaften übernommen hatten.

### 3. Probleme bei der Überlieferungssicherung

Auf diese grundsätzliche Regelung einigten sich AOK, Archivverwaltung und ANKA. Als Voraussetzung für eine von der AOK gewünschte Archivierungsempfehlung wurde die AOK gebeten, zunächst einen Katalog der Aufbewahrungsfristen bzw. –empfehlungen zu erarbeiten.

Dieser Katalog der Aufbewahrungsfristen lag im März 1998 vor und wurde an die Regionaldirektionen der AOK versandt, die im Juni 1998 in einer Fachinformation über die „Abgabe von Archivgut... an die öffentlichen Archive im Sinne des NArchG“ gebeten wurden, nun mit den betreffenden Archiven eine Aktenabgabe „abzustimmen“.

Die Landesdirektion forderte also die seit 1995 nicht mehr rechtlich selbständigen Regionaldirektionen auf, sich an

das jeweils zuständige öffentliche Archiv zu wenden und alles von diesem als archivwürdig angesehene Schriftgut auch abzuliefern. Die Landesdirektion empfahl durchaus nicht, auch die Mitglieder- und Leistungskarteien anzubieten, weil dadurch die notwendigen Recherchen der abgebenden Ortskrankenkasse aufwendiger würden. Voraussetzung für eine Abgabe dieser Karteien sollte sein, daß das übernehmende Archiv sich verpflichtete, auch diese Auskunftstätigkeit für ehemals Versicherte zu übernehmen.

Im Spätsommer 1998 wurde dann eine kleine Arbeitsgruppe aus Archivverwaltung und ANKA gebildet, die eine Empfehlung für den Umgang mit dem AOK-Schriftgut erarbeitete, die im Oktober 1998 an die nach dem Regionalprinzip in Frage kommenden Archive versandt wurde.

Diese Empfehlung umfaßte insgesamt acht Punkte, die ich etwas verkürzt wiedergebe:

1. Die AOK ist grundsätzlich selbst zur Sicherung ihres Archivguts verpflichtet.
2. Aus einer allgemeinen Sicherungsverpflichtung heraus wird den zuständigen Archiven dennoch empfohlen, das angebotene Schriftgut zu bewerten und ggf. zu übernehmen.
3. Als zuständiges Archiv wird grundsätzlich das jeweilige Kreis- oder Stadtarchiv angesehen. Die jeweiligen Staatsarchive treten nur subsidiär ein.
4. Das Schriftgut der AOKs ist für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der jeweiligen Regionen bedeutungsvoll und kann ebenso einzelne Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge und Pflege dokumentieren.
5. Bei einer Übernahme ist eine schriftliche Vereinbarung mit der jeweiligen AOK zwingend erforderlich.
6. Eine Übernahme der Karteien kann wegen ihres Umfangs und der relativ geringen Aussagekraft nicht empfohlen werden. Es sollte darauf geachtet werden, ob die Karteien verfilmt sind und dann diese Filme übernommen werden. In jedem Fall sollte eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Karteien durchgeführt werden.
7. Die Auskunftstätigkeit aus den Versichertenkarteien muß weiter von Mitarbeitern der AOK durchgeführt werden.
8. Die tatsächliche Bewertung bleibt dem jeweiligen übernehmenden Archiv überlassen. Als insbesondere archivwürdig sind anzusehen:
  - Protokollbücher der Selbstverwaltungsgremien
  - Jahres- und Haushaltsrechnungen
  - Jahres- und sonstige Tätigkeits- oder Verwaltungsberichte
  - Überlieferung zu Gesundheitspartnern der AOK, Einrichtungen der Gesundheitspflege und –vorsorge.

Die Grundzüge dieser Empfehlung waren, daß einmal die Sicherungspflicht der AOK hervorgehoben, andererseits aber aus Gründen der allgemeinen Überlieferungssicherung dennoch die Übernahme grundsätzlich empfohlen wurde.

Diese Empfehlung wurde von den Kolleginnen und Kollegen im Land durchaus nicht nur zustimmend aufgenommen. Ein Kritikpunkt bestand darin, daß in Punkt 5 der vorgeschlagenen Vereinbarung auf alle „wechselseitigen Kostenerstattungen“ verzichtet werden sollte. Es wurde – selbstverständlich zu Recht – eingewandt, daß an sich eine Kostenerstattung durch die AOK oder zumindest eine Verfilmung beispielsweise der Versichertenkarteien gefordert werden sollte.

Die Empfehlung wurde daher zum Jahresende 1998 noch einmal überarbeitet und insbesondere der Passus, daß keine Kosten erstattet würden, aus der Vereinbarung herausgenommen. Außerdem wurden die Kolleginnen und Kollegen darauf hingewiesen, was wir im vergangenen Monat noch einmal getan haben, daß dann, wenn ein regional zuständiges Archiv die Übernahme ablehnt, die Sicherungspflicht nach dem Archivgesetz wieder an die AOK zurückfällt. Die Empfehlungen sind im übrigen insofern weiter präzisiert worden, daß die Karteien grundsätzlich nur in verfilmter Form übernommen werden sollten. Nur die weniger platzintensiven Arbeitgeberkarteien kämen für eine Übernahme im Original in Frage.

Nach meiner Kenntnis ist bisher allerdings von keinem Kommunalarchiv Schriftgut der AOK übernommen worden. Ebenso sind die Ermittlungen zum Umfang der noch vorhandenen Karteien und dem Grad ihrer Verfilmung noch nicht flächendeckend durchgeführt worden.

Auf der anderen Seite hat sich bisher auch nur ein Teil der Regionaldirektionen an das jeweils zuständige Archiv gewandt und das vorhandene Altschriftgut angeboten. Trotz aller Zentralisierung bei der AOK ist auch hier bisher von den Regionaldirektionen überhaupt nicht gleichmäßig verfahren worden.

Das Hauptproblem bilden die Karteien, zum einen wegen ihres Umfangs, zum anderen, weil sie auch noch dauernd genutzt werden. Es gibt offensichtlich bisher auch bei der AOK keine Rechtssicherheit, ob die Karteien noch juristisch aufbewahrt werden müssen und falls ja, bis wann. Der Umfang der Karteien ist im übrigen bei den Regionaldirektionen sehr unterschiedlich, weil einige von ihnen die Karteien bereits an die LVA zur Bearbeitung abgegeben haben.

Unter diesen Voraussetzungen gibt es bei den in Frage kommenden Kommunalarchiven große Vorbehalte zur Übernahme von Schriftgut der AOK, weil die meisten von ihnen ohnehin räumlich und personell kaum ihre Kernaufgaben, nämlich die Sicherung und Erschließung des archivwürdigen Schriftguts ihrer jeweiligen kommunalen Körperschaft, leisten können. In einigen Fällen – eine Erfahrung, die wir bereits bei der Frage der Übernahme von Schriftgut der Schulen gemacht haben – haben die Dienstherrn auch darauf geachtet, daß ihren Archiven nicht zusätzliche Aufgaben aufgebürdet werden, die möglicherweise neue Kosten verursachen würden.

Zur Zeit kristallisiert sich als nicht befriedigende Lösung heraus, daß die Überlieferung der Allgemeinen Ortskrankenkassen im staatlichen Bereich konzentriert werden wird. Es soll dabei versucht werden, daß als Kernbestände zumindest die Protokollbücher der Selbstverwaltungsgremien erhalten bleiben, evtl. auch die Hebelisten der Arbeitgeber.

Die Ermittlung des bei den einzelnen Regionaldirektionen vorhandenen Schriftguts ist nicht nur ungleichmäßig durchgeführt worden, sondern hat auch gezeigt, daß die Überlieferung bei den einzelnen Ortskrankenkassen sehr unterschiedlich ist. Im allgemeinen noch vorhanden sind ein großer Teil der Organprotokolle und – in sehr voneinander abweichender zeitlicher Erstreckung und Intensität – die Versichertenkarteien. Wieweit diese Karteien außerdem verfilmt worden sind, konnte ebenfalls noch nicht flächendeckend ermittelt werden. Die von der AOK selbst zur Verfügung gestellte Übersicht der bereits verfilmten Karteien ist jedenfalls nicht präzise und zureichend.

#### 4. Die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter

Das Interesse an der Überlieferung der AOK hat auf Seiten der ANKA zwei Ursachen. Zum einen handelt es sich selbstverständlich um das Bestreben, regional bedeutsame Überlieferung zu sichern. Der zweite Grund ist, daß in den Karteien der Ortskrankenkassen grundsätzlich Quellen zur Verfügung stehen, aus denen der insbesondere von den kommunalen Archiven geforderte Nachweis von Zwangsarbeit geführt werden kann.

Diese Nachweismöglichkeiten allein haben allerdings bisher noch kein kommunales Archiv dazu bewogen, Versichertenkarteien zu übernehmen, da diese im Regelfall durchgängig alphabetisch ohne jede Untergliederung geführt worden sind, also auch dann, wenn man sich auf den Nachweis von Zwangsarbeitskräften beschränken wollte, *in toto* übernommen werden müßten. Allein von einem Staatsarchiv sind bisher Arbeitgeber-Hebelisten übernommen worden.

In die in Niedersachsen etwas festgefahrene Situation ist nun durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ Bewegung gekommen. Der Internationale Suchdienst in Arolsen hat offensichtlich festgestellt, daß die dortigen Unterlagen – entgegen früheren Bekundungen – nicht ausreichen, und daher, um die Quellengrundlage zu verbreitern, damit begonnen, die Versichertenkarteien der AOK zu erschließen.

In Schleswig-Holstein wurden im Laufe des Jahres 2000 die dortigen Karteien vom ISD verfilmt. Für Niedersachsen lag im November 2000 eine Vereinbarung unterschrieben vor, nach der die AOK dem ISD die von diesem herausgefilterten Zwangsarbeiterkarteien zum Verbleib in Arolsen überlassen hätte.

Gegen dieses Verfahren hat die ANKA mit Schreiben vom 21. November 2000 Widerspruch eingelegt und darauf hingewiesen, daß eine derartige Abgabe von Archivgut an den ISD ein Verstoß gegen das Niedersächsische Archivgesetz sei. Auch wenn ein angefragtes Archiv aus Platz- und Personalgründen eine Übernahme von Archivgut der AOK ablehnt, besteht die Sicherungspflicht der AOK weiter.

Für die möglichen und zugelassenen Formen dieser Sicherung legt das Gesetz ausdrücklich eine abschließende Reihung fest, zu der eine Abgabe an den ISD, d.h. ein Archiv – wenn man den ISD in Arolsen kurzerhand so bezeichnen will – außerhalb Niedersachsens nicht gehört.

Die AOK Niedersachsen hat sofort gehandelt, nachdem auch Frau Dr. Kehne von der Staatlichen Archivverwal-

tung und ich mit dem zuständigen Datenschutzbeauftragten telefoniert hatten. Die Vereinbarung mit dem ISD wurde geändert, die Unterlagen verbleiben nach der vom ISD durchgeführten Verfilmung bei der AOK Niedersachsen.

Ende Februar 2001 haben wir uns zu einem erneuten Gespräch bei der AOK Niedersachsen getroffen. Wir haben vereinbart, daß die ANKA der AOK Bewertungsvorschläge an die Hand gibt, welches Schriftgut archiviert bzw. zur Übernahme angeboten werden sollte und welches Schriftgut nach Ablauf der juristischen Aufbewahrungsfristen vernichtet werden könnte. Wir haben allerdings noch einmal darauf hingewiesen, daß die ANKA keinerlei Weisungskompetenz gegenüber den einzelnen Kommunalarchiven hat, diese vielmehr in ihrer Bewertungsentscheidung völlig frei und lediglich – und insofern wieder durchaus nicht frei – ihrem Dienstherrn gegenüber verantwortlich seien. Dies war übrigens unseren Gesprächspartnern schwer zu vermitteln.

Die Bewertungsempfehlung, die im kommenden Monat vorliegen soll, wird im wesentlichen die Übernahme des Schriftguts der Selbstverwaltungsorgane, der Geschäftsberichte und Jahresrechnungen sowie grundlegender Überlieferung zu Gesundheitspartnern und medizinischen Einrichtungen empfehlen. Die Versichertenkarteien können nicht als archivwürdig angesehen werden, eine Sicherung der Arbeitgeberhebelisten, soweit vorhanden, und der herausgefilterten Zwangsarbeiterkartei wird allerdings vorgeschlagen werden.

## 5. Resümee

Auch wenn es jetzt wieder Bewegung gibt, sind die Erfahrungen bei der Sicherung der Überlieferung der Allgemeinen Ortskrankenkassen eher negativ und vor allem desillusionierend. Verschlankungen von Verwaltungen, wie sie jetzt die AOK Niedersachsen durchgeführt hat, gehen grundsätzlich auf Kosten der Überlieferungssicherung.

Es ist deutlich geworden, daß die Aufgabe der Überlieferungssicherung grundsätzlich an die öffentlichen Archive abgeschoben wird, die dafür aber nicht ausgestattet werden. Die eigene Archivierung wird aus wirtschaftlichen Gründen abgelehnt, da Archive – so hat es selbst der von der Niedersächsischen Archivverwaltung erarbeitete Entwurf des Archivgesetzes formuliert – als Wettbewerbshindernisse betrachtet werden. Öffentlich-rechtliche Unternehmen werden, soweit sie im Wettbewerb stehen, von der Archivierungspflicht ausgenommen. Eine Reihe weiterer juristischer Personen, wie etwa andere Versicherungsträger oder die Kammern unterliegen nach dem Niedersächsischen Archivgesetz derselben Sicherungspflicht, ohne daß dies irgend welche Folgen gezeitigt hätte. Falls wir – die Archive – uns rühren sollten, hätten wir mit Sicherheit wiederum eine zusätzliche Archivierungsaufgabe.

Wenn man berücksichtigt, daß auch die kommunalen Körperschaften sich mitten in einem Prozeß der Entwicklung zu wirtschaftlich agierenden Dienstleistungsunternehmen befinden, dann sind die Perspektiven für die Sicherung einer möglichst breiten und ungestörten Überlieferung nicht eben günstig.

# Die Überlieferung der Landesversicherungsanstalt Westfalen in Münster – Probleme und Möglichkeiten

von Annette Hennigs

Die Landesversicherungsanstalt (LVA) Westfalen in Münster ist eine von bundesweit 23 Landesversicherungsanstalten<sup>1</sup>, die im Zuge der preußischen Sozialgesetzgebung um 1890 gegründet wurden. Als Träger der Rentenversicherung ist die LVA Westfalen heute zuständig für das Gebiet der Regierungsbezirke Münster, Detmold und Arnsberg mit einer Gesamteinwohnerzahl von ca. 8,5 Millionen Menschen (davon ca. 1,2 Millionen Rentner). Der Aufgabenkatalog der LVA umfaßte bei ihrer Gründung im Jahre 1890 zunächst nur die Zuständigkeit für die Invaliden- und Altersversorgung. Schon um 1900 war allerdings der Bereich hinzugekommen, der heute unter dem Begriff Rehabilitationsleistungen zusammengefaßt wird. Dazu gehörten schon frühzeitig der Bau von Kliniken und Erholungsheimen ebenso wie Maßnahmen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus.

Diese Zuständigkeiten lassen eine Quellenüberlieferung vermuten, die Einblicke in die Sozialgeschichte weiter Teile der Bevölkerung im 20. Jahrhundert verspricht. Allerdings ist die Überlieferungsbildung nicht ganz unproblematisch, wie schon ein kurzer Blick auf die Organisation der LVA verrät. Seit 1890<sup>2</sup> findet die Aufgabenwahrnehmung nach dem Prinzip der Selbstverwaltung statt. Vor 1933 geschah dies durch zwei Gremien, den Ausschuß

mit dem Charakter einer Generalversammlung, der die Kontrolle über die Jahresrechnungen und die Geschäftsführung des Vorstandes ausübte bzw. den Vorstand, der die Anstalt verwaltete und die laufenden Geschäfte wahrnehmen sollte. Beide Gremien bestanden aus gewählten Vertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber. Die eigentliche Geschäftsführung oblag Berufsbeamten, die von der Provinzialverwaltung gestellt wurden.

Das Gesetz über Ehrenämter in der Sozialversicherung und der Reichsversorgung vom 18.5.1933 entthronte sämtliche Vertreter der Versicherten im Ausschuß und im Vorstand ihres Amtes; in einem zweiten Schritt mit dem Gesetz über den Aufbau der Sozialversicherung vom

<sup>1</sup> Daneben gibt es noch berufsgruppenbezogene Rentenversicherungsträger: die Bahnversicherungsanstalt für die Arbeiter der Deutschen Bahn AG, die Seekasse für Seeleute, die BfA in Berlin für die Angestellten, die Bundesknappschaft in Bochum für die Bergleute.

<sup>2</sup> Zur Geschichte der LVA Westfalen gibt es zwei ausführlichere Festschriften, die dem hier gegebenen sehr knappen historischen Abriss zugrunde liegen: 1890-1980. 90 Jahre Selbstverwaltung der Landesversicherungsanstalt Westfalen, Münster 1980; Andreas Daniel / Heinrich Kemper / Birgitta Ringbeck, Heimstätten sind besser als Heilstätten. 100 Jahre Wohnungsbauförderung der Landesversicherungsanstalt Westfalen, Münster 1993.

5.7.1934 wurde die Selbstverwaltung in der LVA endgültig beseitigt. Die LVA wurde einem allein verantwortlichen Leiter unterstellt, dem ein Beirat aus Vertretern der Betriebsführer, der Versicherten, der Gebietskörperschaft und der Ärzte beratend zur Seite stand.

Am 13.8.1952 schließlich wurde mit dem Gesetz über die Selbstverwaltung und über Änderungen von Vorschriften auf dem Gebiet der Sozialversicherung (= Selbstverwaltungsgesetz) die Selbstverwaltung wieder vollständig hergestellt.

Die beiden Organe der Selbstverwaltung sind heute die Vertreterversammlung (bestehend aus je 30 ehrenamtlichen Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber) und der Vorstand (bestehend aus je sechs ehrenamtlichen Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber). Sie werden im Rahmen der Sozialwahlen alle sechs Jahre von den Beitragszahlern gewählt. Zur Vorbereitung von Beschlüssen bilden Vertreterversammlung und Vorstand Ausschüsse. Außerdem gibt es eine aus drei hauptamtlichen Mitgliedern bestehende Geschäftsführung, die die laufenden Verwaltungsgeschäfte führt und dem Vorstand mit beratender Stimme angehört.

Die LVA als Körperschaft des öffentlichen Rechts ist keine staatliche Behörde, unterliegt aber der Aufsicht der zuständigen Ministerien der Länder (bei Versicherungsträgern, deren Bereich sich über mehrere Bundesländer erstreckt, ist das Bundesversicherungsamt die oberste Aufsichtsbehörde). Vor 1933 nahm die Provinzialverwaltung diese Kontrollfunktionen wahr und stellte zudem die Geschäftsführung. Daraus ergibt sich die Frage, ob die Überlieferung der Landesversicherungsanstalt Westfalen in die archivische Zuständigkeit des Staates oder des Landschaftsverbandes als Rechtsnachfolger der Provinzialverwaltung gehört.

Unklarheiten hinsichtlich der Überlieferung der Sozialversicherungsträger bestehen bundesweit und sollen an dieser Stelle zum Anlaß genommen werden, die Überlieferungssituation der LVA Westfalen exemplarisch zu skizzieren und eine qualitative Einordnung der Quellen zu geben. Aus aktuellem Anlaß sollen dabei die Nachweismöglichkeiten der LVA für die Beschäftigungszeiten ehemaliger ZwangsarbeiterInnen berücksichtigt werden.

### Die Überlieferung und ihr Quellenwert

Schriftgut entsteht bei der LVA auf zwei Ebenen: Zum einen im Bereich der Selbstverwaltung, zum anderen im Bereich der Aufgabenwahrnehmung.

Auf der Ebene der verschiedenen Gremien der Selbstverwaltung entstehen vor allem Protokolle der Sitzungen, die als zentrale Dokumente über die Tätigkeit der LVA angesehen werden können, da hier grundsätzliche Entscheidungen getroffen werden. Diese Entscheidungen werden aber ebenso wie die Geschäfts- und Rechnungsergebnisse regelmäßig im Bundesarbeitsblatt bzw. im Jahresbericht der LVA publiziert. Darüber hinaus spiegelt sich die Tätigkeit der Selbstverwaltungsorgane in der Überlieferung der Aufsichtsbehörden wider.

Auf der Ebene der eigentlichen Aufgabenwahrnehmung entsteht mit den Fallakten bzw. Leistungsakten für die einzelnen Versicherungsfälle massenhaft gleichförmiges

Schriftgut. Diese Leistungsakten werden nach rein formalen Kriterien gebildet. Sie werden nach den Versicherungsnummern angelegt, die sich aus der Bereichsnummer des zuständigen Rentenversicherungsträgers, dem Geburtsdatum, dem Anfangsbuchstaben des Geburtsnamens, der Seriennummer mit Angabe des Geschlechts und einer Prüfziffer zusammensetzen. Alle Einzelfallakten werden auf Microfiches aufgenommen, die über eine Datenbank verwaltet werden.

Die LVA Westfalen bewahrt darüber hinaus in ihrem sog. Rentenarchiv eine weitere bemerkenswerte Überlieferungsschicht auf. Ursprünglich bestand dieses Archiv aus den Quittungskarten, mit denen die Kontrolle über den Eingang der Rentenbeiträge gewährleistet wurde. Aufgrund von Kriegsschäden, die sämtliche Quittungskarten bis auf die der Geburtsjahrgänge 1910-1913 vernichteten, mußte nach dem Zweiten Weltkrieg von der LVA eine Ersatzüberlieferung gebildet werden, die aus Hebe- und Umtauschlisten von Versicherungskarten ehemaliger Landkrankenkassen besteht. Im Hinblick auf die Beschaffung von Beschäftigungsnachweisen für ehemalige ZwangsarbeiterInnen ist dies ein Quellenbestand, auf den noch näher einzugehen sein wird.

Als Körperschaft des öffentlichen Rechts ist die LVA Westfalen nur bedingt verpflichtet, ihre Überlieferung einem Archiv anzubieten. In § 3 Abs. 6 des nordrhein-westfälischen Archivgesetzes vom 16.5.1989 heißt es dazu:

„Juristische Personen des öffentlichen Rechts – mit Ausnahme der Gemeinden und Gemeindeverbände –, die der Aufsicht des Landes unterstehen und über kein eigenes Archiv verfügen, das archivfachlichen Anforderungen genügt, bieten Unterlagen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht mehr benötigt werden, dem jeweils zuständigen staatlichen Archiv zur Übernahme an. [...] Die staatlichen Archive können das angebotene Archivgut übernehmen, verwahren, erhalten, erschließen und allgemein nutzbar machen. Bei der Übernahme kann ein Rücknahmerecht für den Fall vereinbart werden, daß die übergebende Stelle ein Archiv, das archivfachlichen Anforderungen genügt, einrichtet und unterhält. Eine Anbieterspflicht gegenüber den staatlichen Archiven besteht nicht, wenn die Unterlagen einer für Archivierungszwecke geschaffenen Gemeinschaftseinrichtung oder einem anderen Archiv angeboten werden, sofern diese die Verwahrung gemäß § 4 Abs. 7 und 8 und die Nutzung gemäß § 5 bis 7 gewährleisten und archivfachlichen Anforderungen genügen. Ein Archiv genügt archivfachlichen Anforderungen, wenn es

- a) hauptamtlich oder hauptberuflich von Personal betreut wird, das die Befähigung für eine Laufbahn des Archivdienstes besitzt oder sonst fachlich geeignet ist, oder
- b) von einer Dienststelle fachlich beraten wird, bei der ein Archivar mit der Befähigung für eine Laufbahn des Archivdienstes tätig ist.“<sup>3</sup>

Die LVA Westfalen hat auf die Möglichkeit verzichtet, die archivfachliche Betreuung ihrer Bestände selbst zu organisieren. Schon 1982 hat sie ihre Bestände in der Rechtsform eines Depositums an das Staatsarchiv Mün-

<sup>3</sup> Der vollständige Gesetzestext befindet sich im Internet unter [www.archive.nrw.de/archive/staatl/archivges](http://www.archive.nrw.de/archive/staatl/archivges).

ster übergeben. Dabei wurde festgelegt, daß die LVA darüber entscheidet, welches Schriftgut abgegeben wird. Dieses Schriftgut verbleibt in ihrem Eigentum, in regelmäßigen Abständen von ca. fünf Jahren sollen weitere Abgaben erfolgen. Über die Archivwürdigkeit entscheidet allerdings das Staatsarchiv.

In bisher drei Abgaben wurden v.a. übernommen:

- Satzungen und Geschäftsordnungen;
- fast lückenlos die Verwaltungsberichte von 1894 bis 1998;
- Akten zur Organisation und Durchführung der Vertreterversammlungen;
- Personalakten von Vorstandsmitgliedern;
- in sehr geringem Umfang Leistungsakten, die nur exemplarisch übernommen wurden, um die Einzelfallabwicklung zu dokumentieren;
- Rentenlisten (Invalidenrenten, Waisenrenten, Teilrenten für Kriegshinterbliebene, Krankenrenten, Altersrenten, V-Renten) der Geburtsjahrgänge 1813-1892, die vor allem die Tätigkeit der LVA in ihren Anfangsjahren dokumentieren und deswegen nur in Auswahl übernommen wurden;
- umfangreiches Aktenmaterial aus dem Bereich Vermögensverwaltung und Finanzabteilung, wobei die Grundstücks- und Immobilienverwaltung einen großen Raum einnimmt und insbesondere die Aktivitäten im Klinik- bzw. Sanatorienbau sowie im sozialen Wohnungsbau dokumentiert (ein Aufgabenbereich, den die LVA heute nicht mehr wahrnimmt);
- Materialien zur Geschichte des Hauses wie z.B. eine bebilderte Kriegschronik von 1943 und Publikationen des Hauses zu verschiedenen Themen (vor allem Zeitschriften und Broschüren);
- eine Fotosammlung mit ca. 250 Aufnahmen aus der Zeit um 1900 bis in die 1950er Jahre hinein. Diese Fotos stammen von der Pressestelle der LVA und dokumentieren die Wohnsituation von Arbeitern in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts<sup>4</sup>;
- Akten aus dem Bereich der beihilfeberechtigten häuslichen Pflege.

Da es bundesweit Unsicherheiten über die Zuständigkeiten der Archive gegenüber den Sozialversicherungsträgern gibt, wurde 1993 die ARK-Arbeitsgruppe „Sozialversicherungsträger“ gegründet, die länderübergreifend die archivische Aufgabenwahrnehmung gegenüber den Sozialversicherungsträgern untersuchen und Empfehlungen für die Zukunft aussprechen sollte<sup>5</sup>.

Für die Untersuchung der Arbeitsgruppe wurde die Überlieferungsbildung der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Saarland und des Bundes erfaßt. In allen untersuchten Bundesländern wurden bisher insbesondere die Generalakten der Versicherungsträger übernommen. Für die Übernahme der Leistungsakten sind zahlreiche unterschiedliche Kriterien entwickelt

worden, um aus der großen Masse einen repräsentativen Querschnitt zu ermitteln. Häufig angewandt wird eine Auswahl nach Geburtsdaten, die sich schon deswegen empfiehlt, weil die Leistungsakten nach Versicherungsnummern abgelegt werden, die sich wiederum an den Geburtsdaten der Versicherten orientieren.

Trotz bundesweit gemeinsamer Organisationsstrukturen bestehen für die LVAen keine Vorgaben für eine einheitliche Schriftgutverwaltung. Für Archivierungsmodelle konnten also nur allgemeine Richtlinien erstellt und keine gemeinsamen Strategien entwickelt werden. Die Arbeitsgruppe hatte daher auch von vornherein nicht das Ziel, bereits bestehende Vereinbarungen zur Übernahme und Kassation von Schriftgut aufzuheben bzw. die verschiedenen angewandten Methoden der Sample-Bildung zu vereinheitlichen. Im Gegenteil: Gerade diese Vielfalt an Methoden wurde als akzeptable Antwort auf den Versuch gewertet, die Repräsentativität der Auswahlentscheidung zu gewährleisten.

Insgesamt bestand Übereinstimmung darin, daß schwerpunktmäßig die Überlieferung bei den Aufsichtsbehörden der Sozialversicherungsträger gebildet werden soll, weil hier in konzentrierter Form die wesentlichen Informationen zusammengefaßt sind. Allerdings sind dafür Absprachen mit dem jeweils für die Aufsichtsbehörden zuständigen Archiv notwendig. So ist z.B. im Staatsarchiv Münster die Überlieferung für das Oberpräsidium, das vor dem Zweiten Weltkrieg als Aufsichtsbehörde fungierte, im Bereich der LVA ausgesprochen dürftig, so daß letzten Endes doch ein besonderes Augenmerk auf die entsprechende Überlieferung der LVA selbst gelegt werden muß.

Als archivwürdig wurden darüber hinaus die Protokolle der Selbstverwaltungsorgane der Sozialversicherungsträger erachtet. Die Übernahme von Dienst- und Arbeitsanweisungen sowie Serien von Bescheiden und Eingaben sollte in größeren zeitlichen Abständen erfolgen. Grundsätzlich zeigte die Arbeitsgruppe auch Interesse an den Leistungsakten, jedoch erfordert deren Übernahme wohlüberlegte Auswahlkriterien, für die ein Dreistufenmodell vorgeschlagen wurde:

1. in größeren zeitlichen Intervallen sollen Beispielfälle übernommen werden, die die geschäftstechnische Abwicklung eines Einzelfalles dokumentieren,
2. es soll eine Sample-Bildung auf der Basis der nach Geburtsdaten organisierten Versicherungsnummern mit Anspruch auf eine repräsentative Auswahl von Leistungsakten durchgeführt werden,

<sup>4</sup> Diese Fotos haben mittlerweile breites Interesse in der sozialgeschichtlichen Forschung geweckt, als Beispiel für eine Auswertung sei hier nur genannt: Nicole Kuprian, *Buntkariert und blütenweiß. Vom Umgang mit Bettwäsche*, Münster 1999.

<sup>5</sup> Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe liegen nicht in gedruckter Form vor, die folgende Darstellung stützt sich auf den Abschlußbericht vom Februar 1999 (Dienstregistratur NRW Staatsarchiv Münster). Die archivwissenschaftliche Diskussion hat die Bewertung der Akten der Landesversicherungsanstalten bisher insgesamt kaum berücksichtigt. Die Überlegungen der Arbeitsgruppe sind offensichtlich eingeflossen in: Rainer Brüning / Martin Häußermann / Lutz Sartor, *Zur Bewertung von massenhaft anfallenden Leistungsakten der Landesversicherungsanstalt Baden*, in: *Historische Überlieferung aus Verwaltungsunterlagen*, hg. von Robert Kretzschmar, Stuttgart 1997 (= *Werkhefte der staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg Serie A Landesarchivdirektion Heft 7*), S. 352-362.

3. es sollen für den Archivsprengel bedeutsame Persönlichkeiten bzw. charakteristische Einzelfälle ermittelt werden.

Insgesamt konnte die Arbeitsgruppe nur resümieren, die Problemlage strukturiert und die Notwendigkeit für die Archivare aufgezeigt zu haben, in Zukunft mehr Aufmerksamkeit auf diese Überlieferung zu lenken. Ein konkretes Ergebnis steht noch aus.

Für den Bereich der LVA Westfalen bleibt festzuhalten, daß bei der Auswahl aus den Leistungsakten den Spätaussiedlern besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte. Um Rentenansprüche geltend machen zu können, stellen die Spätaussiedler Anträge auf Rehabilitation wegen zu Unrecht ergangener Gerichtsurteile in der ehemaligen Sowjetunion. Die LVA hat in diesen Fällen die Ermittlungspflicht, so daß umfassendes Material über die Biografien der Spätaussiedler seit den 1930er Jahren zusammengetragen wurde.

Die elektronische Erfassung der Microfiches dürfte für die Zukunft ein nützliches Instrument für die Ermittlung der archivwürdigen Leistungsakten nach den genannten Kriterien sein. Konkrete Schritte in diese Richtung sind allerdings noch nicht unternommen worden.

### **Beschäftigungsnachweise für ehemalige ZwangsarbeiterInnen**

Die während des Zweiten Weltkrieges in der deutschen Wirtschaft eingesetzten ZwangsarbeiterInnen waren in der Regel sowohl kranken- als auch rentenversicherungspflichtig<sup>6</sup>. Die Staatsangehörigkeit war dabei unerheblich, weil die deutsche Rentenversicherung seit 1890 auf dem Territorialprinzip gründet, d.h., das am Beschäftigungsort geltende Recht ist für ein Versicherungsverhältnis maßgeblich und nicht das im Herkunftsland geltende Versicherungsrecht. Über die Versicherungspflicht entschied die Form der Beschäftigung, wobei die Rentenversicherungsträger die sog. „echte“ Zwangsarbeit von anderen Beschäftigungsverhältnissen unterschied. So unterlagen polnische ZwangsarbeiterInnen aus dem Gebiet des Generalgouvernements erst ab 1943 der Versicherungspflicht, russische ZwangsarbeiterInnen aus dem Gebiet des Generalkommissariats Weiß-Ruthenien erst ab 1944.

Für die zahlreichen ehemaligen ZwangsarbeiterInnen, die für den Erhalt von Entschädigungsgeldern aus dem Stiftungsfonds „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ Beschäftigungsnachweise benötigen, sind die Landesversicherungsanstalten als Rentenversicherungsträger somit wichtige Anlaufstellen. Aufgrund der zu kurzen Versicherungszeiten können sie in der Regel keine Ansprüche auf Rentenzahlungen geltend machen, aber die erhaltenen Rentenarchive ermöglichen zu einem recht hohen Prozentsatz die Beschaffung von Beschäftigungsnachweisen.

Die LVA Westfalen hat aufgrund von Kriegsverlusten kaum noch originale Unterlagen aus dem Rentenarchiv, das während des Zweiten Weltkriegs geführt wurde. Durch die Übernahme von Hebe- und Umtauschlisten von Versicherungskarten der ehemaligen Landkrankenkassen wurde hier aber eine Ersatzüberlieferung geschaffen, die sich noch heute im Besitz der LVA Westfalen befindet und z. Zt. intensiv für die Nachweisbeschaffung genutzt wird<sup>7</sup>.

So interessant diese Überlieferung jetzt aktuell für die Nachweisbeschaffung ist, so muß doch auch nach dem grundsätzlichen Quellenwert der Rentenlisten für die Forschung gefragt werden.

Die erhaltenen Hebe- und Umtauschlisten enthalten die Namen der Versicherten, ihre Geburtsdaten und die Arbeitgeber. Nur indirekt kann aus der Existenz dieser Listen erschlossen werden, daß Beiträge geleistet wurde; über die Höhe der Beiträge enthalten diese Listen keine Angaben.

Für den namentlichen Nachweis der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen liegen damit ausreichende Informationen vor, der Quellenwert für die Forschung muß jedoch in Frage gestellt werden. Lediglich statistische Fragestellungen ließen sich für den begrenzten Bereich der krankenversicherungspflichtigen ZwangsarbeiterInnen beantworten (Anzahl der ZwangsarbeiterInnen insgesamt bzw. pro Arbeitgeber, Altersverteilung, usw.). Dazu gibt es in den Beständen des Internationalen Suchdienstes in Bad Arolsen, die in einigen Jahren der Forschung geöffnet werden sollen, sicher aussagekräftigeres Material.

### **Fazit**

Die Überlieferung der Landesversicherungsanstalt Westfalen ist sicher nicht vollständig archivwürdig, ergänzt aber in wichtigen Teilen die sozialgeschichtlichen Quellen, die aus anderen Provenienzen der Forschung zur Verfügung stehen. Dies gilt sowohl für die Untersuchung besonderer Personengruppen wie die Spätaussiedler als auch für übergreifende Fragestellungen zur Sozialversorgung. Der große Umfang der Überlieferung macht aber eine archivfachliche Betreuung unumgänglich, denn der Umgang mit den massenhaft vorhandenen Leistungsakten erfordert ebenso archivische Fachkompetenz wie die Sicherstellung und Beurteilung von parallelen Überlieferungssträngen bei den übergeordneten Kontrollorganen der LVA. Die datenbankgestützte Verwaltung der Microfiches deutet bereits an, daß für die Zukunft in Zusammenarbeit mit der LVA Systeme entwickelt werden müssen, die einerseits die Ermittlung der als archivwürdig gekennzeichneten Akten erleichtern, andererseits aber auch die Übernahme der wahrscheinlich in absehbarer Zeit elektronisch geführten Akten ermöglichen.

<sup>6</sup> Zur Rentenversicherungspflicht: Gerhard Werntgen, Auskünfte der Landesversicherungsanstalt Westfalen an ehemalige „Ostarbeiterinnen und Ostarbeiter“ über Beschäftigungszeiten während des Zweiten Weltkrieges, in: Materialien zur aktuellen Diskussion über Zwangsarbeit und Entschädigung, hg. von Karl Reddemann, Münster 2000 (= Villa ten Hompel Aktuell 1), S. 20-24; Die Beschäftigung von Zwangsarbeitern während des Zweiten Weltkrieges, in: Mitteilungen der Landesversicherungsanstalt Oberfranken und Mittelfranken Nr. 7/2000, S. 223-231.

<sup>7</sup> In Kreisen, in denen keine Landkrankenkassen vorhanden waren, erfolgte die Versicherung bei der AOK, deren Überlieferung nicht von der LVA übernommen wurde.

# Digitales Bildarchiv „Kirchliche Gebäude in Kurhessen-Waldeck“ – Ein Low-budget-Projekt des Landeskirchlichen Archivs Kassel

von Bettina Wischhöfer

Microsoft-Chef Bill Gates besitzt seit 1995 das historisch wertvolle Bettmann-Fotoarchiv mit rund 17 Millionen Fotografien. Seit 1996 wird digital gescannt, um die Bildinformationen der vergänglichen Originale der Nachwelt zu erhalten. Die Originale werden in einer ausrangierten Mine nördlich von Pittsburgh gelagert, geschützt vor dem Zahn der Zeit, aber auch vor menschlichem Zugriff. Zusammen mit seiner Firma Corbis (65 Millionen Bilder, davon 2,1 Millionen online) und mehr als 30 Millionen Fotos weiterer Fotoagenturen in seinem Besitz hat Gates ein Monopol in Händen, dessen Zugang er steuert. Auf den Scanner kamen zuerst die kommerziell wertvollen Stücke. Gates bestimmt bei Bedarf die Vermarktung und er legt fest, welche Bilder digitalisiert werden. Beim Bettmann-Archiv ließ er die Digitalisierung nach 225.000 Bildern einstellen (nicht mal 1,5 Prozent des Bestandes). Das komplette Digitalisieren hätte so lange gedauert, daß die vergilbten Originale längst dahin gewesen wären<sup>1</sup>.

Nun sind wir in unserem Tun und Handeln anderen Kriterien verpflichtet als Bill Gates. Unser Archivgesetz definiert es als unsere Aufgabe, „in Mitverantwortung für das kulturelle Erbe und im Bewußtsein der rechtlichen Bedeutung sowie des wissenschaftlichen, geschichtlichen und künstlerischen Wertes das Archivgut .. zu übernehmen, auf Dauer aufzubewahren, zu sichern, zu erschließen und nutzbar zu machen“<sup>2</sup>.

So gesehen gibt es für Archive, die Fotosammlungen ihr eigen nennen, mehrere gute Gründe, sich mit digitalen Bildern anzufreunden: Schonung der Originale, vereinfachter schneller Zugriff, verlustfreies Kopieren und die (zumindest theoretisch begründete) unbegrenzte Haltbarkeit digitaler Daten bei entsprechendem Umgang, d.h. durch ständiges kontrolliertes Umkopieren. Da es bisher weder Standards noch anerkannte Richtlinien für die Bildqualität eines digitalen Fotoarchivs gibt, ist es notwendig, die Anforderungen an das Digitalisieren genau zu betrachten.

Eine zusätzliche Kombination mit Elementen der Sicherungsverfilmung bietet sich im Rahmen der Fotodigitalisierung übrigens nicht an, da hier - anders als z.B. bei der Kirchenbuchverfilmung - lediglich dasselbe (Film-)Medium nochmals repetiert werden würde. Zudem ist zu bedenken, daß die Kosten der Sicherungsverfilmung bei Farbnegativen und -dias besonders hoch liegen. Das herkömmliche Prinzip des analogen fotografischen Umkopierens bedeutet eine Qualitätsverschlechterung, während das Ergebnis beim digitalen Kopieren immer identisch ist mit der Vorlage, sofern die digitale Technik kompetent und verantwortungsvoll angewandt wird<sup>3</sup>.

Entgegen der landläufigen Meinung, Scannen sei dank moderner Geräte „kinderleicht“, sind im Gegenteil viel Erfahrung und Wissen nötig, will man sich teures Lehrgeld ersparen. Insbesondere ist zu beachten, daß der größte Teil der Digitalisierungskosten auf reine Arbeitszeit (Vor- und Nachbereitung) entfällt.

Bevor wir uns selbst an die Materie herangewagt haben, haben wir uns bei den Kollegen umgesehen und genau betrachtet, wie andere sich dem Thema angenähert haben.

Die vier „anderen“ waren das Gemeinschaftsprojekt „Bilderbank Schweiz“, das Kreisarchiv des Märkischen Kreises, das Universitätsarchiv der Technischen Universität Chemnitz und das Stadtarchiv Duderstadt (in Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen).

## Digitalisierung eines Bildarchivs im Kreisarchiv des Märkischen Kreises oder wie man es nicht machen sollte

Wie man es nicht machen sollte, zeigt der Erfahrungsbericht über die Digitalisierung eines Bildarchivs im Kreisarchiv des Märkischen Kreises<sup>4</sup>. Dort bedeutet „digitale Bildbearbeitung“ in der Praxis: ein Negativ wird eingescannt und nachbearbeitet, dann ein Arbeitsausdruck über den Laserdrucker angefertigt. Danach wird das Bild wieder gelöscht. Ausdruck und Negativ werden mit einer Nummer versehen.

Sollen Repros hergestellt werden, wird das Negativ wieder gescannt und diesesmal durch ein Fotobearbeitungsprogramm optimiert aufbereitet. Der Ausdruck findet über den Fotodrucker statt. Auf Wunsch der Benutzer werden die Bilder auf CD-ROM kopiert. Die Einführung der neuen Technik hat die Beteiligten Nerven und Zeit gekostet, trotzdem wird die beschriebene Vorgehensweise als zeit- und kostengünstig beschrieben (verglichen mit dem Einsatz eines Fotografen, der 65.000,- DM gekostet hätte, wurden für Hard- und Software Ende 1997 rund 9.000,- DM ausgegeben). Im Sinn der Bestandserhaltung ist diese Methode nicht, da das Original im Bedarfsfall immer wieder für eine Reproduktion herangezogen wird. Eine digitale Datenbank wird nicht erstellt.

<sup>1</sup> Siehe Marc Pitzke, Auf Nimmerwiedersehen!, in: Die Woche vom 18. Mai 2001, S.38.

<sup>2</sup> Archivgesetz der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck vom 26. April 1997, §4,1, Kirchliches Amtsblatt der EKKW (6) 1997, S.118.

<sup>3</sup> Einen wesentlichen Einstieg in die allgemeine Digitalisierungsthematik bieten Jeff Rothenberg, Ensuring the Longevity of Digital Documents, in: Scientific American Jan. 1995, S.24-29 und das DFG-Projekt zur Digitalisierung der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg (Abschlußbericht 1996), u.a. über <http://www.lad-bw.de/frpubli.htm>. Siehe auch: Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft der Archive und Bibliotheken in der evangelischen Kirche für die Archivierung von Unterlagen aus digitalen Systemen in kirchlichen Archiven, in: Rundbrief Nr. 11 (1998) S.21-34; Udo Schäfer, Nicole Bickhoff (Hg.), Archivierung elektronischer Unterlagen (Werkhefte der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg A 13), Stuttgart 1999; Michael Häusler, Die Archivierung elektronischer Unterlagen als Aufgabe und Herausforderung für kirchliche Archive, in: Aus evangelischen Archiven (41) 2001, S.111-124.

<sup>4</sup> Ulrich Biroth: Die Digitalisierung eines Bildarchivs. Ein Erfahrungsbericht, in: Archivpflege in Westfalen und Lippe 53, 2000, 22-27.

### Digitalisierung des Nachlasses Carl von Bachs im Universitätsarchiv der TU Chemnitz oder der Traum vom digital erschlossenen Bestand

Ein sehr realistischer Bericht über Anspruch und Wirklichkeit eines digitalen Archivs findet sich über das Nachlaßprojekt Carl von Bachs im Universitätsarchiv der Technischen Universität Chemnitz<sup>5</sup>. Die Robert-Bosch-Stiftung stellte für die Verfilmung und Digitalisierung von 6 Metern Geschäftskorrespondenz (50.000 Blatt) zunächst 93.000,- DM zur Verfügung. An reiner Arbeitszeit wurden 9 Monate für Vorbereitung und Betreuungsaufwand während der Verfilmung/ Digitalisierung und Nachbereitung durch Arbeitskräfte des Universitätsarchivs aufgewandt. Die Digitalisierungsfirma zahlte Lehrgeld - die Schwierigkeiten und Probleme in Zeitdauer und Umsetzung legen nach Aussage des Verfassers den Schluß nahe, daß ein ähnliches Projekt kaum für diesen Preis zu haben sein wird<sup>6</sup>. Das bisher bewilligte Geld ist verbraucht, aber der Bestand ist noch nicht über eine (angestrebte) Datenbank erschlossen. Hierfür sind Mittel beantragt, aber noch nicht bewilligt. Einschränkend wird am Ende festgestellt: der hohe zeitliche, personelle und finanzielle Aufwand kann nur für ausgewählte Bestände geleistet werden. Dem Traum vom digital erschlossenen Bestand ist man für knapp 100.000,- DM ein kleines Stückchen nähergekommen.

### Digitalisierung von Amtsbüchern im Stadtarchiv Duderstadt oder das Pilot-Projekt

Mit dem Programm „Archive als Fundus der Forschung - Erfassung und Erschließung“ hat die Volkswagen-Stiftung ein digital angelegtes Forschungsprojekt gefördert. In Zusammenarbeit zwischen dem Stadtarchiv Duderstadt und dem Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen wurde der Bestand Amtsbücher digital erschlossen<sup>7</sup>. Ziel war das vollständige Einscannen und die Erschließung für den Benutzer. Die so erzeugten Beschreibungen werden gemeinsam mit den digitalen Abbildern der einzelnen Archivaliensseiten in einer Datenbank verwaltet. Angestrebt wird ein Forschungssystem, das nicht nur einen komfortablen und archivalienschonenden Materialzugang ermöglicht, sondern in seiner Verknüpfung von Bild und erschließender Information deutlich weitreichendere Möglichkeiten eröffnet als die Arbeit mit den Originalen.

Am Ende des Projektes beträgt die Gesamtzahl der digitalisierten Seiten rund 77.000. Die Digitalisierung von historischem Quellenmaterial war (innerhalb der Institution selbst) zu Preisen von unter 1,50 DM pro Seite möglich. Das Duderstadtprojekt ist im WWW verfügbar und kann als erfolgreich abgeschlossen eingestuft werden.

### Projekt digitale „Bilderbank Schweiz“ oder Der bewußte Verzicht auf die Sicherungsverfilmung

Mit dem vierten Beispiel kehren wir wieder zur Digitalisierung von Fotos - unserem eigentlichen Thema - zurück. Hier geht es um das Modell eines digitalen Langzeitarchivs für Fotosammlungen, das das Gemeinschaftsunternehmen „Bilderbank Schweiz“ realisieren will<sup>8</sup>. Die Abteilung für Angewandte Bildwissenschaft der Universität Basel plant gemeinsam mit der Datenbank Schweizeri-



scher Kulturgüter (Bern) die Gründung der „Bilderbank Schweiz“. Als wirtschaftliche Partner wurden Kodak und Digital Equipment Corporation (Marktführer bei der Speicherung grosser Datenmengen) ausgesucht.

Es ist zu berücksichtigen, daß der Löwenanteil der Digitalisierungskosten auf reine Arbeitszeit entfällt. So machen Abstriche in der Bildqualität aus Kostengründen keinen Sinn. Es gilt also, die erforderlichen Qualitätsparameter beim Einscannen (Auflösung, Tonwertumfang, Farbtiefe) entsprechend zu wählen. Klar ist auch, daß das Originaldokument aus Gründen der Bestandserhaltung nur einmal digitalisiert wird. Die Verfasser weisen deutlich daraufhin, daß der Vorgang des Scannens viel Erfahrung und interdisziplinäres Wissen voraussetzt, wenn er für Archivierungszwecke eingesetzt werden soll. Nicht zuletzt sei es eine Kommunikationsfrage, wenn Archivare mit Informatikern erfolgreich zusammenarbeiten wollen.

### Digitale Archivierung einer Fotosammlung im Landeskirchlichen Archiv Kassel

Nach der Umschau bei den Kollegen nun zu unserem Projekt in Kassel<sup>9</sup>. Das Digitalisierungsprojekt Fotosammlung „Kirchen der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck“, das im folgenden vorgestellt wird, ist von einer

<sup>5</sup> Stephan Luther, Die Digitalisierung des Nachlasses Carl von Bach - Der Beginn eines Traumes?, in: Archivische Informationssicherung im digitalen Zeitalter. Optisch-elektronische Archivierungssysteme in der Verwaltung und die Konsequenzen für kommunale Archive (Archivhefte Landschaftsverband Rheinland 33), Köln/ Pulheim 1999.

<sup>6</sup> Ausführliche Leistungsbeschreibung zur Digitalisierung und typische Detailprobleme siehe Stephan Luther...

<sup>7</sup> Stefan Aumann, Hans-Heinrich Ebeling, Hans-Reinhard Fricke, Manfred Thaller, Innovative Forschung in Duderstadt - Das digitale Archiv, Duderstadt 1997.

<sup>8</sup> Arno Günzl, Rudolf Gschwind, Was bleibt, ist das Umkopieren: Ein digitales Langzeitarchiv für Fotosammlungen, in: Rundbrief Fotografie (Sonderheft 3) 1998, S.27-30. Die Autoren stellen das Modell eines digitalen Langzeitarchivs für Fotosammlungen vor, das in einem Gemeinschaftsprojekt „Bilderbank Schweiz“ realisiert werden soll (Universität Basel, Datenbank Schweizerischer Kulturgüter Bern, Kodak Lausanne, Digital Equipment Corporation (DEC) Dübendorf). Weitere Informationen über <http://www.bilderbank.ch>.

<sup>9</sup> Berichte zu diesem Projekt im Archivar (53) 2000, S.241-242; in den Rundbriefen des Verbandes kirchlicher Archive Nr. 15 (Juni 2000) S. 15-17 und Nr. 16 (November 2000) S. 4; im Tagungsband Auf der Suche nach archivischen Lösungsstrategien im digitalen Zeitalter, hg. von Ulrich Nieß (Sonderveröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim Nr. 26), Mannheim 2001, S. 31-34 (Abbildungen siehe Tagungs-CD-ROM).



kleinen EDV-Firma<sup>10</sup> ehrenamtlich für das Landeskirchliche Archiv Kassel entwickelt worden. Es handelt sich um ein „low-budget-Projekt“, wie es ein mittelgroßes landeskirchliches Archiv mit einem schmalen Sachmittletat realisieren kann. Wir wollten professionell und effizient handeln, Kompetenz zeigen und trotzdem kostengünstig sein.

Das Projekt ist so offen angelegt, daß zu späteren Zeitpunkten weitere Bestände wie etwa die Sammlung „Bewegliches kirchliches Kunstgut“ (Vasa sacra) oder die Pläne der Bauabteilung digital erfaßt und in die Datenbank integriert werden können<sup>11</sup>.

Das Projekt hat im Januar 2000 begonnen und konnte im September 2000 erfolgreich abgeschlossen werden. Die Datenbank mit inzwischen 11.500 historischen Fotos ist auf einer Speicherplatte im Archiv deponiert und wird den Benutzern zur Verfügung gestellt.

### Bestand

Anfang Januar 2000 hat das Landeskirchliche Archiv kurzfristig aus Gründen der Bestandserhaltung Teile der Fotosammlung der Bauabteilung Landeskirchenamt übernommen. 230 Schwarzweiß-Filme als Negative (mit Datierung), von denen ausgewählte Papierabzüge als Kartei existieren, und die Kontaktabzüge der Filme, die auf Karton aufgeklebt und beschriftet sind, wurden sofort übernommen. Die „Kartei“ besteht aus Schwarzweiß- und einigen Farb-Papierabzügen in verschiedenen Formaten, Postkarten und Zeichnungen, die auf A4-Karton aufgeklebt und beschriftet sind. Die Kartonrückseiten sind größtenteils mit Anmerkungen versehen. Es handelt sich um

1.054 Objekte (Kirchen, Pfarrhäuser und -scheunen, Gemeindehäuser, Kindergärten, Jugendheime) auf 5.500 Karteikarten, die den Bauzustand zwischen den 1930er-Jahren und 1972 dokumentieren. Bei den Kirchen existieren zumeist Außen- und Innenansichten<sup>12</sup>.

### Technische Mittel und Umsetzung

Die Durchführung der Digitalisierung war nur durch ehrenamtlichen Einsatz realisierbar, Zeitaufwand des gesamten Projektes ca. 200 reine Arbeitsstunden. Vom Archiv wurden folgende technische Mittel für das Projekt angeschafft: 20 GB Speicherplatte, Bilddatenbank THUMBS-plus-2000. Nach Abschluß der Digitalisierung wurde ein Farblaserdrucker und ein 21-Zoll-Monitor angeschafft, um die Datenbank angemessen nutzen zu können<sup>13</sup>. Ehrenamtlich für das Projekt zur Verfügung gestellt wurden: ein PC 500 MHz mit 128 MB RAM, mit einer 8 MB Grafikkarte sowie einem CD-Brenner zur Datensicherung auf CD-ROM, daneben ein leistungsfähiger Scanner (mit VV-Scan), und Photoshop 5.0 als Bildbearbeitungs-Software. Eine wesentliche Erkenntnis war, daß ein Viertel der Zeit für das Einscannen und drei Viertel für das Verzeichnen benötigt wurde. Der durchschnittliche Zeitaufwand pro Karteikarte incl. Verzeichnen hat zwei bis drei Minuten betragen.

<sup>10</sup> InterArchiv-Software, Ralf Gerstheimer, Schöne Aussicht 26, 34317 Habichtswald.

<sup>11</sup> Das Nachfolgeprojekt „Digitalisierung Vasa sacra“ beginnt in der zweiten Hälfte 2001. Es ist auf drei Jahre angelegt und hat ein Volumen von 30.000 Scanvorgängen bzw. 45.000,- DM.

<sup>12</sup> Siehe Abbildung 1: Beispiel Karteikarte Dörnberg.

<sup>13</sup> Für Hardware haben wir rund 10.000,- DM ausgegeben.



Der ursprüngliche Ansatz, die Negative zu digitalisieren<sup>14</sup>, wurde wegen der dabei auftretenden Probleme nicht weiter verfolgt: Nur einwandfrei belichtete Negative konnten zügig verarbeitet werden. Unter- oder überbelichtete Negative zu korrigieren stellte sich als sehr zeitaufwendig heraus. Detailvergrößerungen waren nur sehr eingeschränkt möglich, da kein hochauflösender Spezialscanner verfügbar war. Lediglich für einzelne Reproduktionen vom Original mit einem Hochleistungsdurchlichtscanner kann es angebracht sein, diesen Weg zu wählen.

Die zumeist professionell hergestellten Fotoabzüge auf den Karteikarten dagegen boten zur schnellen und qualitativ hochwertigen Weiterverarbeitung alle Vorteile. Die aufgeklebten Objekte wurden komplett als Karteikarte eingescannt.

Das digitale Format ist 30 x 21 cm, Auflösung 300 Punkte/Zoll (dpi) bei 256 Graustufen, woraus eine Dateigröße von ca. 8 MB, JPEG-komprimiert (80%) ca. 1,5 MB, resultiert. Bei den etwa 2% Karteikarten mit farbigen Aufnahmen liegt die Auflösung bei 16 Millionen Farben.

### Datenorganisation

Um die Dateien auch ohne Datenbank gut zuordnen zu können, wird der Dateiname wie folgt aufgebaut:

Signatur\_Ort\_Kirchenkreis\_Datierung.jpg

Beispiel:

164-2\_Dörnberg\_+Wolfhagen\_April-1971.jpg

Selbst bei einem größeren Computer-Crash mit Totalverlust der Datenbank bleibt also die Grundinformation vorhanden, die Bilddateien können weiter genutzt werden.

Als Dateityp wird das komprimierte JPEG-Format (Dateiendung \*.jpg) verwendet. Hier muß ein Kompromiß zwischen ausreichender Kompression und vernünftiger Bildqualität gewählt werden. 80% Kompression reduziert die Dateigröße auf ein Zehntel bis ein Viertel des ursprünglichen Umfangs (Schwarzweiß-Fotos = 8 MB, Farbfotos = 24 MB), ohne eine offensichtliche Qualitätsminderung zu bewirken. JPEG wird von allen handelsüblichen Programmen unterstützt.

### Auswahl der Bilddatenbank

Probeweise wurden etwa 50 Datensätze in das im Landeskirchlichen Archiv verwendete Archiv-Verzeichnungsprogramm eingegeben und mit den entsprechenden Bilddateien verbunden. Die Verknüpfung erwies sich als sehr zäh: der Zugriff erfolgt über das Verzeichnungsformular, die Bilder werden sozusagen „angehängt“. Die Darstellung der Bilder war größtenteils grob und unzureichend. Das Management der Bilddateien bei Recherchen erschien nicht ausgereift.

<sup>14</sup> Einscannen der Negative im digitalen Format 24x36 mm x 1200 dpi x 256 Graustufen. Die Bilder werden zu Positiven invertiert, einer Tonwertangleichung und leichter Bildschärfung unterzogen. Bei maximaler Scannerauflösung resultieren Bilddateien mit einem Format von ca. 10x15 cm bei 300 dpi und 256 Graustufen (Dateigröße ca. 2 MB unkomprimiert, JPEG (80%) - komprimiert ca. 200 KB pro Bild).

Die Verzeichnung der Fotos mit dem Programm THUMBS-plus-2000 erweist sich dagegen als effizient und praktikabel<sup>15</sup>: Der Zugriff auf Daten erfolgt primär über das Bild, die integrierte (ACCESS)-Datenbank speichert Angaben zu Signatur, Film-Nr., Datierung, Angaben zum Objekt, Fotograf, Ort und Kirchenkreis. Die z.T. umfangreichen Anmerkungen auf der Rückseite der Karteikarten können mitverzeichnet werden. Das Programm kann Worte im Dateinamen automatisch als Suchbegriffe in die Datenbank übernehmen, so daß schon ohne Verzeichnung nach Signatur, Ort, Kirchenkreis und Datierung recherchiert werden kann. Die Eingabe läßt sich einfach und flüssig durchführen, für die gesamte Datenbank oder (vorher markierte) einzelne Gruppen können die Datenfelder mit bestimmten Vorgaben (z.B. Ort oder Kirchenkreis) versehen werden. Wichtig für die Benutzung ist zudem, daß Bilder oder Gruppen von Bildern als Übersicht oder Einzelausdruck ausgegeben werden können<sup>16</sup>. Der Preis der Software lag mit etwa 200,-DM relativ niedrig.

THUMBS-plus-2000 ist zur Verwaltung einer Bilddatenbank geeigneter als eine Verzeichnungssoftware. Als ACCESS-Datenbank ermöglicht es einen zukünftigen Export zum Verzeichnungsprogramm.

#### Arbeitsablauf

1. Die Karteikarten wurden mit einer Auflösung von 300 dpi bei 256 Graustufen mit einem leistungsfähigen Scanner digitalisiert und anschließend im TIFF-Format<sup>17</sup> gespeichert. Pro Minute konnten vier bis fünf Karteikarten DIN-A4-Format eingescannt werden<sup>18</sup>.
2. Im Anschluß an die „Scanner-Sitzung“ wurden die eingescannten Bilder in der Software PHOTOSHOP ausgerichtet, in Kontrast und Schärfe leicht verstärkt. Jedes Bild erhielt zudem ein digitales Wasserzeichen. Gewählt wurde das Verfahren der Firma DIGIMARC, die führend auf diesem Gebiet ist. Die Registrierung erfolgte über das Internet. Eine Kennnummer (CreatorID) und das Copyright-Jahr werden unsichtbar als Bildpunkte im Bild kodiert. Anschließend wurden die Dateien komprimiert im JPEG-Format<sup>19</sup> abgespeichert. Alle Nachbearbeitungs-Schritte wurden automatisch und ohne Aufsicht für alle eingescannten Bilder ausgeführt.
3. Die Bilder wurden auf eine (eigens dafür vorgesehene) Festplatte übertragen und dort mit dem Bildverwaltungsprogramm THUMBS-plus-2000 erfaßt. Die Erzeugung von Schlüsselwörtern aus den Dateinamen erfolgte automatisch, eine Recherche war danach sofort möglich. Die Bilder werden in einer Dateiliste als „Thumbnails“ (briefmarkengroße Kopie des Bildes) dargestellt. Der Zugriff erfolgt primär über diese Thumbnails.
4. Durch Anklicken der Thumbnails öffnete sich die vorher definierte Datenbank und nahm die Eingaben zu den jeweiligen Bildern auf.

#### Verzeichnungskriterien

Eine schnelle Recherche kann über alle Verzeichnungskriterien wie auch als Volltextrecherche inklusive der Anmerkungen erfolgen<sup>20</sup>. Die Verknüpfung mehrerer Suchbegriffe ist möglich.

#### - Benutzerdefinierte Felder:

<i>FilmNr.</i>	bezieht sich auf Maurer <sup>21</sup> -Negative (230 Schwarzweiß-Filme)
<i>Objekt</i>	Kirche (Außenaufnahme), Inneneinrichtung (Kirche), Orgel, Altar, Deckenmalerei, Pfarrhaus, Pfarrscheune, Jugendheim, Gemeindehaus, Kindergarten
<i>Aufnahmedatum</i>	bezieht sich auf Maurer-Negative und Angaben auf den Karteikarten
<i>Kirchenkreis</i>	
<i>Fotograf</i>	wenn bekannt
<i>Ort</i>	
<i>Lfd.Nr.</i>	

#### - Datenbank:

<i>Anmerkung</i>	Angaben auf der Rückseite der Karteikarten
------------------	--------------------------------------------

#### Resümee

Ähnlich wie die Duderstädter es getan haben, ist nicht unwichtig zu betonen, daß unser kleines, überschaubares Low-budget-Projekt kein angekündigtes, sondern ein abgeschlossenes, verfügbares und voll funktionsfähiges, wissenschaftlich nutzbares Projekt ist.

Unsere Gebührenordnung wurde erweitert um die Anfertigung von Farblaserdrucken (2,- DM pro Seite) und das Brennen von Fotodateien auf CD-ROM (bis 10 Fotodateien 15,- DM, jede weitere Fotodatei 1,- DM). Es liegen Benutzungshinweise und ein Merkblatt zur Recherche vor.

Die Datenbank wurde bereits im Oktober 2000 Funktionsträgern des Landeskirchenamtes Kassel vorgeführt. Das Digitalisierungsprojekt wird ab Herbst 2001 mit der Digitalisierung des Bestandes „Vasa sacra“ fortgesetzt. Wie nicht zuletzt auch für andere Bestände gilt der regelmäßigen Pflege der digitalen Datenbank unser Augenmerk.

Die Kasseler Erfahrungen könnten auch für andere kleine und mittlere Archive mit begrenzten Finanzmitteln von Interesse sein<sup>22</sup>.

<sup>15</sup> Vgl. auch die Bewertung von THUMBS bei Thomas Gade, Digitales Bildarchiv II, in: Der Fotorestaurator 1/99, S.11-13.

<sup>16</sup> THUMBS-plus-2000 enthält außerdem eine Fülle professioneller Bildbearbeitungsfunktionen, die hier nicht weiter diskutiert werden sollen.

<sup>17</sup> TIFF: Tagged Image File Format. Entwickelt von Aldus 1986 unter Beteiligung anderer Firmen (HP, Microsoft). 45 Tags zur Beschreibung der Eigenschaften wie z.B. Kompressionsalgorithmus, Anzahl Bits per Pixel etc.

<sup>18</sup> Verwendet wurde VV-Scan für Sharp-Scanner.

<sup>19</sup> JPEG: Joint Photographic Experts Group. Spezifikation zur Kompression von Farbbildern.

<sup>20</sup> Siehe Abbildungen 2 und 3: Beispiel Recherche Dörnberg, Bildschirmdarstellung „Benutzerdefinierte Felder“ und „Datenbank Anmerkungen“.

<sup>21</sup> Maurer hat in seiner Funktion als Landeskirchenbaurat zwischen 1968 und 1972 alle kurhessischen Kirchen und kirchlichen Gebäude fotografiert. Er hat die Karteisammlung angelegt und teilweise um frühere Aufnahmen - auch aus der Vorkriegszeit - ergänzt.

<sup>22</sup> Aufgrund des Interesses bei anderen Archiven wurde die digitalisierte Fotosammlung auf der 11. Tagung der norddeutschen evangelischen Kirchenarchive am 6. Juni 2001 in Valbert/ Nordhelle und auf dem Hessischen Archivtag am 27. Juni 2001 in Kassel vorgestellt.

## *BERICHTE UND MITTEILUNGEN*

### **Nachweise zur Zwangsarbeit. Das elektronische Listenverfahren und die Koordinierungsstelle des Nordrhein-Westfälischen Staatsarchivs in Münster**

Viele Archive in Deutschland wurden seit längerem mit der Zwangsarbeiterproblematik konfrontiert, haben durch engagiertes Arbeiten den Antragstellern zum Teil Nachweise erbringen können und die Geschichte der Zwangsarbeit in ihren Archivsprengeln aufgearbeitet. Letzteres verdeutlicht die sprunghaft angestiegene Zahl der Publikationen und die vielfältigen Ausstellungen über Zwangsarbeit, NS-Verfolgung und Deportation.

Jeder Sachbearbeiter, der sich intensiv mit der Materie des Nachweises von ZwangsarbeiterInnen beschäftigt, weiß aber auch von vielfältigen Problemen zu berichten. Zu nennen wären das Fehlen oder der schlechte Erschließungszustand von Quellen, das Fehlen von Finanzmitteln zur schleunigen Aufarbeitung erschließungswürdiger Unterlagen, der Personalmangel in einigen Archiven, die zum Teil mangelhaften Angaben der Antragsteller hinsichtlich ihrer Zwangsarbeit, die datenschutzrechtlichen Beschränkungen im Austausch von Informationen unter den Archiven, das vielerorts bestehende Mißtrauen gegenüber der Arbeit der Partnerorganisationen der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) sowie gegenüber dem Internationalen Suchdienst (ISD) B nicht zuletzt zurückzuführen auf scheinbar fehlende Transparenz dieser Institutionen.

Während die Archive bislang einen beachtlichen Teil von Anfragen privater Antragsteller sowie nachgeordneter Gebietsabteilungen der Ukrainischen Partnerorganisation auf dem konventionellen Weg bearbeiteten, erfolgte parallel bei den Partnerorganisationen der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ die datenelektronische Aufnahme von Anträgen. Inzwischen bearbeitete der Internationale Suchdienst in Bad Arolsen über 250.000 Anträge der polnischen und tschechischen Partnerorganisationen. Angesichts dieser Menge und der Erfahrung, daß der ISD bei weitem nicht alle Antragsteller nachweisen kann, bildete sich in der ersten Jahreshälfte 2001 ein Archivverbund heraus. Dieser besteht aus dem Bundesarchiv, der Stiftung EVZ und dem Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte. Zweck des Archivverbundes war und ist es, die von den Partnerorganisationen datenelektronisch erfaßten Angaben der Antragsteller zusammenzufassen und einem einheitlichen Bearbeitungsverfahren zu unterziehen. Zur gleichen Zeit erhielten, bedingt durch die Kulturhoheit der Länder, in der Regel die Hauptstaats- oder Landeshauptarchive in den Bundesländern den Status von Koordinierungsstellen. Wegen seiner Größe und Bevölkerungsdichte erhielt das Land Nordrhein-Westfalen sogar zwei Koordinierungsstellen, die im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf sowie im Staatsarchiv Münster angesiedelt sind.

Zur Umsetzung der elektronischen Listenbearbeitung wurde im August 2001 in Köln ein Verteilzentrum für das Projekt „Nachweisbeschaffung für ehemalige NS-Zwangsarbeiter/innen“ eingerichtet, das die aus Bad Arolsen überwiesenen Negativbescheide entsprechend der Einsatzorte der ZwangsarbeiterInnen auf die Koordinierungsstellen zuweist. Die Verteilung bzw. Weiterleitung an die Koordinierungsstellen erfolgt nach dem gültigen Postleitzahlensystem des jeweiligen Archivsprengels und läuft über ein elektronisches Zuweisungsprogramm. Faktisch schließt dieses Verfahren nicht aus, daß bei mehrfachem Vorkommen eines Ortsnamens mehrere Koordinierungsstellen mit der Bearbeitung eines Antrags beschäftigt sein können.

Seitdem die Verteilerstelle in Köln Anfang August 2001 ihre Arbeit aufnahm und die Negativbescheide des Internationalen Suchdienstes in Bad Arolsen auf die Koordinierungsstellen der Bundesländer verteilt, ist es den Koordinierungsstellen möglich, auf das elektronische Listenverfahren im Internet zuzugreifen. Durch die Bekanntgabe der Postleitzahlbereiche der Koordinierungsstellen am 28. September 2001 liegen inzwischen größere Mengen der vom Verteilungszentrum Köln seit August zugewiesenen Anträge vor. Die Koordinierungsstelle in Münster hat zur Zeit 500 Anträge zu bearbeiten, die Koordinierungsstelle in Düsseldorf sogar 800. Da in den folgenden Monaten mit einem kontinuierlichen Zuwachs an Antragstellern zu rechnen ist, soll im folgenden der Ablauf des elektronischen Listenverfahrens erläutert werden.

Die Partnerorganisationen der Stiftung EVZ nehmen die schriftlich oder mündlich vorgebrachten Anträge der ehemaligen Zwangsarbeiter datenelektronisch auf und versenden die Informationen an den Internationalen Suchdienst in Bad Arolsen. Da man dort mandatsmäßig nach Namen, Vornamen und Geburtsdaten recherchiert und nicht, wie im Archivwesen üblich, in Beständen sucht, war die ursprüngliche Datenaufnahme voll auf die Bedürfnisse des ISD zugeschnitten. In der Regel wurden nur die Namen, Vornamen und Geburtsdaten der Antragsteller erfaßt, während die Nennung der Arbeitsorte anfangs fehlte. Erst als sich herausstellte, daß der ISD bei weitem nicht die vollständige Nachweisführung erbringen konnte, wurden die Archive und andere Behörden mit ihren Quellen in das gesamte Nachweissystem eingebunden. Um deren Quellen, die nach Beständen geordnet sind, zu nutzen, mußte die Qualität der Datenaufnahme bei den Partnerorganisationen modifiziert werden. Bis zu einer Arbeitsbesprechung des Archivverbundes und der Koordinierungsstellen am 2. August 2001 waren in Bad Arolsen 250.000 Anfragen vorrangig polnischer und tschechischer Partnerorganisationen bearbeitet worden. Ca. 80.000 Fälle konnte der ISD positiv bescheiden. Von den verbleibenden 170.000 Anträgen gingen von dort 60.000 an die Partnerorganisationen zurück, um weitere Informationen zu den Personen hinzuzufügen. 110.000 Fälle gelangten zur Verteilung nach Köln, wo man inzwischen einen beachtlichen Teil ebenfalls wegen mangelhafter Angaben an die Partnerorganisationen zurückgeschickt hat.

Seit dem 1. Oktober 2001 verfügen die beiden Koordinierungsstellen in NRW über einen vollständigen Zugriff auf die Datensätze ihres Archivsprengels, deren Quantität sich durch die täglichen Verteilungsarbeiten in Köln stetig erhöht. Nach Abschluß der eigenen Recherchearbeiten sind die Koordinierungsstellen angehalten, die Negativfälle dorthin gelangen zu lassen, wo ein positives Ergebnis zu erwarten wäre. Aufgrund der besseren Orts- und Quellenkenntnis führen sie die Weiterverteilung durch. Diese geschieht entweder auf dem Postweg oder durch Weiterleitung der Datensätze bei der elektronischen Listenbearbeitung.

Die beiden NRW Koordinierungsstellen sind bestrebt, möglichst viele Archive u. a. Einrichtungen am elektronischen Listenverfahren zu beteiligen. Somit wird eine dezentrale Lösung bevorzugt, insoweit die technischen Voraussetzungen dies ermöglichen. Die Vorteile des Verfahrens liegen auf der Hand: Die Teilnahme am elektronischen Listenverfahren ist kostenlos, als Mindestvoraussetzung gilt ein normaler Internet-Zugang, der Datentransfer läuft schneller und portofrei, Verstöße gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen liegen nicht vor (jeder Teilnehmer bearbeitet nur eine Teilmenge der Gesamtanträge, wobei hohe Sicherheitsstandards gewährt sind), die Systembetreuung und Beratung ist kostenfrei, die Rechercheergebnisse können durch die Partnerorganisationen sofort abgerufen werden, die Zuweisung an weitere Archive läuft schneller ab, zeitaufwendige Schreibarbeiten werden vermieden und es können für die Bearbeitung vor Ort jederzeit Listen aller oder einzelner Personen ausgedruckt werden.

Für Rückfragen steht Ihnen gern die Koordinierungsstelle in Sachen Zwangsarbeit beim Nordrhein-Westfälischen Staatsarchiv Münster zur Verfügung:

Nordrhein-Westfälischen Staatsarchiv Münster  
Bohlweg 2  
48147 Münster  
Tel. 0251/4885 138

Jens Heckl

## Besuch ostwestfälischer Archivare beim ISD in Bad Arolsen

15 Archivarinnen und Archivare aus Ostwestfalen-Lippe besuchten am 6. August 2001 den Internationalen Suchdienst (ISD) in Arolsen und wurden dort von Pressesprecher Udo Jost und weiteren Mitarbeiter(inne)n durch die verschiedenen Abteilungen geführt, die auf mehrere Gebäude in der waldeckischen Residenzstadt verteilt sind. Ziel des Besuches war es, sich genauer über die Arbeit des ISD zu informieren und einen Überblick darüber zu gewinnen, wie die neue Welle von Anfragen aus Mittel- und Osteuropa im Rahmen der Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern von den 440 Beschäftigten des ISD bearbeitet wird.

Als Kern der Aufgabe der Einrichtung und deren Auftrag durch das Internationale Komitee des Roten Kreuzes bezeichnete Jost das „Sammeln, Ordnen, Aufbewahren und Auswerten“ von namensbezogenen Daten. Diese vier Aufgaben sind durchaus archivarischer Tätigkeit verwandt - dennoch zeigte sich, dass zwischen der Arbeitsweise von Archivar(inne)n und dem ISD deutliche

Unterschiede bestehen. Diese haben ihre Ursache sicherlich in dem ursprünglichen Auftrag des ISD, die Namen von vermissten Angehörigen der Staaten der Vereinten Nationen zu sammeln. Auch wenn die Erteilung von Auskünften auf Suchanfragen heute nur noch rund 3% der Arbeit des ISD ausmacht - bei rund 250.000 Anfragen im Jahr sind das immerhin 7.500 Fälle - steht der namensbezogene Zugriff im Mittelpunkt der Tätigkeit.

Die Zentrale Namenskartei (ZNK) betrachtet der ISD daher als Herzstück der Überlieferung, die auf rund 47 Mio. Karten die Namen und den Verfolgungsweg von rund 17 Mio. Menschen enthält. Die Kartei ist nach einer alphabetisch-phonetischen Ordnung gegliedert, durch die es möglich wird, die unterschiedlichen Schreibweisen von Namen - allein beim Namen Schwarz gibt es über 150 Varianten - zu berücksichtigen. Die ZNK ist mittlerweile durch ein Scanner-Verfahren elektronisch erfasst, so dass die Beantwortung von Anfragen heute zügiger möglich ist als in der Vergangenheit. Suchfunktionen ermöglichen es, auch bei stark verschriebenen Personen- und Ortsnamen zu positiven Rechercheergebnissen zu kommen. So konnte beispielsweise der Ortsname Moglibag als Mönchengladbach entschlüsselt werden.

**Internationaler  
Suchdienst**  
Bad Arolsen



Jost berichtete, dass im Rahmen der Entschädigung von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern im Jahr 2001 rund 250.000 Anfragen aus Polen und der Tschechischen Republik im Listenverfahren bei ISD eingegangen seien. Davon konnten rund ein Drittel - 80.000 - positiv beantwortet werden. Rund 60.000 Anfragen wurden an die Partnerorganisationen zurückgereicht, da sie keine Ortsangaben erhalten. Die übrigen 110.000 Anfragen werden über die zentrale Verteilerstelle in Köln und die Clearingstellen der Länder an die Kommunal- und Unternehmensarchive zur Recherche weitergeleitet. Das angewandte Listenverfahren hat zweifellos den Vorteil, dass eine große Zahl von Anfragen rasch und zügig durch den ISD beantwortet werden kann. Auch in vielen Kommunalarchiven dürfte eine große Zahl von Anfragen auf Grund der Dichte der Überlieferung in Meldekarteien oder Akten beantwortet werden können.

Eine weitere auch für die Kommunalarchive und die lokalgeschichtliche Forschung interessante Überlieferung befindet sich in dem Bestand „Kriegs- und Nachkriegsdokumente“, in dem die vom ISD und seinen Vorgängern am Ende des 2. Weltkriegs und in den ersten Monaten nach Kriegsende gesammelten Dokumente über die aus ihren Heimatländern verschleppten Personen enthalten sind. Dazu gehören auch die Listen, die von den kommunalen Behörden auf Weisung der Alliierten in den Jahren 1945 und 1946 angefertigt werden mussten. Dieser Bestand, der dem Augenschein nach mindestens 400 Meter umfasst, ist mittlerweile entsäuert und verfilmt, so

dass von einer auch nach archivischen Gesichtspunkten zweckmäßigen Verfahrensweise gesprochen werden kann.

Ein zweiter, unter historischen Gesichtspunkten ähnlich hochrangig einzuschätzender, Bestand sind die Überlieferungen aus Konzentrations- und Arbeitserziehungslagern. Dabei handelt es sich sowohl um Originale als auch um Kopien, die von ISD im Rahmen seiner Auskunftsstätigkeit gesammelt worden sind. Diese Sammlungstätigkeit wird auch heute noch vom ISD fortgesetzt, der auf diese Weise seine ZNK ständig erweitern will.

Bedauert wurde von den Archivarinnen und Archivaren, dass der ISD nicht mit der gleichen Offenheit gegenüber Archiven operiert wie diese gegenüber dem ISD. Bitten an den ISD, in dessen Beständen für Anfragen an die Kommunalarchive und für lokale Untersuchungen zu recherchieren, werden immer noch abgewiesen. Sicherlich könnte hier eine größere Offenheit des ISD gegenüber den lokalen Archiven einerseits helfen, deren Überlieferung zu ergänzen und andererseits dazu beitragen, direkt bei den Kommunalarchiven eingehende Anfragen einfacher und noch zügiger zu beantworten.

Eckhard Möller

### **Ausstellung „... und nach Hause, in die Ukraine, kam ich 1950 ...“ des Arbeitskreises Märkischer Archive über den Einsatz von Ost- und Zwangsarbeitern sowie Kriegsgefangenen in der heimischen Industrie und Landwirtschaft.**

Vom 18. Mai 2001 bis 27. Januar 2002 im Sonderausstellungsraum des Deutschen Drahtmuseums

Öffnungszeiten: dienstags bis freitags von 9.30 bis 17 Uhr, samstags und sonntags von 11 bis 18 Uhr; auf Anfrage auch Führungen für Gruppen, Kontakt: Tel.: 02351 /966-6153 Email: Ulrich Biroth.

Ab 1942 wurden in heimischen Betrieben und in der Landwirtschaft, neben den Kriegsgefangenen, verstärkt ausländische Arbeitskräfte eingesetzt, um den durch den Krieg bedingten Mangel an deutschen Arbeitern auszugleichen und zudem die gestiegenen Anforderungen an Arbeitspersonal decken zu können. Die überwiegende Mehrheit dieser Arbeitskräfte setzte sich aus zwangsrekrutierten Menschen aus den besetzten Ostgebieten (Polen und Rußland) zusammen. Insgesamt dürfte die Zahl dieser Arbeiter für den Bereich des Märkischen Kreises zwischen 15 000 und 20 000 liegen. Die Zahl der Kriegsgefangenen ist dabei nicht berücksichtigt,

da sie nicht genau angegeben werden kann. Unter der Federführung des Kreisarchivs bereitete die Arbeitsgemeinschaft der Archive des Märkischen Kreises die Ausstellung zum obigen Thema vor. Dargestellt werden anhand von Originalquellen u.a. die Situation und die Behandlung der Zwangsarbeiter. Der Themenbogen spannt sich vom Beginn des 2. Weltkrieges, dem daraus folgenden Arbeitermangel in der deutschen Industrie und Landwirtschaft, der zunächst auf freiwilliger Basis erfolgten Anwerbung ausländischer Arbeiter, der beginnenden Zwangsrekrutierungen, der unterschiedlichen Stellung, Behandlung und Versorgung von Ost- und Westarbeitern und Kriegsgefangenen, der Einstellung der einheimischen Bevölkerung zu den Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, der Befreiung durch die Westalliierten, sowie der Ausschreitungen nach Ende des Krieges durch die Zwangsrekrutierten, das Problem und die Rückführung der „Displaced Persons“, bis hin zu einem Ausblick in die Gegenwart. Hier soll vor allem das Problem der Anfragen ehemaliger Zwangsarbeiter, die einen Nachweis des Arbeitseinsatzes in Deutschland benötigen, sowie die von der Politik aufgebrachte Entschädigungsdiskussion Berücksichtigung finden. Neben einem sachthematischen Inventar, in dem alle in den Archiven erhaltenen Quellen aufgeführt werden, wird auch ein Katalog herausgegeben.

Zudem ist eine Aufstellung aller sich im Bereich des Märkischen Kreises ehemals vorhandener Lager mit Anzahl der Insassen geplant. Auch wird an einer generellen namentlichen Auflistung aller eingesetzten Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen gearbeitet. Diese Datei, die die Beantwortung der gerade im Wege der Entschädigungsdiskussion verstärkt gestellten Anfragen ehemaliger Zwangsarbeiter erleichtert, wird zentral im Kreisarchiv des Märkischen Kreises in Altena geführt und um-



v.l.: Gabriele Aschöwer, Dr. Rolf Dieter Kohl, Ulrich Biroth (halb verdeckt), Martina Wittkopp-Beine, Dieter Saal, Ira Zezulak-Hölzer, Martin Witscher, Monika Biroth

faßt alle aus den beteiligten Kommunalarchiven gelieferten Daten. Zur Zeit sind rund 14 000 Namen erfaßt. Der Arbeitskreis Märkischer Archivare, dem neben dem Kreisarchiv die Archive der Städte und Gemeinden Lüdenscheid, Iserlohn, Altena, Menden, Meinerzhagen, Plettenberg und Hemer angehören, bereitete die Ausstellung gemeinsam vor, wobei die relevanten Archivalien von den Kommunalarchiven vor Ort ausgewertet wurden. Dabei wird natürlich auch die Überlieferung der nicht hauptamtlich betreuten Kommunen sowie der im Kreisarchiv deponierten Bestände kreisangehöriger Städte und Gemeinden berücksichtigt. Sichtung und Endauswahl der Exponate, sowie die Realisierung des Ausstellungs-konzeptes erfolgten in einem kleinen Arbeitskreis unter Federführung des Kreisarchivs. Der Katalog „Dokumentation zur Geschichte der Zwangsarbeit im Märkischen Kreis“ steht auch als Download (pdf-Datei) zur Verfügung. (<http://www.maerkischer-kreis.de/zwangsarbeit/index1.html>) Er umfasst 200 Seiten und enthält zahlreiche Bild- und Textdokumente.

## Westfälisches Literaturarchiv – ein neues Archiv für Westfalen-Lippe

Am 3. September übergab der Präsident der NRW-Stiftung, Herbert Neseke, dem Kulturdezernenten des LWL, Professor Dr. Teppe, den Nachlaß des Westfälischen Dichters Ernst Meister (1911-1979). Mit dieser symbolischen Handlung wurde das

### Westfälisches Literaturarchiv im Westfälischen Archivamt

der Öffentlichkeit vorgestellt.

Bereits Anfang dieses Jahres hatten die verantwortlichen Ausschüsse der Landschaftsversammlung die Begrün-

dung dieser neuen archivischen Einrichtung für den Landesteil Westfalen-Lippe beschlossen, seitdem fanden die Vorbereitungen für den Aufbau des Archivs aber auch schon erste Bestandsübernahmen statt.

Ausgangspunkt für die Überlegungen, die schließlich zur Bildung des Westfälischen Literaturarchivs im Westfälischen Archivamt führten, war die Feststellung, dass literarische Nachlässe im kulturellen Bewusstsein unserer Zeit eine immer größere Bedeutung gewinnen, weil sich mit und in ihnen häufig erst der Hintergrund literarischer Werke vor dem persönlichen Erleben der Autoren erschließt. Die Zeugnisse zur Privat- und Arbeitssphäre können deshalb Informationen vermitteln, die sonst für die Forschung unerreichbar wären.

Während es auf überregionaler Ebene eine Reihe von Institutionen gibt, die sich solcher Nachlässe annehmen - zu nennen ist nur beispielhaft das Deutsche Literaturarchiv in Marbach -, gab es für den Kulturraum Westfalen bisher keine vergleichbare Einrichtung. Der LWL hat sich daher dieser Aufgabe angenommen und mit dem Aufbau des Westfälischen Literaturarchivs seine Bemühungen um die Förderung der Literatur in unserem Landesteil intensiviert.

Das Literaturarchiv aufzubauen und zu führen wurde zwei Institutionen des LWL übertragen: der Literaturkommission für Westfalen einerseits, die bereits seit ihrer Gründung im Jahre 1998 das literarische Geschehen der Vergangenheit, besonders aber der Gegenwart erforscht und unterstützend begleitet. Sie soll zur Arbeit des Literaturarchivs ihre intensive Kenntnis der Literaturszene in Westfalen einbringen und ihre vielfältigen Kontakte zu westfälischen Autoren als Basis für den Aufbau des Archivs nutzen. Zweiter Partner ist das Westfälische Archivamt, die Dienststelle des LWL, die die nicht-staatlichen Archive in Westfalen-Lippe seit Jahrzehnten unterstützt und über langjährige Erfahrungen bei der

Übernahme und Erschließung von privaten Archiven - seien es ganze Familienarchive, seien es die Nachlässe von einzelnen Persönlichkeiten - verfügt. Das Westfälische Archivamt wird vor allem das archivspezifische Fachwissen zur Verfügung stellen, in seinem neuen Archiv zweckgerechte Verwahrung und Erschließung der literarischen Bestände sorgen und die Nutzung der Bestände ermöglichen.

Mit dem Westfälischen Literaturarchiv bietet der LWL nunmehr Schriftstellern und Schriftstellerinnen aus Westfalen-Lippe an, ihre Arbeitsunterlagen auf Dauer gesichert und geordnet verwahren zu lassen. Dies heißt nicht zwingend, dass mit der Übergabe der Papiere an



Während der Ernst-Meister-Ausstellung (v.l.): Dieter Wurm, Vorsitzender der Landschaftsversammlung; Herbert Neseke, Landesdirektor i.R., Präsident der NRW-Stiftung; Wilm Brepohl, Ltd. Landesverwaltungsdirektor; Frau Mona Wehling, NRW-Stiftung

Foto: Stephan Sagurna, Landesbildstelle Westfalen

das Archiv auch gleichzeitig eine Aufgabe des Eigentums an den Materialien verbunden ist. Vielmehr dürfte in den meisten Fällen die Möglichkeit der Deponierung gewählt werden, was bedeutet, dass die Nachlasser bzw. ihre Erben Eigentümer des Materials bleiben, das Archiv aber soweit das Verfügungsrecht erhält, um die erforderlichen Erschließungs- und Konservierungsarbeiten durchführen zu können. In dem Depositatvertrag ist dann auch geregelt, wer zu welchem Zeitpunkt die Papiere einsehen kann, denn Ziel jeder Archivierung muß die Nutzung der Nachlässe durch interessierte Dritte sein.

In allen Fällen wird mit den Nachlassern auch zu prüfen sein, ob eine Übernahme der Papiere in das Westfälische Literaturarchiv wirklich die sinnvollste Lösung darstellt. Viele Schriftsteller besitzen ein so engen Bezug zu einem Ort oder einer bestimmten Region, dass ihre Nachlassmaterialien nicht zwingend nach Münster übernommen werden, sondern dort verbleiben sollten, wo sie erwachsen sind. In diesem Fall kann es naheliegen, gemeinsam mit den Archivaren „vor Ort“ nach einer regionalen Unterbringung zu suchen, vorausgesetzt, auch dort ist eine entsprechende Sicherung und Nutzung der Bestände möglich. Dazu bieten die Archivare des Westfälischen Archivamtes den örtlichen Archiven ihre Unterstützung an, wie es auch sonst im Rahmen der nichtstaatlichen Archivpflege üblich ist.

Der 90. Geburtstag des unter anderem mit dem Georg-Büchner-Preis ausgezeichneten Hagener Autors Ernst Meister bot jetzt die willkommene Gelegenheit, das neue Westfälische Literaturarchiv im Westfälischen Archivamt der Öffentlichkeit in einer zweitägigen Veranstaltungsreihe vorzustellen. Am Sonntag, 2.9.2001, fand nachmittags im Benutzerraum des Westfälischen Archivamtes eine erste Präsentation von Werken Meisters statt, die abends durch eine musikalische und textliche „Annäherung“ ergänzt wurde. Am Montag wurden dann im Rahmen eines Ernst-Meister-Workshops Ton- und Bilddokumente, u. a. ein WDR-Film zu Ernst Meister, Tonzeugnisse aus seinem Nachlaß und eine neue von der Literaturkommission für Westfalen herausgegebene CD „Fern liegt Eleusis. Ernst Meister liest aus eigenen Gedichten“ vorgestellt.

Im Rahmen der offiziellen Übergabe des Nachlasses begrüßte der Vorsitzende der Landschaftsversammlung, Dieter Wurm, die Gäste und den Sohn Ernst Meisters. Landesrat Professor Dr. Teppe erläuterte das Westfälische Literaturarchiv in seiner kulturpolitischen Bedeutung und Dr. Beate Laudenberg interpretierte mit dem „Drossellied“ beispielhaft das Verhältnis von Natur und Kunst in der Lyrik Meisters. Ergänzt wurde die Veranstaltung durch eine Ausstellung zu Leben und Schaffen Ernst Meisters und eine Foto-Präsentation von Stephan Sagurna, Münster, zu einzelnen Gedichten Meisters. Über die gesamte Veranstaltung wird im nächsten Heft von „Archivpflege“ noch ausführlicher berichtet.

Besonders erfreulich ist die erste Resonanz auf die Begründung des westfälischen Literaturarchivs: die Vorankündigungen, Presseberichte und die Einladung zum Eröffnungswochenende haben dazu geführt, dass sich mehrere andere Schriftstellerinnen und Schriftsteller bzw. deren Erben spontan entschlossen haben, ihre Unterlagen dem Westfälischen Archivamt zu treuen Händen zu übergeben.

Kie

## Tag der Archive in Flandern

Unabhängig vom Verband deutscher Archivarinnen und Archivare veranstalteten die Archive und Museen in Flandern am 19./20.5.2001 gemeinsam ein Wochenende des historischen Erbes (Erfgoedweekend). Während am Sonntag die Museen eine längere Tradition fortsetzten, öffneten die Archive am Samstag erstmals ihre Pforten zu einem Tag der offenen Tür. Ziel war es, den Archivarsberuf und die archivische Überlieferung einem breiten Publikum bekannt zu machen.

Insgesamt nahmen 51 flämische Archive teil, und der Erfolg gab den Bemühungen Recht. Allein das Provinzialarchiv Westflandern (Belgien), das von 10.00 bis 18.00 Uhr Führungen und eine Zimelien-Ausstellung anbot, zählte 370 Besucher. Die meisten unter ihnen betraten erstmals ein Archiv und zeigten sich über dessen Inhalt überrascht.

Aufgrund der großen Resonanz wird es auch im kommenden Jahr einen Tag der Archive geben, und man rechnet am Provinzialarchiv Westflandern damit, dass sich weitere Archive daran beteiligen werden.

Ts

## Fortbildungsveranstaltungen der Archivschule Marburg

Im April 2002 beginnt das neue Fortbildungsangebot der Archivschule Marburg, welches auch diesmal wieder Kurse zur Aktualisierung von Fachkompetenzen, zur Schwerpunktsetzung bei innovativen Kenntnissen und Grundkurse für die Einstiegsqualifikation für Archivarinnen und Archivare, die ohne Fachqualifikation in Archiven tätig sind, beinhaltet. Besonders hervorzuheben sind die Kurse „Archivische Erschließung im internationalen Verbund“, „Rechtsfragen im Archivalltag“ und „Archivierung digitaler Unterlagen“. Die Kurse werden von erfahrenen Archivarinnen und Archivaren geleitet, die über gründliche fachliche, methodische und didaktische Kenntnisse verfügen. Das Programm der Fortbildungsveranstaltungen kann direkt bei der Archivschule angefordert werden: Frau Christa Kieselbach, Archivschule Marburg, Bismarckstraße 32, 35037 Marburg, Telefon: 06421/1697112, Telefax 06421/1697110, e-mail: kieselba@mail.uni-marburg.de.

## Besuch der Arbeitsgruppe „Archivierung von Unterlagen aus digitalen Systemen“ im Bundesarchiv am 28.8.2001

Am 28.8.2001 besuchte ein Teil der Arbeitsgruppe „Archivierung von Unterlagen aus digitalen Systemen“ des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe das Bundesarchiv in Koblenz, um sich über deren praktische Erfahrungen im Umgang mit digitalen Unterlagen vor Ort zu informieren. Teilnehmer waren: Manfred Dirkes vom Hauptamt, Ref. Verwaltungsorganisation, Thomas Illerhues vom IT-Zentrum/ Anwendungsbetreuung und vom Archivamt Hans-Jürgen Höötman, Dr. Brigitta Nimz M.A. und Katharina Tiemann. Unsere Informationsziele waren:

- methodische Überlegungen bei der Übernahme und Archivierung von Unterlagen aus digitalen Systemen,
- Einsicht in die im Bundesarchiv praktizierten Verfahren,
- Records Management vor dem Hintergrund digitaler Systeme,
- archivische Anforderungen für Aussonderungsschnittstellen.

Im Bundesarchiv wurden wir von Dr. Wettengel, Frau Martin-Weber und Herrn Rathje empfangen. Zunächst sprach Herr Dr. Wettengel über die IT-gestützte Vorgangsbearbeitung in der Bundesregierung. Er stellte die Pilotprojekte DOMEA, PARO und die POLIKOM-Projekte vor. Das Projekt DOMEA ist ein System zur Aktenführung, Archivierung und Aussonderung. Formuliert wurden im Ergebnis auch Konzeptanforderungen, die in dem Projekt PARO der Evaluierung von Produkten zur IT-gestützten Vorgangsbearbeitung dienen. Produkte, die diesen Konzeptanforderungen genügen, erhalten ein Domea-Zertifikat (Rahmenvertrag). Die POLIKOM-Projekte (FAVORIT, DOMEA, DORIS) erproben die Möglichkeiten der Telekooperation und Telekommunikation in der Vorgangsbearbeitung. Das System FAVORIT, welches beim Bundesverwaltungsamt entwickelt worden ist, ist workfloworientiert und steuert das Einzugsverfahren für das BAFöG. Zeitlich gesehen wurde es vor DOMEA konzipiert. FAVORIT eignet sich vor allem für strukturierte Prozesse. Dr. Wettengel betonte, dass dieses System in dem Funktionsrahmen, für den es konzipiert wurde (BAFöG-Verfahren), durchaus zuverlässig funktioniert, Probleme könnten allerdings bei dem Transfer des Systems auf andere Anwendungsbereiche auftreten. Bei der Aussonderung der elektronischen Daten bestehen besondere Modalitäten. Das System DOMEA® ist sehr komplex und vorwiegend für den Gebrauch in der staatlichen Verwaltung konzipiert. Eine Anpassung an die Belange kommunaler Verwaltungen erscheint jedoch durchaus möglich. Das System DORIS, welches beim Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) eingesetzt wird, ist DMS-basiert, aber vor allem ein System zur elektronischen Ablage und Recherche. Neu hinzugekommen ist der Aspekt des E-Mail-Verkehrs.

Frau Martin-Weber sprach über die methodischen Überlegungen bei der Übernahme und Archivierung von Unterlagen aus digitalen Systemen. Das Bundesarchiv praktiziert das Verfahren der Migration. Bisher wurden vor allem Daten aus Datenbankanwendungen übernommen. Ein Problem könnte künftig die Archivierung von IT-Fachanwendungen sein, denn hier gibt es kaum Exportmöglichkeiten. Die digitalen Unterlagen werden als ASCII-Flatfiles (Texte) oder als TIF-Format (Bilder) übernommen und auf CD-ROM und DAT-Bändern gesichert, die in regelmäßigen Abständen umkopiert werden. Bei dem Format ASCII-CSV handelt es sich um einen ASCII-Code mit Trennzeichen, so dass rein optisch eine gewisse Gliederung vorhanden ist. Eine Einbettung in XML böte den Vorteil, Texte (ASCII) und Bilder (TIFF) verbinden zu können. Hier müssen allerdings noch weitere Überlegungen angestellt werden. Das Zielformat für Metadaten ist derzeit ASCII, künftig vermutlich XML. Hier sollen die Entwicklungen und Erfahrungen mit Erschließungsdaten im Internet per EAD, mit einer Schnittstelle zu XML, verfolgt werden. Diese Erfahrungen können der elektronischen Archivie-

rung vielleicht zugute kommen. Digitale Signaturen werden nicht archiviert, bei der Übergabe der elektronischen Daten wird die Rechtsverbindlichkeit der Daten festgestellt und dokumentiert, anschließend bürgt das Archiv für die Unveränderlichkeit der Daten. Als Gründe führte Frau Martin-Weber auf, dass Migrationen und Konvertierungen bei digitalen Signaturen nicht möglich sind, da diese bereits eine Veränderung der Daten darstellen würden. Außerdem seien die digitalen Signaturen nur fünf Jahre gültig. Für das Archiv bedeutet die Frage der digitalen Signaturen auch, sich dafür einzusetzen, dass keine Verwaltungsvorschriften festgelegt werden, die die Führung der digitalen Signatur auch nach der Aussonderung der Daten vorschreiben.

Zu den elektronischen Unterlagen werden „Findbücher“ angelegt, die Informationen zu einer speziellen DV-Anwendung, wie z. B. Art und Inhalt der Daten, Datenstrukturen und Codes enthalten. Frau Martin-Weber betonte, dass der Begriff „Findbuch“ an dieser Stelle eigentlich unpassend ist, da es die Zusammenfassung der Titelaufnahmen abgeschlossener Bestände assoziieren ließe, was in diesem Zusammenhang aber keineswegs der Fall sei. Die Form des Findbuches sei an dieser Stelle auch unpraktisch, weil die Daten fortgeschrieben werden müssen. Angebracht ist der Begriff „Dossier“. Sie enthalten einen kurzen Abriss der Geschichte des Bestandsbildners, Aussagen zur Dateigeschichte (Bestandsgeschichte), zur Datenstruktur und den Datensatzstrukturen, den Verknüpfungen, möglichen Abfragen, Sortiermöglichkeiten, Eingabemasken und die Codelisten.

Bei Anfragen erhalten die Benutzer diese Dossiers zu den elektronischen Daten. Die Benutzung von elektronischen Daten erfordert einen hohen Betreuungsaufwand. Die Besuche müssen gut vorbereitet sein, so kommt man z. B. nicht umhin, dass sich Archiv und Benutzer im Vorfeld über die Ausgabeformate verständigen. Dann können die Daten im Archiv oder besser im Rechenzentrum an der Universität probeweise eingesehen werden, anschließend werden diese auf CD kopiert und dem Benutzer ausgehändigt. Da die Daten im softwareunabhängigem Format vorliegen, sind spezielle Konvertierungsprogramme für die Benutzung notwendig. Das Bundesarchiv vergibt Werkverträge an einen externen Programmierer, der diese für bestimmte Benutzeranfragen erstellen kann. Frau Martin-Weber wies auch auf die Anonymisierung von elektronischen Daten hin, die personenbezogen sind. Einerseits erfolgt die praktische Anonymisierung, andererseits müssen die Benutzer eine Rückversicherung unterschreiben. Hier wird darauf hingewiesen, dass kein Missbrauch mit den Daten betrieben wird und nur ein begrenzter Nutzerkreis Zugriff auf die Daten hat. Außerdem müssen die Daten nach dem Projekt gelöscht werden. Im Moment wird im Bundesarchiv allerdings mehr Gewicht auf die Sicherung als auf Anstrengungen an der Benutzerschnittstelle gelegt, da z. Zt. wenig Anfragen zu diesen Beständen eingehen.

Dr. Wettengel stellte uns anschließend die von ihm durchgeführte Behördenbetreuung (Records Management) vor dem Hintergrund digitaler Systeme vor. Ein Problem sei, dass im Rahmen der im Bundesarchiv eingeführten Kosten- und Leistungsrechnung das Records Management nur schwer bezifferbar, gleichwohl aber äußerst zeitaufwendig ist. Als Aufgabenbereiche nannte er zum einen die Mitwirkung an der Konzeption von Richtlinien, Standards und Normen in der Schriftgutverwaltung, dazu gehörte

im Bundesarchiv die Neufassung der GGO und die Registraturrichtlinie als Ergänzung der GGO, darin wurde das DOMEA- Aussonderungskonzept festgeschrieben. Desweiteren gehört zum Records Management auch dazu, kurzfristig Dienstleistungen zu erbringen: für die Verwaltung, die Bürger und auch die Hersteller von Dokumentenmanagementsystemen, um sich als kompetenter Gesprächspartner im Archiv zu behaupten und immer am „Ball zu bleiben“. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Bewertung von DMS-Systemen auf Berücksichtigung der DOMEA-Konzeptanforderungen und hinsichtlich der Aussonderungsschnittstellen. Sehr zeitaufwendig, aber notwendig, ist die Mitarbeit in Projekten der Verwaltung, um sich als Ansprechpartner zu etablieren. Um sich in der Verwaltung einen Namen zu machen, müssen auch die Registratortreffen und Arbeitsgemeinschaften genutzt werden. Auf diese Weise gelangt man in die Netzwerke der Verwaltung und kann die Synergieeffekte für die eigene Arbeit nutzen.

Herr Rathje erläuterte uns die technischen Verfahren der Datensicherung und führte uns durch das Haus, wobei er uns die technische Ausstattung des Bundesarchivs und die Aufbewahrung der Datenträger im Magazin vorstellte. Zur physischen Erhaltung der gespeicherten Informationen gehört die Erhaltung der logischen und physischen Lesbarkeit. Herr Rathje demonstrierte uns vor allem die Maßnahmen zur Datensicherheit, z. B. das Anfertigen von Kopien auf archivischen Sicherungsbändern sowie die sichere Aufbewahrung und Pflege dieser Bänder. Im Bundesarchiv werden parallel Kopien auf CD-ROM und DAT-Bändern angefertigt, die in unterschiedlichen Magazinbereichen gelagert werden. Als besondere Pflegemaßnahmen fallen das regelmäßige Umspulen bzw. Umkopieren der Bänder alle zwei Jahre an. Für die Lagerung im Magazin ist ein stabiles Raumklima von etwa 17-20°C, eine relative Luftfeuchtigkeit von etwa 40% sowie Schutz vor Staub und anderen Umwelteinflüssen und eine Erdung der Metallregale vorzusehen. Archivische Speichermedien müssen verbreitet, standardisiert, relativ herstellerrunabhängig, weitestgehend hard- und softwareunabhängig sein, hohe Speicherkapazitäten aufweisen und dabei auch wirtschaftlich sein. Die technische Ausstattung des Bundesarchivs war erfreulicherweise überschaubar. Kern sind mehrere leistungsfähige PC mit verschiedenen, z. T. auch mit nicht mehr gebräuchlichen Laufwerken, die das Lesen, Umkopieren und Migrieren der Daten erst ermöglichen.

Ni

## **Archiv der Arbeitsgemeinschaft der Grundbesitzerverbände e.V. als Depositum in das Archivdepot der Vereinigten Westfälischen Adelsarchive e.V. übernommen**

Im März 2001 kam durch Vermittlung des Vorsitzenden der Vereinigten Westfälischen Adelsarchive e.V., Freiherr von und zu Brenken, ein erster Kontakt zwischen dem Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Grundbesitzerverbände e.V., Wolfgang von Dallwitz, und dem Leiter des Westfälischen Archivamtes und Direktor der Vereinigten Westfälischen Adelsarchive e.V., Dr. Norbert Reimann, zustande. Im Zuge der Wiedervereinigung war die

Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft mit der seit der Gründung der Interessengemeinschaft im Jahre 1946 nahezu noch komplett vorhandenen Registratur von Bonn nach Berlin verlegt worden. Überlegungen, wo die archivwürdigen Teile der Registratur am besten gesichert, erschlossen und zu einem späteren Zeitpunkt auch genutzt werden könnten, ließen eine Übernahme als Depositum in das Archivdepot der Vereinigten Adelsarchive e.V., auch vor dem Hintergrund der engen inhaltlichen Verknüpfung mit den westfälischen Gutsarchiven, wünschenswert erscheinen.

Erklärter Zweck der Arbeitsgemeinschaft der Grundbesitzerverbände e.V., derzeit unter ehrenamtlichem Vorsitz von Michael Prinz zu Salm-Salm, ist die einheitliche Vertretung, Wahrung und Pflege der Gesamtinteressen der in ihm zusammengeschlossenen Grundbesitzerverbände auf Bundesebene. Elf Landesverbände, vier davon in den neuen Bundesländern, die erst mit der Wiedervereinigung neu aufgebaut wurden, nehmen wie schon in der Gründungszeit die Interessen des Eigentums an Grund und Boden innerhalb der Land- und Forstwirtschaft in Deutschland wahr und vertreten heute die Interessen von ca. 50.000 Menschen.

Die Bewertung der Registratur des Bundesverbandes fand im Juli 2001 statt. Die Vermutung, rein vor dem Hintergrund des erklärten Verbandszieles, archivwürdige Unterlagen vorzufinden, bestätigte sich. Rund 15 lfd. m Akten sowie ergänzendes Bibliotheksgut wurden auf der Grundlage eines Depositumvertrages für eine Übernahme von Berlin nach Münster vorbereitet. Im Zuge der Übernahme wurde der Bestand grob erschlossen. Besondere inhaltliche Schwerpunkte bilden die Bodenreform 1945 ff., die Eigentumsfrage nach der Wiedervereinigung 1990 ff. sowie die inhaltliche Einflussnahme auf Gesetzesvorhaben in Form von Stellungnahmen, Beauftragung von Gutachten etc. Darüber hinaus geben die Quellen Aufschluss über die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen sowie weitere Betätigungsfelder der Arbeitsgemeinschaft wie etwa die besondere Förderung des Nachwuchses durch jährlich stattfindende Seminare. Charakteristisch für den Bestand ist die Fülle des zusammengetragenen Materials als Basis für die Einflussnahme in unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Lebens.

Seit Mitte August befindet sich der Bestand im Archivdepot der Vereinigten Westfälischen Adelsarchive e.V.. Die Benutzung der Archivalien für wissenschaftliche Zwecke ist nach Ablauf der üblichen Sperrfristen auf Antrag möglich. Dieser ist an den Direktor der Vereinigten Westfälischen Adelsarchive zu richten.

Tie

## **„Entdeckungen“ – dezentrale Archivpflege bei Unternehmen im Bezirk der Industrie- und Handelskammer zu Arnsberg**

Das 150-jährige Bestehen der Industrie- und Handelskammer für das südöstliche Westfalen zu Arnsberg im Jahr 2001 war der Anlass, eine systematische Erfassung der firmenhistorischen Überlieferung in der Region vorzunehmen. Dazu griff das Westfälische Wirtschaftsarchiv (WWA) auf das bewährte Konzept der dezentralen Archi-

vpflege zurück, d. h. auf den Nachweis und die Betreuung der historischen Unterlagen vor Ort in den Unternehmen. Vergleichbare Aktionen hatte das WWA bereits in den Jahren 1993 bis 1996 für die Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld durchgeführt; die Ergebnisse wurden jeweils in einem Katalog und einer Wanderausstellung vorgestellt.<sup>1</sup>

### Die Auswahl der Unternehmen

Der Bezirk der IHK zu Arnsberg umfasst den Kreis Soest und den Hochsauerlandkreis. Obwohl zahlreiche auch international agierende und bekannte Firmen ihren Unternehmenssitz in dieser Region haben, stand die einheimische Wirtschaft lange im Schatten des Ruhrgebiets. Dies schien sich auch auf die Archivlandschaft auszuwirken: Unternehmen aus dem Arnsberger Kammerbezirk fehlen in der 1994 erschienenen Übersicht der deutschen Unternehmensarchive.<sup>2</sup> Es lag daher in der Planungsphase vor Projektbeginn im Sommer 1996 der Schluss nahe, dass nur wenige Firmen überhaupt historisch relevantes Material in nennenswertem Umfang besaßen. Dennoch musste eine Vorauswahl der Unternehmen stattfinden, deren Unterlagen systematisch dokumentiert werden sollten. Basis waren die Unternehmen, die 1996 in der Vollversammlung vertreten waren bzw. deren Gründungsdatum vor 1900 lag. In der Vollversammlungsperiode 1994 bis 1997 waren insgesamt 65 Unternehmen vertreten. Vor 1900 gegründet waren von den 1996 im Kammerbezirk bestehenden und im Handelsregister eingetragenen 6402 Firmen immerhin 308, also erstaunliche 4,8%. Die Gesamtzahl der angeschriebenen Unternehmen betrug demnach 373. Mit wenigen Fragen sollte erfasst werden, ob historische - d. h. mindestens dreißig Jahre alte - Unterlagen (wie Schriftwechsel, Geschäftsbücher, Kataloge oder Fotosammlungen) in den Unternehmen vorhanden waren. Ziemlich genau ein Viertel der befragten Unternehmen gab eine positive Antwort; einige Firmen antworteten auch, wenn keine Archivalien (mehr) vorhanden waren. Als Gründe dafür wurden u. a. die Übernahme bzw. Gründung des Unternehmens vor verhältnismäßig kurzer Zeit, Verlust durch Brand, Einbruch oder Kriegseinwirkungen genannt.

Weitere Kontakte zu Firmen der Region ergaben sich aus der täglichen Arbeit im Westfälischen Wirtschaftsarchiv: durch die Übernahme des Altbestandes eines Unternehmens, die Hilfe bei der Ordnung des Firmenarchivs oder der Erstellung einer Jubiläumsschrift. Auch zwei Beiträge in der Zeitschrift der IHK zu Arnsberg über die Tätigkeit des WWA sprachen Firmen, die im Besitz historischer Dokumente sind, gezielt an. Schließlich waren es rd. 120 Unternehmen, die in den folgenden Jahren - bei Bedarf auch mehrfach - besucht wurden, mehr als zwei Drittel von ihnen (85) besitzen eine relevante Menge an Archivmaterial, das im Band „Entdeckungen“ (s. u.) vorgestellt wird.

### Ergebnisse der Bereisungen

Die Hauptaufgabe des Projekts lag im Nachweis der firmenhistorischen Unterlagen in aktiven Unternehmen des Kammerbezirks. Zwei weitere Aspekte waren in diesem Zusammenhang jedoch ebenfalls von Bedeutung: zum einen die Sensibilisierung für eine kontinuierliche Betreuung der firmengeschichtlichen Dokumentation, zum anderen die Hilfestellung bei der Sichtung und Ordnung des Aktenmaterials in den Unternehmen selbst. Diese Gesichts-

punkte sind auch für Unternehmen wichtig, die jetzt erst mit dem Aufbau einer firmenhistorischen Sammlung beginnen und über den archivischen Ansatz informiert sein möchten.

Nachdem die Umfrage im Herbst 1996 abgeschlossen war, begann das WWA die Bereisung der Unternehmen, um die Archivalien zu sichten und zu dokumentieren. Der Nachweis über die Unterlagen erfolgte entweder an Ort und Stelle oder durch eine kurzzeitige Ausleihe an das Wirtschaftsarchiv. Für etwa ein Drittel der besuchten Unternehmen liegen nun in Dortmund Findlisten vor. Eine Übernahme in das Wirtschaftsarchiv oder in das zuständige Stadtarchiv wurde in der Regel nicht bezweckt. Ziel war und ist die Sicherung der Unterlagen vor Ort. Allerdings wurde das WWA mitunter um Vermittlung gebeten, wenn eine dauerhafte Aufbewahrung in den Unternehmen nicht gesichert war. Hier wurde zunächst Kontakt zum jeweiligen Stadtarchiv aufgenommen. Zum Beispiel wurden im Fall der in Konkurs gegangenen Sauerländischen Papierfabrik in Arnsberg die Unterlagen in Absprache mit Stadtarchiv als Firmenbestand F 164 ins WWA übernommen.

Die meisten besuchten Unternehmensarchive bzw. die vorgefundenen unternehmensgeschichtlichen Sammlungen sind nicht erschlossen; nur in wenigen Fällen waren Findmittel vorhanden,<sup>3</sup> diese sind aber der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Das gilt erst recht für die Dokumente selbst. Eine externe Nutzung firmenhistorischer Unterlagen aus den bereisten Unternehmen hat daher bislang nur in Ausnahmefällen stattgefunden; sie setzt eine zumindest ansatzweise erfolgte Erschließung voraus.<sup>4</sup> Ohnehin können wir in den Unternehmen nur in wenigen Fällen von einem „Archiv“ im klassischen Sinne sprechen, das seine Kernaufgaben - Erfassen, Bewerten, Erschließen, Aufbewahren und Zugänglichmachen<sup>5</sup> - wahrnimmt. Vielmehr handelt es sich um „firmenhistorische Sammlungen“, die in der Regel nicht erschlossen sind und verschiedenartige Einzelstücke aus unterschiedlichen Zeitabschnitten und Abteilungen beinhalten. Zuweilen werden diese schriftlichen Quellen zusammen mit dreidimensionalem Sammlungsgut - wie Produkten, Verpackungen, Maschinen, Gemälden - aufbewahrt und betreut. Auch befinden sich z. B. ältere Fotos oft nicht im Archiv, sondern in repräsentativen oder der Öffentlichkeit zugänglichen Räumen.

<sup>1</sup> Entdeckungen. Dokumente aus firmengeschichtlichen Sammlungen in Ostwestfalen, hg. von der Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld und der Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Dortmund 1994; Entdeckungen. Dokumente aus firmengeschichtlichen Sammlungen in den Kreisen Paderborn und Höxter, hg. von der Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld und der Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Dortmund 1996.

<sup>2</sup> Deutsche Wirtschaftsarchive. Nachweis historischer Quellen in Unternehmen, Körperschaften des Öffentlichen Rechts (Kammern) und Verbänden der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1. 3. Auflage, Stuttgart 1994.

<sup>3</sup> Diese Aktenverzeichnisse wurden ins WWA übernommen und können dort eingesehen werden.

<sup>4</sup> Beispiele: Walter Fritzsche/Jutta Heutger-Berost: Stromversorgung im Sauerland 1891-1935. Ein Beitrag zur Wirtschafts- u. Technikgeschichte, Arnsberg 1991 (Firmen- und Familienarchiv Gabriel, Eslohe) und Clemens Wischermann: Zur Industrialisierung des deutschen Braugewerbes im 19. Jahrhundert. Das Beispiel der Reichsgräflich zu Stolberg'schen Brauerei Westheim, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, 1985, Heft 3, S. 143-180 (Firmen- und Familienarchiv v. Twickel/Gräfl. zu Stolberg'sche Brauerei, Marsberg-Westheim).

<sup>5</sup> Vgl. Angelika Menne-Haritz: Schlüsselbegriffe der Archivterminologie, Marburg 1992, S. 37ff; vgl. auch: Wilfried Reininghaus: Archivpflege in der Wirtschaft. Ein Bericht über aktuelle westfälische Entwicklungen, in: Der Archivar, 48. Jg., 1995, H. 2, Sp. 259-268, hier Sp. 261f.

Eine Nutzung der Unterlagen findet vor allem für interne Zwecke statt, so für die Erstellung von Jubiläumsschriften, Imagebroschüren oder Mitarbeitersammlungen. Die Vernichtung der Archivalien nach Anfertigung einer Firmenfestschrift war glücklicherweise die Ausnahme. Zuweilen ging mit dem Verfassen einer Festschrift auch die Aufarbeitung der Unterlagen einher; eine Erschließung der kleineren Sammlungen gilt dagegen oft nicht als notwendig, da Unternehmensinhaber oder langjährige Mitarbeiter, die diese Sammlungen betreuen, das Material und seine Geschichte meist sehr genau kennen. In Unternehmen, die sich schon seit Generationen im Familienbesitz befinden, geht mit der Verbindung zu den Familienarchiven auch noch eine stärkere Identifikation mit den Unterlagen einher, was ihren Fortbestand begünstigt. In größeren Unternehmen ist das Archiv häufig der Marketing- oder PR-Abteilung angegliedert. Hier sind v. a. die Fotosammlungen meist auch im Ansatz erschlossen.



In anderen Unternehmen bestand erhöhter Gesprächsbedarf. Firmenhistorisch relevantes Material wurde hier oft nur mit Urkunden, Verträgen oder Geschäftsbriefen aus den Gründerjahren des Betriebs gleichgesetzt, die aber - wenn überhaupt - nur in geringem Umfang vorhanden waren. Mehrfach wurden in diesem Zusammenhang Zweifel geäußert, ob das vorliegende Material für das WWA überhaupt von Belang sei: Dies betraf z. B. familiengeschichtliche Unterlagen oder Bauakten - also Archivalien, die den Blick auf ein Unternehmen erweitern und abrunden können. Zuweilen wurde von den Ansprechpartnern auch Aktenmaterial, z. B. aus der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, als „zu neu“ bezeichnet, gleichwohl wie auch die Wertung als „zu alt“ und daher für „nicht von Interesse“ geäußert wurde. Hier galt es zu zeigen, dass Firmengeschichte nicht nur aus Bilanzen oder Geschäftsbüchern besteht, sondern sich auch in Zeugnissen, Bauakten oder Familienfotos niederschlagen kann.

Der Umfang der vorgefundenen Archivalien variiert von einem gefüllten Aktenordner bis hin zu ca. 10 lfd. Regalmetern. Angereichert wird dieses Archivgut insbesondere durch Bildmaterial sowie dreidimensionales Sammlungsgut. Ob und welches Material noch vorhanden ist, hängt von verschiedenen Faktoren ab; Betriebsverlagerungen, kriegsbedingte Verluste oder schlichtweg jahrelanges Desinteresse sind nur einige Gründe, warum die historische Überlieferung in den meisten Fällen sehr lückenhaft ist. Gerade in kleineren Familienunternehmen fehlt es auch an Unterlagen der Geschäftsführebene, da hier z. T. bis in die Gegenwart Verträge und Abmachungen mündlich geschlossen werden. Auffallend war die oftmals dezentrale Lagerung der Unterlagen. Meist steht kein separater Archivraum mit geeigneten Aufbewahrungsbedingungen zur Verfügung, die Unterlagen sind auf verschiedene Büros oder Registraturräume verteilt. Feuchte Keller oder Dachböden bildeten allerdings die Ausnahme. Akuter Handlungsbedarf bestand nur in wenigen Fällen; durch das Umpacken und Verzeichnen im Westfälischen Wirtschaftsarchiv wurde den Unternehmen eine wichtige Hilfe geboten, die Dokumente zukünftig sicher und bestandserhaltend zu verwahren.

„Entdeckt“ im Archiv der Westfälischen Landes-Eisenbahn (WLE), Lippstadt, 2001: Einer von mehreren Schränken mit Sortierfächern zum „Postmeistern“ von Aktenbänden. Der größte Teil des Archivs ist bereits erschlossen und wird im Stadtarchiv Lippstadt aufbewahrt.

Bisweilen besteht auch bereits eine Kooperation der Unternehmen mit dem jeweiligen Stadtarchiv bzw. in einem Fall auch mit dem Westfälischen Archivamt in Münster. Bemerkenswert ist hier z. B. die Aufbereitung des Altbestandes der Westfälischen Landes-Eisenbahn (WLE) in Lippstadt durch einen ehemaligen Mitarbeiter; nach der Erschließung bei der WLE übernimmt das Stadtarchiv Lippstadt die Aktenbände.

### **Firmenchronik und Abbildung als Quellen der Wirtschaftsgeschichte**

Die Bereisungen sind nun abgeschlossen, die Arbeit für die Unternehmen des Kammerbezirks noch nicht. In Fragen der Archivpflege wird das WWA weiterhin Ansprechpartner bleiben, denn die Gespräche haben gezeigt, dass ein hoher Bedarf an Beratung besteht hinsichtlich der Aufbewahrung und Bewertung der Unterlagen, aber auch der Erstellung von Firmenfestschriften anlässlich bevorstehender Jubiläen. Auch für das Projekt „Entdeckungen“ war eine Beschäftigung mit der eigenen Firmengeschichte erwünscht. Da es sich - mit Ausnahme der Koenig'schen Stiftung - ausschließlich um noch bestehende Unternehmen handelt, galt einer aktuellen, d. h. bis in die Gegenwart ergänzten Chronik, ein besonderes Augenmerk. Die Grundlage für die hier abgedruckten Firmenchroniken bildete in den meisten Fällen eine bereits vorhandene Übersicht zur Firmengeschichte oder eine Festschrift, die in der Regel aber schon einige Jahre alt war. Wichtig war daher die Rücksprache mit den Unternehmen, die die chronologischen Aufstellungen ergänzten. Oft genug war dies der Anlass, die Chronik bis in die Gegenwart fortzuführen. Natürlich lässt sich Unternehmensgeschichte in keinem Fall auf wenige Daten reduzieren - ausführlichere Angaben waren grundsätzlich erwünscht und bieten nun im WWA in Dortmund die Basis für eine umfassende wirtschaftshistorische Dokumentation der Region südöstliches Westfalen.

Ebenso wichtig war die Auswahl der Abbildungen. Dabei war das erste Kriterium natürlich, dass sich das Unternehmen selbst mit der Abbildung identifizieren konnte. Den-

noch sollte es sich möglichst nicht, wie gern vorgeschlagen, um eine „aktuelle Luftaufnahme“ handeln. Vielmehr soll die Vielfalt der in den Unternehmen vorhandenen Unterlagen gezeigt werden, z. B. durch die Abbildung eines Notizbuchs oder ein Briefkopierbuchs, einer Bilanz, eines Grundbuchauszug, einer Rechnung, einer Firmenansicht oder eines Briefkopfes, eines Musterbuchs oder eines Fotos.

Auch wenn es sich nur um kurze Unternehmensporträts und exemplarische Abbildungen handelt - es lässt sich einiges für die Wirtschaftsgeschichte des südöstlichen Westfalen herauslesen: Dies gilt beispielsweise für die Produktionsumstellung aufgrund von ..., die enge Einbindung der Unternehmer in ihr soziales Umfeld oder auch die Tatsache, dass die Globalisierung auch am südöstlichen Westfalen nicht vorbeigeht: Unternehmen aus dem Arnsberger Kammerbezirk gründen Tochtergesellschaften und Produktionsstätten im Ausland; sie werden aber auch in international agierende Konzerne eingebunden.

Es kann dabei nicht übersehen werden, dass diese Archivalien aus Papier bald einen noch höheren Seltenheitswert besitzen werden. Nicht nur die Erstellung, Speicherung und Archivierung von Texten und Daten durch die EDV ist für Unternehmens- wie Wirtschaftsarchive ein

Problem. Zahlreiche Unternehmen beschreiten heute zudem neue Wege der Kommunikation - sei es intern, indem digitalisierte Informationen deutschland- oder gar weltweit per Intranet zur Verfügung gestellt werden (z. B. bei der Firma Hella in Lippstadt), sei es extern, indem immer mehr Firmen im Internet vertreten sind und dort auch die eigene Geschichte präsentieren. Damit wird für die Archive das Problem der Sicherung von digitalen Quellen immer wichtiger. Bei dieser Erfassungsaktion, die im Wesentlichen die Zeit vor 1965 betraf, waren kaum elektronische Quellen vorhanden. Doch in wenigen Jahren wird sich auch die dezentrale Archivpflege mit diesem Problem auseinandersetzen müssen. Bedarf nach Hilfestellung ist in den Unternehmen vorhanden, und es ist eine Zukunftsaufgabe für die Wirtschaftsarchive, sich diesen Herausforderungen zu stellen.

Der Band „Entdeckungen - Dokumente aus firmengeschichtlichen Sammlungen im südöstlichen Westfalen“ hat 192 Seiten und 88, meist farbige Abbildungen. Er kann über das Westfälische Wirtschaftsarchiv, Märkische Straße 120, 44141 Dortmund, zum Preis von 19,80 DM bezogen werden.

Tanja Bessler-Worbs / Klaus Pradler, Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund

## AUS DEN ARCHIVEN IN WESTFALEN-LIPPE

### Dülmen, Stadtarchiv

Der Archivleiter Archivassessor Dr. Friedrich-Wilhelm Hermann wurde zum städtischen Archivrat z. A. ernannt. (28.8.2001).

### Kierspe, Stadtarchiv

Seit Juli 2001 wird das Stadtarchiv Kierspe von dem Meinerzhagener Stadtarchivar Martin Witscher M. A. mitbetreut. Der Heimatverein Kierspe sah sich nicht mehr in der Lage, das bei ihm als Depositum hinterlegte Archiv zu verwalten und fortzuentwickeln. Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit konnte ein Dienstleistungsvertrag zwischen den beiden Städten geschlossen werden, der eine Betreuung beider Archive ermöglicht.

### Anschrift Stadtarchiv Kierspe:

Altes Amtshaus A  
Friedrich-Ebert-Str. 380  
58566 Kierspe  
Tel.: 02359/3322

### Öffnungszeiten

Donnerstag: 13.30 Uhr - 18.00 Uhr  
Freitag: 8.00 Uhr - 13.00 Uhr

### Anschrift Stadtarchiv Meinerzhagen:

An der Stadthalle 1  
58540 Meinerzhagen  
Tel.: 02354/77142

### Öffnungszeiten

Montag - Mittwoch: 8.00 Uhr - 12.00 Uhr und 14.00 Uhr - 16.30 Uhr  
Donnerstag: 8.00 Uhr - 12.00 Uhr

### Lippstadt, Stadtarchiv

Der Rat der Stadt Lippstadt hat Frau Dr. Claudia Becker, zur Zeit Referentin am Hauptstaatsarchiv Hannover, zur Nachfolgerin von Dr. Hartwig Walberg berufen, der seit 1993 Dozent an der Fachhochschule in Potsdam ist. Frau Dr. Becker übernimmt mit der Leitung des Stadtarchivs gleichzeitig die des Museums. Sie tritt ihre Stelle voraussichtlich am 1. Januar 2002 an.

Ein besonderer Dank gilt Herrn Jürgen Dresch, der seit dem Weggang von Dr. Walberg Stadtarchiv und Stadtmuseum kommissarisch geleitet und die Kontinuität der archivischen Arbeit gewährleistet hat.

### Minden, Kommunalarchiv

Dr. Monika Schulte, Leiterin des Kommunalarchivs Minden, ist mit Wirkung vom 1. August 2001 zur Städtischen Archivrätin z. A. ernannt worden.

Hans Eberhard Brandhorst, stellvertretender Leiter des Kommunalarchivs Minden, ist am 31. August 2001 in den Ruhestand getreten.

## *HINWEISE AUF NEUE BÜCHER*

**Zwangsarbeit in Deutschland 1939-1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, hrsg. von Wilfried Reinighaus und Norbert Reimann. Bielefeld / Gütersloh: Verlag für Regionalgeschichte 2001, 288 S., 20 Abb., 38 DM / 19,-**

„Archiv- und Sammlungsgut zur Zwangsarbeit in Deutschland 1939 bis 1945 – Topographie und Erschließungsstrategien“ lautete das Thema einer internationalen Tagung, welche das Staatsarchiv Münster und das Westfälische Archivamt am 26. und 27. März im Haus der Geschichte des Ruhrgebietes in Bochum veranstalteten. Nun liegt die Publikation der auf dieser Tagung gehaltenen Vorträge vor, die noch um weitere Aufsätze ergänzt wurde. Als Autoren zeichnen ausnahmslos Archivare und Historiker verantwortlich, die ihre zum Teil langjährigen Arbeits- und Forschungsergebnisse in zweckmäßig gestraffter Form vorlegen. Sehr praxisbezogen berichten dabei die durch die gebotene Ausstellung von Quellennachweisen längst in das Entschädigungsverfahren ehemaliger Zwangsarbeiter eingebundenen Archivare verschiedener Sparten von ihren Erfahrungen bei diesbezüglichen Recherche-, Erschließungs- und Auskunftsarbeiten.

Der quellenkundlich orientierte Sammelband vereinigt 29 Beiträge aus den Themenfeldern: Einführung, A. Überlieferung durch die Betroffenen, B. Staats- und Kommunalarchive, C. Kirchliche Archive, D. Ausländische Archivbestände, E. Wirtschaft, F. Außerarchivische Sammlungen. Der Freiburger Historiker Ulrich Herbert, der zugleich seit seiner 1985 erfolgten Publikation „Fremdarbeiter“ als einer der profundesten Kenner der Geschichte der Ausländerbeschäftigung im 19. und 20. Jahrhundert gilt, skizziert einleitend den „Kenntnisstand, offene Fragen und Forschungsprobleme“ zur Zwangsarbeit im „Dritten Reich“. Wilfried Reinighaus gibt einen Überblick zum „Archiv- und Sammlungsgut zur Geschichte der Zwangsarbeit“, Klaus Oldenhage über die Nachweismöglichkeiten beim Internationalen Suchdienst (ISD) in Bad Arolsen und den Archiven in Deutschland. Charles Claude Biedermann vom ISD geht auf den Dokumentenbestand seiner Einrichtung unter der Prämisse: „Chancen und Grenzen einer Auswertung für die Betroffenen“ ein. Katharina Hoffmann, Karl Reddemann und Anette Hennigs schildern in ihren Aufsätzen B gestützt auf Interviews bzw. Anfragen B die Überlieferung aus der Sicht der Betroffenen.

Neun Aufsätze beschäftigen sich mit den in den Staats- und Kommunalarchiven vorhandenen Quellen: Sie geben Einblick in die relevante Überlieferung in ihren Häusern (Hermann Niebuhr, Staatsarchiv Detmold und Günther Högl, Stadtarchiv Dortmund) oder untersuchen einzelne Quellengattungen und ihren Quellenwert (Bernd Kasten, Kriegsschädenakten, Bernhard Bremberger, Standesamtsunterlagen, Günther Siedbürger, Meldebücher, Jens Heckl, Polizeigefangenenbücher, Kathrin Pilger, Entnazifizierungsakten, Uwe Kaminsky, Staatsanwaltschaftliche Ermittlungsakten). Elisabeth Timm berichtet über die langjährigen Erfahrungen

mit der Erschließung und Auswertung von Ausländer-Meldekarteien in einer Datenbank im Stadtarchiv Reutlingen. Michael Häusler und Ulrich Helbach bieten in ihren Beiträgen einen Überblick über die Quellen in den Archiven der Evangelischen Kirche und ihrer Diakonie bzw. der Katholischen Kirche. Länderübergreifend für Recherche und Forschung bedeutsame ausländische Archivbestände stellen Albert Oosthoek mit dem Informationsbüro des niederländischen Roten Kreuzes, Barbara Stelz-Marx mit der Sammlung von Memorial in Moskau und Joachim Schröder mit dem Archiv des belgischen Kriegsopferministeriums (Service des Victimes de la Guerre; sowie über die Verteilung der für die ehemalige Britische Zone relevanten Bestände: Ines Oberling) vor. Anton Eggendorfer und Wolfgang Weber berichten aus dem Niederösterreichischem bzw. Vorarlberger Landesarchiv über Quellenlage und dem Österreichischen Versöhnungsfonds. Die disparate Quellenlage für die Displaced Persons, die sich v. a. aus ausländischen ehemaligen Fremdarbeitern rekrutierten, skizziert Stefan Schröder. Jutta Hanitsch bietet einen Abriss über die Überlieferung in den Baden-Württembergischen Wirtschaftsarchiven, der von den Berichten Klaus Müllers über die Situation im Sächsischen Staatsarchiv Chemnitz und Evelyn Krokors. Über den Steinkohlebergbau flankiert wird. Den Abschluss bildet ein Aufsatz von Cord Pagenstecher, der sich mit Fotografien als Dokumentationsgegenstand und dem Versuch einer Typologie einer besonderen Quellengattung zuwendet.

Ob

**Die Erschließung im Archiv- und Bibliothekswesen unter besonderer Berücksichtigung elektronischer Informationsträger: ein Vergleich im Interesse der Professionalisierung und Harmonisierung. Von Brigitta Nimz. Münster: Westfälisches Archivamt, 2001 (Texte und Untersuchungen zur Archivpflege; 14); DM 38,- / 19,-**

Bei dieser Publikation handelt es sich um eine archivwissenschaftliche Dissertation, die sich dem zentralen Thema der „Erschließung“ vor allem in Archiven und Bibliotheken widmet. Sie ist in folgende Abschnitte gliedert: Die Informationsgesellschaft, Theoretische Grundlagen, die Erschließung und die Recherchehilfsmittel in Archiven und Bibliotheken und Professionalisierung und Harmonisierung. Ein besonderer Schwerpunkt wurde auf den aktuellen Themenbereich des Einsatzes moderner Informationstechnologien in Archiven und Bibliotheken gelegt. Ein sachthematischer Index und eine umfangreiche Bibliographie runden den Band ab.

In dem Kapitel „Informationsgesellschaft“ werden vorrangig die Auswirkungen der Informationsgesellschaft auf die Archive und Bibliotheken untersucht. Deutlich wird der Spagat zwischen den Maximalforderungen der Politik an die Informationsvermittlung - die nicht frei sind von Utopismen - den Benutzerinteressen: „Information

auf Knopfdruck“ und den finanziellen, personellen und materiellen Möglichkeiten der Archive und Bibliotheken.

In den „Theoretischen Grundlagen“ sollen terminologische Abgrenzungen zwischen der Archiv- und Bibliothekswissenschaft getroffen werden und Definitionsangebote für die zentralen Begriffe „Archivwissenschaft“, „Archiv“ und „Archivgut“ sowie „Bibliothekswissenschaft“, „Bibliothek“ und „Bibliotheksgut“ unterbreitet werden.

Das Kapitel: „Die Erschließung und die Recherchehilfsmittel in Archiven“ widmet sich der archivischen Erschließung, die als ein Heranführen an die im Archivgut enthaltenen Informationen verstanden wird. Erläutert wird die Erschließung in den drei genetischen Phasen des Archivwesens und anhand fünf verschiedener Erschließungsstufen mit den dabei entstehenden Recherchehilfsmitteln.

Das Kapitel: „Die Erschließung und die Recherchehilfsmittel in Bibliotheken“ zeigt die starke Normierung der bibliothekarischen Erschließung. Dargestellt werden die Grundprinzipien der bibliothekarischen Formal- und Sacherschließung, um dann die Felder der Kooperation und Koordination im Bibliotheksbereich anhand ausgewählter regionaler und überregionaler Projekte darzustellen.

Das Kapitel: „Professionalisierung und Harmonisierung“ enthält eine zusammenfassende Darstellung der Betrachtungen über das Beziehungsgeflecht zwischen den Informationswissenschaften anhand der zentralen Kategorien „Addition, Integration und Separation“. Den Abschluss bilden Betrachtungen zu integrativen Konzepten in der archivischen, bibliothekarischen und dokumentarischen Ausbildung.

**„Fast sämtliche Kinder sind jetzt weg.“ Quellen und Zeitzeugenberichte zur Kinderlandverschickung aus Rheine 1941-1945. Von Thomas Gießmann und Rudolf Marciniak, Waxmann Verlag, Münster 2001, 180 S., brosch., mit 54 Abb., 29,80 DM (Aus Vergangenheit und Gegenwart. Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Rheine und ihrer Umgebung. Hrsg.: Stadt Rheine - Stadtarchiv, Bd. 4)**

Der Publikationstitel mit einem Zitat aus einer Chronik des Rheiner Gymnasiallehrers Hermann Rosenstengel veranschaulicht bereits in erschreckender Form die Auswirkungen der notwendigen Evakuierung von Schulkindern aus luftkriegsgefährdeten Städten. Umso mehr erstaunt es, dass sich die Forschung bislang mit diesem Phänomen nicht intensiver auseinandergesetzt hat. Relativiert wird diese Feststellung allerdings durch die offensichtlich schwierige Quellensituation, die auch erklärt, weshalb das Thema selbst in Ortschroniken jüngeren Datums trotz der gravierenden Auswirkungen auf das öffentliche Leben weitestgehend ausgespart bleibt. Und so ist auch die vorliegende Arbeit aus einer Recherche über Umfang und Ablauf der Kinderlandverschickung aus Schulen in Rheine und der daraus gewonnenen Erkenntnis erwachsen, dass ohne eine Erweiterung der Quellengrundlage keine fundierte Aufarbeitung dieser differenzierten Materie möglich ist.

Aus dieser Situation heraus haben sich nach Aufrufen in den lokalen Zeitungen weit über fünfzig

ehemalige Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Kinderlandverschickung gemeldet und Fotos, Briefe, Lagerbücher sowie ihre Erinnerungen als Zeitzeugen zur Verfügung gestellt. Das reichhaltige Material ist selektiv in die Publikation eingeflossen und bildet gewissermaßen deren Grundstock. Einer knapp zwanzigseitigen Einleitung über die Grundlagen und die Durchführung der Kinderlandverschickung sowohl im Allgemeinen als auch speziell in Rheine folgen in Form eines Lesebuches die Quellentexte. Diese sind aufgegliedert nach den einzelnen Schulen und setzen grundsätzlich mit dem amtlich überlieferten Quellenmaterial ein, das insbesondere Auszüge aus Schulchroniken, aber auch den offiziellen Zeitgeist widerspiegelnde Zeitungsartikel beinhaltet - nur bei einer von insgesamt zwölf Schulen konnte ein aufschlussreicher Aktenband mit dem Titel „Kinderlandverschickung“ ermittelt und hinzugezogen werden. Im Anschluß an diese offiziellen Darstellungen werden unmittelbar die zugehörigen o.a. Zeitzeugenmaterialien dokumentiert. Dabei werden die Quellentexte jeweils nur sehr sparsam eingeleitet oder kommentiert. Die zurückhaltende Bearbeitung ist den Ausführungen in der Einleitung zufolge bewußt gewählt worden, weil die Texte weitgehend aus sich selbst sprechen sollen und bei dieser Intention die Interpretation dem Leser überlassen bleibt. Gelungen ist in dieser Hinsicht die Durchmischung von unmittelbar authentischen Quellen wie den Briefen und Lagerbüchern einerseits und den nachträglichen Schilderungen der Zeitzeugen andererseits. Gerade in diesen Zeitzeugenberichten entfaltet sich ein breit gefächertes Detailreichtum, der ein lebendiges Bild der damaligen Verhältnisse nachzeichnet. Allerdings drängt sich der Eindruck auf, dass angesichts der Subjektivität der Erinnerungen und der doch recht umfassenden Zielgruppe der Publikation, die sich von der heutigen Schülergeneration bis zum wissenschaftlichen Fachpublikum erstreckt, ein weiterführender quellenkritischer Diskurs durchaus angebracht gewesen wäre. Nicht immer wird die Subjektivität so augenscheinlich wie in den aufeinanderfolgenden Zeitzeugenberichten zweier Jungen der evangelischen Diesterwegschule, die zur gleichen Zeit in ein KLV-Lager in Schaippach verschickt wurden, und in denen die durch den ersten Bericht vermittelte äußerst positive Grundstimmung mit der auszugsweisen Feststellung „Religionsunterricht gab es bei uns nicht, aber wer wollte, konnte sonntags in die Kirche gehen.“ relativiert wird durch den kritischer gehaltenen zweiten Bericht und die korrespondierende Schilderung „Religionsunterricht wurde nicht erteilt und auf die Kirchgänger wurde immer Druck ausgeübt. Wie zur Strafe waren bei ihrer Rückkehr von der Messe ihre Spinde völlig ausgeräumt und alle Sachen im Zimmer verstreut.[...] Natürlich sollten damit die Jungen vom weiteren Kirchgang abgehalten werden.“ (S. 122 f.).

Insgesamt überliefern die Dokumente in ihrer Gesamtheit ein anschauliches Bild zu den unterschiedlichen Aspekten der Kinderlandverschickung, die von den organisatorischen Strukturen bis zu den Empfindungen und Eindrücken der Schüler während dieser einschneidenden Maßnahme reichen. Zurecht betont Thomas Gießmann in der Einleitung, dass die Texte nicht nur von allgemeinem historischen Interesse sind, sondern darüber hinaus auch für psychologische, pädagogische oder soziologische Fragestellungen aussagekräftig sind. Und damit ist auch der Wirkungskreis des Lesebuches umrissen: Es bietet weitaus mehr als einen Beitrag zur Schulgeschichte von Rheine und/oder der Darstellung

eines stadthistorisch interessanten Ausschnitts aus der NS-Zeit. Vielmehr sprengt es den lokalen Raum und bildet einen informativen Baustein bei der Aufarbeitung eines weiteren, bislang wenig beachteten Kapitels des Nationalsozialismus.

Im Rahmen der archivischen Diskussion um den Stellenwert der sogenannten nichtamtlichen Überlieferung belegt die Arbeit in eindrucksvoller Weise, wie eminent wichtig und zugleich ertragreich eine Ergänzungsdokumentation im überschaubaren und gerade deshalb sich durch Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement auszeichnenden kommunalen Bereich sein kann. Es ist zu hoffen, dass sich weitere betroffene Archive dem Vorbild von Rheine und Hagen (auch hier liegt eine auf einem Zeitzeugenaufbau basierende Dokumentation vor) anschließen und sich um eine Erweiterung ihrer Quellengrundlagen bemühen solange sich hierzu noch die Gelegenheit bietet. Im Stadtarchiv Rheine sind alle gesammelten Zeitzeugenberichte sowie die Reproduktionen der sonstigen kurzfristig überlassenen Unterlagen zu einer Dokumentation zusammengefügt und stehen interessierten Personen zur Verfügung. Zu bedauern ist bei dieser Sammlung lediglich, daß die Gespräche mit den Zeitzeugen nicht auf Tonband mitgeschnitten wurden, sondern lediglich in nachträglich protokollierter Form vorliegen. Aber diese Unterlassung, die sich bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Zeitzeugenberichten nachteilig bemerkbar machen kann, schmälert nicht die Qualität der Publikation, bei der nicht zuletzt auch die Auswahl der Abbildungen hervorzuheben ist, deren Auswahl und Eingliederung in den Text als sehr gelungen zu bezeichnen ist. Ein Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein Index der Orts- und Personennamen runden schließlich den durchweg positiven Gesamteindruck der Publikation ab.

Hö

**Mühlen im Münsterland. Der Einsatz von Wasser- und Windmühlen im Oberstift Münster vom Ausgang des Mittelalters bis zur Säkularisation (1803). Von Peter Theißen. Münster: Waxmann-Verlag 2001. 604 S. mit zahlreichen Abb., Tab. und Karten. 68,-DM (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen XXII A Geschichtliche Arbeiten zur westfälischen Landesforschung. Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Gruppe, Band 13). (Beiträge zur Volkskunde in Nordwestdeutschland, Band 101).**

Mühlen sind in der Erinnerung eines kollektiven Gedächtnisses ein Synonym für Romantik und für verklungene bessere Zeiten geworden. Dementsprechend ist auch die Literatur zu Mühlen äußerst zahlreich. Es gibt wohl kaum eine der traditionellen Dorf- und Ortsgeschichtsschreibungen, die nicht die Chance, die heimische Mühlengeschichte zu beschreiben, ausließ. Dabei wird jedoch oft die Rolle, welche diese Zerkleinerungsmaschinen in der Wirtschaft der vor- und protoindustriellen Zeiträume gespielt hat, kaum behandelt. Die vorliegende münsteraner Dissertation Peter Theißens schließt hier eine Lücke. Behandelt wird die Funktion und die wirtschaftliche Kapazität der Mühlen im Oberstift Münster in den Landesgrenzen von 1803, wobei dankenswerterweise die Herrschaftsenklaven Anholt, Gemen und Burgsteinfurt mit behandelt werden. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 16. Jahrhundert bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts.

Mit einer bemerkenswerten Energie und großer Begeisterungsfähigkeit für sein Thema hat der Autor über 270 Archivbestände und etwa 3.000 Karten und Situationspläne ausgewertet. Das Ergebnis ist eine wohl erschöpfende Darstellung der Mühlen im Oberstift. Es sind dies die Gruppen der Wasser- und Windmühlen für die Getreideverarbeitung, die Wasser- und Windmühlen zur Ölherstellung, die Wasser- und Windmühlen zum Walken von Wolltüchern, die Wasser- und Windmühlen zum Bocken pflanzlicher Stoffe, die Gerberlohe- und die Papiermühlen. Zwar ist diese Dissertation im Volkskundlichen Seminar entstanden, doch die Ergebnisse bereichern in erster Linie die Technik- und Handwerksgeschichte. Die jahrelange Recherchentätigkeit des Autors brachte überraschende Ergebnisse. Es gelang, einen bisher vergessenen Bautyp der Wassermühle, die Hengemühle, für die Forschung wieder zu entdecken. Die großen Vorzüge dieser Arbeit liegen in den Detailanalysen. Man findet Fragen auf Antworten, wie weit mußte oder konnte das Einzugsgebiet einer Getreidemühle sein, um wirtschaftlich zu arbeiten? Wie war die Produktionsabhängigkeit zwischen Spinnern und Webern, um eine Walkemühle rentabel zu machen? Warum überhaupt ist das Münsterland nicht wie das benachbarte Holland ein Windmühlenland - sondern ein Wassermühlenland? Zahlreiche technische Zeichnungen und Tabellen ergänzen dieses äußerst informative Werk, welches aus technikgeschichtlichen Gründen nicht nur den Kommunalarchiven des Münsterlandes, sondern auch denen der anderen westfälischen Landesteile zur Anschaffung empfohlen wird.

Co

**Geschichte der Stadt Rütten, im Auftrag der Stadt Rütten hrsg. von Wolfgang Bockhorst und Wolfgang Maron (Studien und Quellen zur westfälischen Geschichte, Bd. 37), Paderborn 2000, 1024 S., 78,- DM**

Im Jahr 2000 feierte Rütten sein 800-jähriges Jubiläum als älteste Gründungsstadt des Herzogtums Westfalen. Dies nahm die Stadt zum Anlass, der Tradition der Stadtgeschichtsschreibung, die bis in das 17. Jahrhundert zurückreicht und deren letzte zusammenhängende Darstellung aus dem Jahr 1924 stammt, ein umfangreiches Werk hinzuzufügen. Ein Team von 22 Autoren hat - einschließlich eines Nachdrucks eines bereits früher erschienenen Artikels - in insgesamt 28 Beiträgen die Geschichte der Stadt von der Vorzeit bis in die Gegenwart aufgearbeitet.

Der über 1000 Seiten umfassende Band gliedert sich in insgesamt vier Teile. Der erste Teil, „Grundlagen“ überschrieben, nimmt 5 % ein und behandelt die geologischen Grundlagen sowie die Vor- und Frühgeschichte. Ferner ist hier ein Stadtführer in Form eines Stadtrundgangs aufgenommen worden, der angesichts des Volumens des Gesamtwerkes praktischer als separater Sonderdruck beigefügt worden wäre.

Der zweite Teil über das mittelalterliche Rütten umfasst ein Viertel des Bandes. Naturgemäß überwiegen hier strukturgeschichtliche Beiträge zu Rechtsfragen, dem inneren Aufbau und der äußeren Stellung in regionaler und territorialer Sicht. Besonders hervorgehoben sei die Neubewertung von Rütthens Bedeutung als Hansestadt durch Friedrich Bernward Fahlbusch und der Beitrag über Wald und Marken in der Rütthener Geschichte von Ralf

J. Günther.

Der dritte Teil über Rüthen in der frühen Neuzeit nimmt ein Drittel am Gesamtwerk ein. Während für das 16. Jahrhundert und den Dreißigjährigen Krieg die Ereignisgeschichte überwiegt, werden das 17. und 18. Jahrhundert unter dem Blickwinkel der Sozialstruktur untersucht. Die Jahrhunderte übergreifend, werden Verfassung und Bauformen der Rüthener Häuser dargestellt. Einzelbeiträge widmen sich zwei Klöstern, den Orgeln und dem Pfarrer Michael Stappert aus Rüthen, der sich frühzeitig gegen die Hexenverfolgungen gewandt hat.

Der vierte und letzte Teil, Rüthen im 19. und 20. Jahrhundert, beschreitet im Wesentlichen Neuland in der Rüthener Geschichtsschreibung und füllt ebenfalls ein Drittel des Bandes. Nach einem kürzeren Beitrag über die vierzehnjährige Hessenzeit 1802-1816 befassen sich drei große Artikel mit der preußischen Zeit 1816-1918, mit der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus sowie mit der Nachkriegsgeschichte bis 1975. Eingefügt ist ein eigenes Kapitel über die Bedeutung Rüthens als Standort der Lehrerbildung 1794-1926. Den Abschluss bildet die Geschichte Rüthens seit der kommunalen Neugliederung 1975. Ergänzt wird der Band um ein ausgewähltes Quellen- und Literaturverzeichnis und einen Orts- und Personenindex. Zahlreiche Schwarz-Weiß-Abbildungen lockern den Text auf; 32 Farbseiten sind zu zwei Lagen zusammengefasst.

Die Beiträge bewegen sich grundsätzlich auf einem anspruchsvollen Niveau und sind doch in einer auch dem historischen Laien verständlichen Sprache verfasst. In lockerer Folge wechseln chronologische und diachronische Beiträge ab, zwischen denen immer wieder auch Rüthen-spezifische Themen abgehandelt werden. Weniges wird der Leser gänzlich vermissen, wie z.B. die Zeit des Siebenjährigen Krieges. Da manchen Themen wie etwa der Kirchengeschichte oder der Geschichte der Rüthener Juden nicht eigene Beiträge gewidmet sind, sondern sie innerhalb anderer Artikel abgehandelt werden, wäre eine Übersicht über die Gliederung gerade der längeren Beiträge hilfreich gewesen.

Nicht vergessen sei schließlich, dass diese umfangreiche Stadtgeschichte nicht möglich gewesen wäre ohne die gute Quellenlage; hier zählt sich für die Stadt Rüthen und ihre Bürger die Investition in das Stadtarchiv aus, ohne dessen fachlich betreute Bestände weder die mittelalterliche noch die neuere und neueste Geschichte hätte geschrieben werden können. Manch ein Neu-Rüthener mag es bedauern, dass sich die Geschichte, dem Anlass entsprechend, vor allem auf das alte Rüthen beschränkt und die 1975 neu hinzugekommenen Orte nur am Rande behandelt sind. Die Stadt Rüthen sollte es sich deshalb nicht nehmen lassen, in Fortsetzung des Erreichten, auch die anderen Ortsteile zu bedenken.

Ts

ARCHIVPFLEGE IN WESTFALEN UND LIPPE – Im Auftrage des Landschaftsverbandes Wesfalen-Lippe – Westfälisches Archivamt – herausgegeben von Norbert Reimann und Horst Conrad. – Selbstverlag des Westfälischen Archivamtes. Verlagsleitung: Josef Häming. – Erscheint im April und Oktober eines jeden Jahres. –  
Redaktion: Brigitta Nimz in Verbindung mit Wolfgang Bockhorst und Werner Frese. –  
Zuschriften an das Westfälische Archivamt, Redaktion, 48133 Münster –  
Telefon: 0251/591 3895 und 3887; Telefax: 0251/591 269; – e-mail: westf.archivamt@lwl.org –  
Herstellung: Hermann Kleyer, Münster-Roxel.  
Mit Verfassernamen bezeichnete Artikel stehen in deren Verantwortung.

ISSN 0171-4058